

11. Sitzung

am Dienstag, dem 22. Februar 2000

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	321
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	321

Fragestunde

1. Einhaltung der Flugkorridore

Anfrage der Abgeordneten Frau Reichert, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 25. Januar 2000	321
--	-----

2. Energieeinsparung in öffentlichen Gebäuden

Anfrage der Abgeordneten Frau Wiedemeyer, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 27. Januar 2000	323
--	-----

3. Verlegung des Autobahnzubringers Ritterhuder Heerstraße

Anfrage der Abgeordneten Jägers, Engelmann, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 27. Januar 2000	323
--	-----

4. Bauträgerfreie Grundstücksangebote

Anfrage der Abgeordneten Engelmann, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 27. Januar 2000	324
--	-----

5. Gewerbegebiet Hohweg, Überquerung des Kuhkampsweges

Anfrage der Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 7. Februar 2000	325
--	-----

6. Zuwendungen für die Gesamtschülervertretung (GSV)

Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 7. Februar 2000	326
--	-----

7. Schulverweigerer

Anfrage des Abgeordneten Zachau und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. Februar 2000	327
---	-----

8. Bahnhofsvorplatz	
Anfrage der Abgeordneten Mützelburg, Frau Linnert, Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 8. Februar 2000	328
9. Grundstück Contrescarpe/Herdentorsteinweg	
Anfrage der Abgeordneten Mützelburg, Frau Linnert, Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Februar 2000	330
10. Luftbelastungen an der Neuenlander Straße	
Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Februar 2000	332
11. Sanierung Züricher Straße	
Anfrage der Abgeordneten Frau Reichert, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 8. Februar 2000	333
12. Aufarbeitung von Grundstücken	
Anfrage der Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 8. Februar 2000	334
13. Spielplatz Arsten-Südwest	
Anfrage der Abgeordneten Frau Striezel, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 10. Februar 2000	335
14. Gewährleistungsfristen	
Anfrage der Abgeordneten Frau Reichert, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 10. Februar 2000	335
15. Kein „Kneeling“ mehr bei Niederflurbussen	
Anfrage der Abgeordneten Steinberg, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 15. Februar 2000	336
16. Neue Streckenführung Buslinie 53 – Obervieland	
Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 16. Februar 2000	337

Aktuelle Stunde

Kein Platz für Normalos – Wo bleiben die Orientierungsstufen-, Haupt-, Real- sowie die Gymnasialschüler/-innen in Schwachhausen, die die normale Regelschule besuchen wollen?

Abg. Zachau (Bündnis 90/Die Grünen)	339
Abg. Frau Hövelmann (SPD)	341
Abg. Rohmeyer (CDU)	343
Senator Lemke	345
Abg. Zachau (Bündnis/Die Grünen)	346

Akzeptierende Jugendarbeit

Große Anfrage der Fraktion der SPD
 vom 23. Dezember 1999
 (Drucksache 15/81 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2000

(Drucksache 15/100 S)

Abg. Pietrzok (SPD)	348
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	351
Abg. Frau Striezel (CDU)	353
Senatorin Adolf	355

Schaffung von akzeptablen Rahmenbedingungen bei der Nutzung von Schulsporthallen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 vom 18. Januar 2000
 (Drucksache 15/87 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2000

(Drucksache 15/94 S)

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	357
Abg. Gagelmann (CDU)	359
Abg. Frau Hövelmann (SPD)	361
Senator Lemke	362

Keine Aufkündigung des Vertrauensschutzes für Kultureinrichtungen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 vom 8. Februar 2000
 (Drucksache 15/92 S)

Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	363
Abg. Frau Koestermann (CDU)	365
Abg. Frau Emigholz (SPD)	367
Senator Dr. Schulte	370
Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	373
Abg. Frau Emigholz (SPD)	375
Senator Dr. Schulte	376
Abstimmung	376

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 8
vom 15. Februar 2000**

(Drucksache 15/97 S) 376

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Schwarz, Frau Wulff.

Präsident Weber
Vizepräsident Dr. Kuhn
Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Arnold-Cramer
Schriftführerin Hannken

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Finanzen

Senator für Inneres, Kultur und Sport **Dr. Schulte** (CDU)

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen **Hattig** (CDU)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Adolf** (SPD)

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Staatsrat **Dr. Hoppensack** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrat **Köttgen** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrätin **Motschmann** (Senator für Inneres, Kultur und Sport)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich eröffne die elfte Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Die Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Wettbewerbe in Raumplanung, Städtebau und Bauwesen in der Stadtgemeinde Bremen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Februar 2000
(Drucksache 15/93 S)
2. Wohnen in Nachbarschaften (WiN) - Stadtteile für die Zukunft entwickeln
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 9. Februar 2000
(Drucksache 15/96 S)
3. Vorhaben- und Erschließungsplan 10 mit Deckblatt (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für die Errichtung eines Wohngebäudes mit 16 Wohnungen an der Winsener Straße in Bremen-Gartenstadt Vahr
Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2000
(Drucksache 15/98 S)
4. Stand der Erschließung und Besiedlung des Büroparks Oberneuland - Bericht an die Stadtbürgerschaft
Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2000
(Drucksache 15/99 S)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der März-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Anlage zum Ablagern von Abfällen, Gewerbepark Hansalinie Hemelingen (so genanntes Landschaftsbauwerk)
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Januar 2000
2. Kauf des Siemens-Hochhauses und die Folgen, Nachfrage
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Januar 2000
Dazu
Antwort des Senats vom 8. Februar 2000
(Drucksache 15/95 S)
3. Mietwohnungsangebot in der Stadt Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 27. Januar 2000
4. Veräußerung von Schulgebäuden und Schulgrundstücken
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 28. Januar 2000
5. Space Park
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Februar 2000

6. Verkehrssituation im Straßenzug Ostertorsteinweg/Vor dem Steintor
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. Februar 2000
7. Beschwerden über das Tierheim
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 8. Februar 2000
8. Hortplatzversorgung in der Stadtgemeinde Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 11. Februar 2000

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurde interfraktionell vereinbart, Tagesordnungspunkt fünf, Trinkwassergewinnung aus der Weser, auszusetzen.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 16 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage bezieht sich auf die **Einhaltung der Flugkorridore**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Reichert, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist dem Senat bekannt, dass es in letzter Zeit vermehrt zu Flugverkehren im Bereich der Osterholzer Heerstraße, zum Teil sogar nördlich der Osterholzer Heerstraße kommt?

Zweitens: Wie stellt der Senat sicher, dass die genehmigten Flugkorridore auch eingehalten werden?

Präsident Weber: Zur Beantwortung der Anfrage erhält das Wort Herr Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Die Bewegungslenkung der Luftfahrzeuge liegt im ausschließlichen Kompetenzbereich des Bundes und wird von der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH im Auftrag des Bundes wahrgenommen.

Nach Auskunft der DFS befinden sich in dem Bereich der Osterholzer Heerstraße Standard- und -abflugstrecken des Bremer Flughafens. Sofern korrekt navigiert wird und keine abweichenden Anweisungen in Einzelfällen von den Radarlotsen erteilt werden, überfliegen die Flugzeuge die Osterholzer Heerstraße auf nördlicher und nordöstlicher Seite. Eine Änderung dieser Streckenführungen hat es in letzter Zeit nicht gegeben. Nach Darlegung der DFS haben in diesem Bereich vermehrt Überflüge durch Flugzeuge der Fluggesellschaft Tyrolean Airways mit jeweils zwei An- und Abflügen werktäglich und einem An- und Abflug sonntäglich von und nach Wien seit dem Sommerflugplan 1999 stattgefunden. Dabei kommen regelmäßig zweimotorige Propellermaschinen zum Einsatz. Abweichungen von den vorgeschriebenen Verfahren sind von der DFS weder beobachtet noch angewiesen worden.

Zu Frage zwei: Für die Einhaltung der vorgeschriebenen Verfahren ist die Deutsche Flugsicherung GmbH zuständig. Bei Verstößen prüft diese zunächst mögliche Rechtfertigungsgründe der betreffenden Flugzeugführer und gibt nötigenfalls Verstoßmeldungen an das für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten zuständige Luftfahrt-Bundesamt in Braunschweig ab. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Wünschen Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Herr Senator Hattig, habe ich Sie eben richtig verstanden, dass, obwohl nur ein ganz geringer Teil der Osterholzer Heerstraße in dem so genannten Toleranzbereich des Flugkorridors liegt, das Überfliegen der Osterholzer Heerstraße auch im nördlichen Bereich Standard ist und die davon zum Teil erheblichen Abweichungen für den Senat nicht handlungsrelevant sind?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Die Handlungsrelevanz des Senats habe ich, glaube ich, darzulegen versucht. Wir haben überhaupt keine Handlungsmöglichkeit.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Sie haben aber schon einmal gehört, dass es bei Ihrer Senatskollegin, Frau Wischer, einen Lärmschutzbeauftragten gibt, eine Fluglärmkommission? Also, es gibt ja einige Sachen!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Dafür gibt es eine gesetzliche Regelung, die wird vorher gehört und dann eingebunden, und das ist dann für die Flugrouten verbindlich.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Ziel in Großstädten muss es doch sein, für die Flugverkehre die lärmoptimierte Flugroute zu finden, dass auch aus Sicherheitsgründen möglichst wenig Wohnbaufläche überflogen werden darf und dies dann auch eingehalten wird. Halten Sie es deshalb für angebracht, dass der Senat prüfen lassen wird, ob eine Verlegung der Standardflugrouten in einem für die Öffentlichkeit transparenten Verfahren auf die für die Bevölkerung am wenigsten beeinträchtigende Idealinie möglich ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Frau Abgeordnete, wir sind einig, dass der Lärm möglichst reduziert werden muss, dass er sich im Rahmen der gegebenen Erlaubnisse bewegen muss, soweit ich darauf einwirken kann, werde ich das gern noch einmal tun, aber die Bundeszuständigkeit erlauben Sie mir noch einmal zu erwähnen.

Präsident Weber: Eine Zusatzfrage? - Bitte, Frau Reichert!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Warum ist es beim modernen Airport Bremen anders als bei anderen Großflughäfen bis heute noch nicht möglich gewesen, das GPS oder das Nass-System einzuführen? Mit beiden Systemen wäre es möglich, Flugzeuge bis auf eine ganz geringe Abweichung von der Ideallinie fast wie auf einer Schnur landen und starten zu lassen!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Ich bewundere Ihre Detailkenntnisse!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wenn wir Folgendes vereinbaren können: Sie geben mir Ihre Frage, ich gebe die an die zuständigen Leute weiter, ohne dabei meine eigene Zuständigkeit zu behaupten!

(Abg. Frau Reichert [SPD]: Vielen Dank!)

Präsident Weber: Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Energieeinsparung in öffentlichen Gebäuden**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Wiedemeyer, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Wiedemeyer!

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat die Möglichkeit, entsprechende Energie- und Kosteneinsparungseffekte, wie sie an Bremer Schulen seit Einführung des Projekts „Dreiviertel plus“ erreicht werden konnten, auch in anderen öffentlichen Gebäuden zu erzielen? Welche Maßnahmen hält der Senat für sinnvoll, um die bei dem Projekt „Dreiviertel plus“ erzielten Energie- und Kosteneinsparungserfolge auch in anderen öffentlichen Einrichtungen zu erreichen?

Präsident Weber: Zur Beantwortung der Anfrage erhält das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen eins und zwei: Das Dreiviertel-plus-Projekt verfolgt das Ziel, den Verbrauch von Energie und Wasser in Bremer Schulen nachhaltig zu senken. Wesentliches Element ist ein Prämiensystem, durch das die beteiligten Schulen zu drei Vierteln an den erzielten Einsparerfolgen beteiligt werden.

Derzeit sind 140 von 170 Bremer Schulen in das Dreiviertel-plus-Projekt einbezogen. Im Jahr 1999 wurden Energie- und Wassereinsparungen in Höhe von rund 15 Prozent gegenüber dem Ausgangszustand erzielt.

Die Wirkungsmechanismen des Dreiviertel-plus-Projekts können prinzipiell auch in anderen öffentlichen

Gebäuden genutzt werden. Ein entsprechendes Pilotprojekt wird derzeit vom Senator für Bau und Umwelt unter dem Arbeitstitel „Verbrauch- und Kosteninformation“, kurz VKI, entwickelt. Wesentliche Grundprinzipien des Dreiviertel-plus-Projekts, insbesondere der finanzielle Anreizgedanke, werden dabei übernommen. Allerdings ist das Konzept den unterschiedlichen Nutzungsgegebenheiten der jeweiligen Bedarfsträger anzupassen.

Nach Auffassung des Senats kann die Fortsetzung und Weiterentwicklung des VKI-Projekts einen kosteneffizienten Beitrag zur Senkung des Energie- und Wasserverbrauchs im öffentlichen Gebäudebestand leisten. Wesentliche Erfolgsvoraussetzungen sind hierbei eine ausreichende finanzielle Beteiligung der Gebäudenutzer an den erzielten Einsparerfolgen, eine zeitnahe Information über die Verbrauchs- und Kostenentwicklung sowie die Bestellung, Schulung und laufende Unterstützung von Energiebeauftragten für die einbezogenen Gebäude.

Im Rahmen des VKI-Projekts wird derzeit ein Probelauf unter Einbeziehung von 27 öffentlich genutzten Gebäuden durchgeführt. Erste Auswertungen der bisherigen Verbrauchsentwicklung deuten darauf hin, dass bei Heizwärme und Wasser Einsparungen erzielt werden konnten, beim Stromverbrauch dagegen nicht. Eine nähere Analyse und Bewertung der Verbrauchsentwicklung wird zurzeit durchgeführt.

Präsident Weber: Wünschen Sie eine Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Verlegung des Autobahnzubringers Ritterhuder Heerstraße**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Jägers, Engelmann, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Jägers!

Abg. **Jägers** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie begründet der Senat die zeitliche Verzögerung des in der Koalitionsvereinbarung festgelegten Projektes Verlegung des Autobahnzubringers Ritterhuder Heerstraße?

Zweitens: Welche Auswirkungen hat die Verzögerung auf die Entwicklung des Gewerbegebietes Schragestraße, des Einzelhandelszentrums und der

geplanten Wohnbebauung im Bereich der Ritterhuder Heerstraße?

Drittens: In welchem Umfang beteiligt sich das Wirtschaftsressort an der Finanzierung dieses Projektes zur Anbindung von Gewerbegebieten an das überregionale Verkehrsnetz?

Präsident Weber: Die Frage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Als planungsrechtliche Grundlage für die Verlegung des Autobahnzubringers Gröpelingen sowie für eine Wohnbebauung beiderseits des bisherigen Autobahnzubringers im Zuge der Ritterhuder Heerstraße ist der Bebauungsplan 2071 im Verfahren. Nachdem letzte offene Fragen hinsichtlich möglicher Altlasten im Plangebiet geklärt werden konnten, hat die Deputation für Bau am 2.12.1999 den Bericht zum Bebauungsplan 2071 beschlossen. Der Senat beabsichtigt, den Bebauungsplan unverzüglich der Stadtbürgerschaft zur Beschlussfassung vorzulegen, sobald die Fragen der Kosten und Finanzierung detailliert geklärt sind.

Zurzeit wird die detaillierte technische Ausbauplanung für den neuen Autobahnzubringer mit Lärmschutzwand und die weiteren zur Realisierung des Bebauungsplans erforderlichen Maßnahmen - Umbau der Ritterhuder Heerstraße, der Straßen Piepengraben, Bauernweide und Krumme Reihe sowie Erschließungsanlagen für die Wohnbebauung - erstellt, auf deren Grundlage die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durchgeführt und die Kostenberechnung angestellt wird, die erforderlich ist, um die für eine Umsetzung der Planung Haushaltsrechtlich erforderlichen Beschlüsse herbeiführen zu können. Eine Verzögerung ist bislang aus der Sicht des Senats nicht eingetreten.

Zu Frage zwei: Die Realisierung der geplanten Wohnbebauung wie auch die Überlegungen, im vorderen Teil des Gewerbegebietes Schragestraße ein Einzelhandelszentrum zu errichten, setzt die vorherige Verlegung des Autobahnzubringers voraus. Für das angedachte Einzelhandelszentrum müsste darüber hinaus auch noch Planungsrecht geschaffen werden. Die hierfür erforderlichen Verfahren sollen eingeleitet werden, sobald eine noch ausstehende Entscheidung darüber vorliegt, ob das Vorhaben vom Investor weiterverfolgt wird.

Zu Frage drei: Der Senat beabsichtigt, eine Finanzierung der Maßnahme aus folgenden Elementen darzustellen: Haushaltsmittel des Senators für Bau und Umwelt nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, Haushaltsmittel des Senators für Wirtschaft und Häfen für Gewerbeerschließungen, Erlöse aus dem Verkauf von zirka vier Hektar Wohnbauland, die durch die Planung veräußerbar werden. Da die Wohnbebauung erst nach Verlegung des Autobahnzubringers realisiert werden kann, müssen diese Beträge zwischenfinanziert werden.

Die Höhe der erforderlichen Beiträge des Wirtschafts- und des Bauressorts steht betragsmäßig noch nicht fest. Dies ist abhängig vom Ergebnis der Kostenberechnung und von den erzielbaren Erlösen aus den Grundstücksverkäufen. Der Senat bemüht sich, die Einzelheiten der Finanzierung kurzfristig zu klären.

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor. Vielen Dank!

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über **bauträgerfreie Grundstücksangebote**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Engelmann, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Engelmann!

Abg. **Engelmann** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: In welchem Ortsamtsbereich und in welcher Größenordnung können privaten Haushalten bauträgerfreie Wohnungsbaugrundstücke angeboten werden?

Zweitens: Wo und in welcher Form können sich potentielle Bauherren zurzeit über dieses Grundstücksangebot informieren?

Drittens: Wie bewertet der Senat den Vorschlag unter anderem als Maßnahme gegen die Abwanderung ins Umland, ein regelmäßiges erscheinendes Informationsblatt über Bauflächen für private Bauherren herauszugeben, das auch über das Internet abzurufen ist?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Folgende Angebote sind zurzeit über städtebauliche Verträge mit Bauträgern gesichert beziehungsweise stehen seitens der Stadtgemeinde zur Verfügung:

a) Im Ortsteil Borgfeld sind im Baugebiet Borgfeld-Ost insgesamt zirka 160 bauträgerfreie Grundstücke im Angebot, von denen bereits zirka 100 Grundstücke an Einzelbauherren bauträgerfrei veräußert wurden.

b) Im Stadtteil Huchting, Ortsteil Sodenmatt, sind im nördlichen Teil des Bebauungsplans Kloßkampsweg 32 bauträgerfreie Grundstücke seitens der Stadtgemeinde im Angebot, von denen bereits 13 veräußert wurden.

Weitere zirka 550 bauträgerfreie Grundstücke können in den nächsten Jahren zur Verfügung gestellt werden, nachdem die entsprechende Bauleitplanung, die städtebaulichen Verträge sowie die Erschließung der Flächen erfolgt sind. Beispielhaft sind hier die Projekte Achterdiek, Scherrer-Gelände, Am Bodden, Borgfeld-West, Brokhuchting, Oslebshauser Park zu nennen.

Zu Frage zwei: a) Der Verkauf der Grundstücke in Borgfeld-Ost wird über die Projektgesellschaft Borgfeld, PBG, abgewickelt. Die Vermarktung in der Presse erfolgt weiterhin von der PBG gemeinsam mit dem Senator für Bau und Umwelt.

b) Die Grundstücke der Stadtgemeinde werden über die Gesellschaft für Bremer Immobilien mbH, GBI, Bezirk Süd, öffentlich in der Tagespresse unter Grundstücksverkäufe angeboten und vermarktet.

Grundsätzlich können sich potentielle Bauherren an den Senator für Bau und Umwelt wenden. Dort wird über das gesamtstädtische Angebot informiert beziehungsweise an die entsprechenden Stellen weitervermittelt.

Zu Frage drei: Die Ende 1996 vom damaligen Senator für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung herausgegebene Broschüre „Bremer bauen in Bremen“ wurde unter anderem wegen einer Auflistung der geplanten Wohnungsbauvorhaben/Grundstücke in der Stadtgemeinde Bremen sehr nachgefragt. Im Zuge einer 1999 durchgeführten Umfrage bei den am Bau beteiligten Unternehmen ist diese Auflistung aktualisiert und um „bauträgerfreie Grundstücksangebote“ erweitert worden. Zurzeit wird eine Aufbereitung der Daten vorgenommen mit dem Ziel einer Veröffentlichung. Eine Bereitstellung dieser In-

formationen in der Homepage des Senators für Bau und Umwelt ist geplant.

Präsident Weber: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen?

(Abg. Engelmann [SPD]: Nein, vielen Dank!)

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf das **Gewerbegebiet Hohweg, Überquerung des Kuhkampsweges**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte sehr, Herr Kollege Oppermann!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Danke, Herr Präsident! Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Auflagen gelten für die Ansiedlungen im Gewerbegebiet Hohweg nördlich des Kuhkampsweges, und sind diese Auflagen mit den Auflagen der Betriebe südlich des Kuhkampsweges vergleichbar?

Zweitens: Welche Auflagen zur Entsorgung des Oberflächenwassers und der Kanalisation, Fäkalien, müssen die Betriebe erfüllen?

Drittens: Mit welchen zeitlichen Vorgaben rechnet der Senat für die Erschließung des Gewerbegebietes Hohweg zwischen Kuhkampsweg und Unionweg?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Hattig.

Senator Hattig: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Es handelt sich insbesondere um die Auflagen, die sich aus dem Bau- und Planungsrecht ergeben. Sie gelten in gleichem Maße für die Betriebe nördlich wie auch südlich des Kuhkampsweges.

Zu zwei: Das Gebiet südlich des Kuhkampsweges wird mit einem Trennsystem, Schmutz- und Niederschlagswasserkanäle, entwässert. Das anfallende Schmutzwasser wird in ein bestehendes Schmutzwasserpumpwerk, das sich westlich der Straubinger Straße befindet, eingeleitet.

Nördlich des Kuhkampsweges ist eine Entwässerung des Schmutzwassers in westliche Richtung zu

dem oben genannten Schmutzwasserpumpwerk geplant.

Bezüglich der Niederschlagswasserbeseitigung ist ein Regenrückhaltebecken nordöstlich des Kuhkampsweges geplant, welches sowohl das Niederschlagswasser des Gebietes südlich als auch das Niederschlagswasser nördlich des Kuhkampsweges aufnehmen soll. Da bislang dieses Regenrückhaltebecken noch nicht erstellt werden konnte, wird übergangsweise das Niederschlagswasser entweder in vorhandene kleine Gewässer eingeleitet oder gegebenenfalls auf den privaten Grundstücken beseitigt.

Zu drei: Das Gewerbegebiet Bayernstraße, der Hohweg, zwischen Kuhkampsweg und Unionweg soll vorbehaltlich einer Beschlussfassung der Wirtschaftsförderungsausschüsse am 30. März dieses Jahres möglichst noch in diesem Jahr bauabschnittsweise erschlossen werden.

Präsident Weber: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? - Bitte sehr!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Senator, dem Senat ist sicherlich nicht verborgen geblieben, dass die Besiedlung nördlich des Kuhkampsweges begonnen hat und dass dieser Betrieb, der dort angesiedelt wird, sich auch rein äußerlich von den Betrieben, die in dem bestehenden Gewerbegebiet angesiedelt sind, unterscheidet. Sind Sie bereit, mir vielleicht eine schriftliche Mitteilung darüber zu geben, welche Auflagen dieser anscheinend nur provisorisch angelegte Betrieb zu erfüllen hat?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Sie sagen, es ist provisorisch, aber ich bin gern bereit, Ihnen die schriftliche Auskunft zu geben.

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]: Danke schön!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Zuwendungen für die Gesamtschülervertretung, GSV**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Rohmeyer, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

In welcher Höhe werden der Gesamtschülervertretung, GSV, Mittel jährlich aus dem Haushalt zur Verfügung gestellt, und wie werden diese verwandt, in welcher Form werden Mittelabfluss und sachgemäße Verwendung der Mittel kontrolliert, und in welchem Ausmaß sind die Mittelzuweisungen in den letzten fünf Jahren erhöht worden?

Welche zusätzlichen geldwerten Zuwendungen erhält die GSV vom Senat und seinen nachgeordneten Behörden?

Hält der Senat auch in Zukunft Mittelzuwendungen an die GSV für gerechtfertigt, und welche Gründe führen den Senat zu seiner Einschätzung?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Bis 1998 erhielt die Gesamtschülervertretung jährlich einen Zuschuss in Höhe von 15.000 DM aus dem Haushalt des Senators für Bildung. Ab 1999 ist das Budget der GSV um die Kosten für Telefon- und Faxanschlüsse sowie die laufenden Gesprächsgebühren in Höhe von 4.300 DM auf 19.300 DM erhöht worden. Die GSV ist seither verpflichtet, die Kosten für Telefon- und Faxanschlüsse sowie alle Gesprächsgebühren aus diesem Budget zu zahlen.

Die Mittel werden gemäß des von der GSV vorgelegten Haushaltsplanes insbesondere für die Durchführung von Seminaren für Schülervertreter, Projekten und Druckkosten von Informationsblättern verwendet. Während des Haushaltsjahres erfolgt eine vierteljährliche Kassenprüfung durch den Verbindungslehrer, der hierüber dem Senator für Bildung einen Kurzbericht vorlegt. Nach Abschluss des Haushaltsjahres erfolgt eine Verwendungsprüfung durch den Senator für Bildung und Wissenschaft auf der Grundlage des von der GSV vorzulegenden Verwendungsnachweises.

Außerdem wird die kostenfreie Nutzung der Geschäftsräume der GSV in der Schule an der Schmidtstraße gewährt.

Der Senat hält auch in der Zukunft Mittelzuwendungen an die GSV für gerechtfertigt. Die Begründung ergibt sich aus Paragraph 77 des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes vom 20. Dezember

1994. Hierin ist bestimmt, dass die GSV als Interessenvertretung aller Schüler und Schülerinnen zu besonders bedeutsamen Schul- und Erziehungsfragen, besonders zu Gesetzentwürfen, Stellung nehmen oder Vorschläge machen kann. Die Arbeit der GSV wird nach Maßgabe des Haushaltsplanes gefördert, wobei sicherzustellen ist, dass die Mittelbewirtschaftung jederzeit überprüfbar ist.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Wünschen Sie eine Zusatzfrage zu stellen, Herr Kollege?

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Nein, vielen Dank!)

Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Schulverweigerer**“. Die Anfrage ist unterschrieben von dem Abgeordneten Zachau und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Zachau!

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank! Wir fragen den Senat:

Erstens: Trifft es zu, dass das vom Jugend- und Bildungsressort 1996 gemeinsam ins Leben gerufene Projekt mit männlichen Schulverweigerern auf dem Schulschiff „Deutschland“ eingestellt wird?

Zweitens: Wenn ja, wann und aus welchen Gründen?

Drittens: Welche anderen Angebote für Schulverweigerer gibt es in Bremen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins und zwei: Der zwischen der Stadtgemeinde Bremen und dem deutschen Schulschiff-Verein abgeschlossene Nutzungsvertrag endete am 31. Januar 2000. Der Schulschiff-Verein war an einer Vertragsverlängerung mit dem gleichen Nutzungsziel nicht interessiert. Für das Schulverweigerer-Projekt auf dem Schulschiff wird zurzeit nach einer Alternative gesucht. Für die noch im Projekt verbliebenen

Schüler wurden individuell begleitende Übergänge gefunden.

Zu drei: Für Schulverweigerer und Schulverweigerinnen wurde im Rahmen der Kooperation Schule und Jugendhilfe das Projekt I „Kreativ in die Zukunft“ an der Allgemeinen Berufsschule, Dependance Valckenburghstraße, eingerichtet. Zurzeit werden Anstrengungen unternommen, Institutionen zur Prävention auf Stadtteilebene zu installieren. Bisher sind zwei Arbeitsgruppen, die als „Schups“, Schulvermeidungsprävention, firmieren, in Huchting und Walle aktiv.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, meinen Sie, dass diese drei Projekte vor dem Hintergrund der Tatsache, dass wir insgesamt knapp zwölf Prozent Schulverweigerer in Bremen haben, ausreichend sind?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das Problem der Schulverweigerung ist uns bewusst. Ich habe hier, weil Sie sagen zwölf Prozent, das hört sich, wenn man die Gesamtschülerschaft ansieht, ganz gewaltig an, noch einmal nachgefragt. Bei dem Projekt „Schulschiff Deutschland“ sind mir acht Jugendliche genannt worden, die dort aktiv waren. Acht sind uns sehr wichtig, weil es acht Einzelschicksale sind, die dahinter stehen. Allerdings kümmern wir uns jetzt bei der Abarbeitung dieser Frage um diese konkreten Fälle, und das betrifft insgesamt 16 Personen, nämlich acht Frauen, die wir an der Valckenburghstraße betreuen wollen, und acht Jugendliche, die wir in dem Nachfolgeobjekt „Haus des Bundes deutscher Pfadfinder“ am Hulsberg unterbringen wollen, weil wir auch der Meinung sind, dass diese Form der Beschäftigung für die Jugendlichen die richtige ist.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte das noch einmal präzisieren. Das Ergebnis einer Kleinen Anfrage der Grünen vor zwei Jahren etwa war, dass 11,7 Prozent aller jungen Menschen die Schulen ohne Abschluss verlassen. An irgendeiner Stelle verweigern sie, teilweise bringen sie die Leistung nicht.

(Zurufe von der SPD und von der CDU)

Präsident Weber: Ich bitte darum, den Fragesteller ausreden zu lassen! - Bitte!

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Meine Frage ist: Ohne dass wir uns jetzt über den Begriff „Schulverweigerer“ streiten, ist da ja offensichtlich ein Problem. Welche Maßnahmen beabsichtigt der Senat vorzunehmen, oder legt der Senat irgendwann einen Bericht vor, in dem gesagt wird, wie mit dieser Gruppe zukünftig umgegangen werden soll?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: An den Zwischenrufen, Herr Abgeordneter Zachau, haben Sie eben wahrscheinlich schon bemerkt, dass Sie ein großes Problem angesprochen haben, nämlich derjenigen, die nicht zu einem Abschluss kommen. Das ist in der Tat ein sehr, sehr großes Problem. Die Schulverweigerer, die wir hier angesprochen haben, so habe ich Ihre Anfrage jedenfalls verstanden, sind in der Anzahl begrenzt. Gott sei Dank sind sie begrenzt. Sie verweigern sich schlichtweg Wochen und Monate lang, in die Schule zu gehen, und sie sind auf dem normalen Weg in der Schule nicht zu beschulen. Deshalb erarbeiten wir für diese Schüler ein ganz besonderes Angebot, und das nehmen wir ernst und gehen diesen Dingen auch sehr konsequent nach.

Die Frage der Abschlüsse, warum wir es in unserem Bundesland leider hinnehmen müssen, dass so viele Schülerinnen und Schüler nicht zu den gewünschten Abschlüssen kommen, ist eigentlich ein anderes Thema. Ich denke, wir müssen das in der kommenden Legislaturperiode gemeinsam kontinuierlich weiter beachten, und ich werde diesbezüglich die Deputation ständig auf dem Laufenden halten.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie in dieser Legislaturperiode meinen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: In dieser laufenden Legislaturperiode, Entschuldigung!

Präsident Weber: Haben Sie noch eine weitere Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, bevor wir zur achten Anfrage kommen, darf ich ganz herzlich auf den Rän-

gen ein Gruppe von Schülerinnen und Schülern das Schulzentrums Lothringer Straße begrüßen.

Herzlich willkommen!

(Beifall)

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff „**Bahnhofsvorplatz**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Mützelburg, Frau Linnert, Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Quadratmeter zusätzliche Grundfläche für Gewerbe entstehen gegenüber der Ausschreibung für das Gelände Bahnhofsvorplatz nach dem geplanten Vorhaben- und Erschließungsplan?

Zweitens: Wie bewertet der Senat diese Wettbewerbsverfälschung gegenüber anderen potentiellen Interessenten?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Bürgermeister Perschau.

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Die Investorenausschreibung des Grundstücksamtes Bremen, heute Gesellschaft für Bremer Immobilien mbH, wies für das betroffene Grundstück die Erstellung von zirka 30.000 Quadratmetern Bruttogeschossfläche aus. Dieser Wert berücksichtigt die Teilung der auf dem Grundstück zulässigen Bebauung durch eine zehn Meter breite öffentliche Gehwegverbindung.

Unter Einbeziehung der öffentlichen Gehwegverbindung ergibt sich auf der Grundlage des aufzustellenden Bebauungsplanes eine Bruttogeschossfläche von zirka 32.000 Quadratmetern. In dieser Fläche ist eine die öffentliche Wegeverbindung ersetzende Querungsmöglichkeit als interner Durchgang enthalten.

Die Werte beider Berechnungen liegen im mittleren Bereich der Ausnutzungsmöglichkeiten. Eine geringere wie auch größere Ausnutzung kann sich zum Beispiel durch Veränderung der Nutzungsanteile, wie Büro- und Einzelhandel, und durch be-

sondere technische und qualitative Anforderungen ergeben.

Zu Frage zwei: Die Zusatzfläche erhöht den Ausnutzungsgrad um rund sieben Prozent. Eine Wettbewerbsfälschung wird in der höheren Nutzbarkeit nicht gesehen.

Unabhängig davon kann nicht ausgeschlossen werden, dass es aufgrund neuer noch näher zu konkretisierender Forderungen des vorgesehenen Käufers zu einer erneuten Ausschreibung kommt, wenn das ursprüngliche Ergebnis beeinträchtigt werden sollte.

Präsident Weber: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? - Bitte, Herr Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, das Letzte war schwer verständlich, deswegen frage ich noch einmal. Der vorgesehene Käufer, ich möchte den Namen jetzt hier nicht nennen, er stand ja schon in der Presse, verlangt eine Ausweitung der Fläche insgesamt. Nun war ja in der Ausschreibung unter den Bedingungen der Entwurf eines Bebauungsplanes angegeben, der auch allen Wettbewerbern zugesandt wurde, in dem diese von Ihnen genannte zehn Meter breite Passage - Quermöglichkeit ist ein bisschen harmlos, es war ja ein richtig öffentlicher Durchgang vorgesehen - als eine Wettbewerbsbedingung angegeben war. Meinen Sie, wenn auf diese Passage verzichtet wird, muss neu ausgeschrieben werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Die Fachleute meinen das nicht. Ich glaube, dass es möglicherweise, und das haben wir gesagt, zu einer erneuten Ausschreibung kommt, weil der potentielle Käufer, um den es sich handelt, Forderungen stellt, die vertragsgerecht nicht umsetzbar sind, was dann zu einer erneuten Ausschreibung führen müsste.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, können Sie mir erklären, wieso Fachleute zu dem Ergebnis kommen, dass bei unverändertem Kaufpreis, aber vergrößerter Nutzungsfläche, die nicht in der Ausschreibung vorgesehen war und die natürlich auch für andere Bieter interessant gewesen wäre, keine Wettbewerbsverzerrung entstanden ist, obwohl das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen wie auch die entsprechenden recht-

lichen Vorgaben der Europäischen Kommission festlegen, dass bei der Ausschreibung die Bedingungen für den Wettbewerb festgesetzt sind und danach keine Änderungen mehr eintreten dürfen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Herr Abgeordneter, Sie haben das richtig gelesen. Der Sachverhalt ist nur so, dass die Abweichung sieben Prozent und die Abweichung zum nächst niedrigeren Angebot 45 Prozent beträgt. Wegen dieser Relation der weit auseinander klaffenden Angebote und einer relativ geringen Änderung kann man nicht sagen, dass die sieben Prozent ausreichen, die fünfundvierzigprozentige Differenz zwischen den Kaufangeboten im Preis ernsthaft sozusagen als Wettbewerbsirritation oder -aufhebung zu bezeichnen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Ganz sicher sind Sie sich offensichtlich nicht, Herr Senator! Darf ich Sie an einen anderen Fall erinnern, als hier in der Bürgerschaft das Gebäude Polizeihaus zum Verkauf stand, hat der Finanzsenator, ich glaube, das waren Sie zu diesem Zeitpunkt schon, ausdrücklich darauf gedrungen, dass nach der Ausschreibung nicht etwa veränderte Beschlüsse über die Nutzung des Hauses, zum Beispiel Stadtbibliothek, gefällt werden, um nicht zu einer Wettbewerbsverzerrung zu kommen und dann nachträglich eine Neuausschreibung vornehmen zu müssen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Herr Abgeordneter, der Grund war ein anderer. Der Grund war, dass es nicht klug ist, die Mieten festzusetzen, bevor man die Verträge nicht geschlossen hat. Natürlich spekulieren alle privaten Investoren auf zahlungskräftige öffentliche Mieter mit einer möglichst hoch angesetzten langfristigen Mietbindung, damit dann sozusagen auch die Finanzierung des Objektes langfristig gesichert wird. Deshalb ist es nicht klug zu sagen, wir packen die und die Einrichtungen da hinein, dann reibt sich jeder die Hände, und den Mietpreis legt er hinterher fest, wenn wir uns festgelegt haben, dass diese Einrichtungen dort in dieses Gebäude kommen sollen. Das war der eigentliche Grund, weshalb wir das nicht wollten.

Herr Abgeordneter, wir können das aber, glaube ich, abschließen. Die jetzt vorliegenden Forderungen des Käufers sind nicht erfüllbar von uns. Wenn sie sich nicht in kürzester Zeit verändern, wird dies

zwangsläufig zu einer erneuten Ausschreibung führen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, ich möchte mich jetzt nicht über das Polizeihaus streiten, man kann ja im Protokoll nachlesen, dass die öffentliche Begründung damals noch anders war.

Wann ist mit einer Entscheidung darüber zu rechnen, dass dieses Grundstück - Sie haben gesagt, wenn in sehr kurzer Zeit sich dort nichts ändert - nicht an den jetzigen Bieter verkauft wird, und, das frage ich gleich nach, wird dann sofort ausgeschrieben, oder wird vielleicht noch einmal in eine öffentliche Debatte über die Nutzung dieses Geländes eingetreten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Herr Abgeordneter, man kann dann erneut ausschreiben, wenn die Verhandlungen abgeschlossen sind.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe ja gefragt, wann!)

Ja, die Verhandlungen sind dann abgeschlossen, wenn sie abgeschlossen sind. Wenn ich Ihnen das heute sagen könnte, brauchte ich keine Verhandlungen zu führen.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Logik ist völlig überzeugend!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift „**Grundstück Contrescarpe/Herdentorsteinweg**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Mützelburg, Frau Linnert, Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Weshalb wurde das Grundstück Contrescarpe/Herdentorsteinweg trotz eines anders lautenden Beschlusses der Finanzdeputation, durch ihren Grund-

stücksausschuss damals, vom 5. September 1997 nicht öffentlich ausgeschrieben?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Bürgermeister Perschau.

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Aufgrund vorliegender Kaufangebote war eine Veräußerungsentscheidung ohne Ausschreibung möglich. Der Verkauf des Grundstücks soll daher ohne Bieterverfahren erfolgen, was bei Vergabe von gewerblich genutzten Grundstücken üblich ist. Für die richtlinienkonforme Umsetzung wurde gemäß der Mitteilung der Kommission betreffend Elemente staatlicher Beihilfe bei Verkäufen von Bauten oder Grundstücken durch die öffentliche Hand, Nummer 97/C 209/3 des Amtsblattes der Europäischen Gemeinschaften, eine unabhängige Bewertung des Marktpreises für das Grundstück bei der Kataster- und Vermessungsverwaltung Bremen eingeholt.

Nach Abschluss der Vertragsverhandlungen soll die Zustimmung des Vermögensausschusses zum Verkauf eingeholt werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, ist in irgendeiner Weise öffentlich bekannt gemacht worden, dass es sich um ein rein gewerbliches Grundstück handelt? Es war in allen vorher vorliegenden Vorlagen und auch in der Öffentlichkeit gleichzeitig von Wohnbebauung und Wohnnutzung die Rede. Sie können das ja noch einmal in der Presse nachlesen. Wieso ist es dann plötzlich als Gewerbegrundstück deklariert worden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Weil es von Anfang an als ein Gewerbegrundstück geplant war und weil es hierfür auch zwei Angebote gegeben hat, die dort sehr interessiert waren! Wir haben deshalb eine Verkehrswertermittlung durch die Kataster- und Vermessungsverwaltung durchgeführt. Deshalb ist es eben nach der Europäischen Richtlinie auch möglich, auf dieser Basis dann eine Entscheidung zu treffen, und die muss dann durch den Vermögensausschuss noch einmal abgesichert werden, wenn wir mit den Verhandlungen zu Ende sind.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, ich habe nicht gefragt, ob es rechtlich möglich ist, sondern warum. Dahinter verbirgt sich ja die Frage, ob es sinnvoll ist.

Darf ich Sie daran erinnern, Herr Senator, dass der Wirtschaftssenator, er hieß damals Hartmut Perschau, im Sommer 1997 mit genau der gleichen Begründung dieses Grundstück schon einmal an einen Interessenten vergeben wollte und dass deshalb damals ausdrücklich die parlamentarischen Gremien einstimmig mit Unterstützung des Finanzsenators, der damals noch nicht Hartmut Perschau hieß, auf die Ausschreibung des Grundstücks gedrängt haben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Herr Abgeordneter, das mag auch daran liegen, dass beide Angebote außerordentlich attraktiv für Bremen waren und dass wir natürlich auch solche Angebote, wenn sie dann so attraktiv für uns sind, auch binden und ausschöpfen wollen. Hier gibt die Richtlinie der EU die Möglichkeit, und deshalb haben wir diese Richtlinie zum Nutzen Bremens genutzt.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, können Sie bestätigen, dass im Flächennutzungsplan beziehungsweise in dem entsprechenden Bebauungsplan dieses Grundstück als Gewerbefläche ausgewiesen ist, und zweitens, dass ein weiteres Grundstück, das an den zweiten Bieter vergeben werden soll, in der Kohlhöckerstraße bei der Landesbank, ebenfalls als Gewerbegebiet ausgewiesen ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Also, bei der Frage der Kohlhöckerstraße geht es um das Konsulatsgebäude und das dahinter liegende Grundstück, da gibt es auch Interessenten. Ich kann Ihnen jetzt die genaue Bebauungsplaneintragung nicht sagen, Sie haben sich das zu diesem Grundstück genauer angeschaut.

Hier geht es aber um die Contrescarpe. Bei der Contrescarpe muss eine Straßennutzung geändert werden. Das heißt, hier muss auch aus vorhan-

dener Straßenführung Grundstück gewonnen werden. Diese Straße kann schwer als Wohnbaugebiet ausgewiesen sein, weil sie eine Verkehrsader ist. Von daher wird dieses Grundstück ganz neu hergestellt und gewonnen. Ich denke, dass es ein sehr attraktives Grundstück ist. Es war damals auch immer schon städteplanerisch die Absicht, ein Gegenstück zum Marriott-Gebäude zu machen, um dort eine Art Torsituation mit zwei Türmen zu schaffen. Ich denke, das ist städtebaulich vernünftig.

Dass wir hier einen Nutzer gefunden haben, der zum Wohle Bremens zusätzliche Arbeitsplätze schafft, und zwar in ganz erheblichem Umfang, und dort auch eine hohe Investition tätigt, das gebe ich gern zu, hat uns die Entscheidung erleichtert. Wir finden es gut, wenn Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn eine vernünftige städteplanerisch integrierbare Investition geschieht und wenn damit Wirtschaftskraft und stadtplanerische Überlegungen so gut und positiv in Einklang zu bringen sind. Das hat uns dazu bewogen, so zu entscheiden, wie wir entschieden haben. Ich denke, das ist nach wie vor richtig.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe Sie also jetzt richtig verstanden, dass Sie sagen, wir nutzen dieses Grundstück so, wie wir es nutzen wollen, egal ob jetzt baurechtlich die Bedingungen schon gegeben sind?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Herr Abgeordneter, wir verkaufen im Moment dieses Grundstück und werden es dann nutzen. Es wird dann im Vermögensausschuss darüber zu beraten sein. Ich denke, diese Beratungen warten wir ab! Ich denke, das ist ein hochattraktives Angebot. Ich kann nur den Abgeordneten raten, auch im Vermögensausschuss dieser Maßnahme zuzustimmen, denn sie wird Bremen nützen und nicht schaden.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr, Frau Reichert!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Ja, eine Bemerkung oder kleine Frage! Herr Senator, geben Sie mir Recht, dass bei solchen Verkäufen von Grundstücken es die Regel sein sollte in der Tat, wie es

die Richtlinie über den Verkehr mit Grundstücken vorsieht, das Grundstück auszuschreiben, damit das, was die Landeshaushaltsordnung vorschreibt, eingehalten wird, nämlich dass bei der vorgegebenen Nutzung das Maximum des Kaufpreises zu erzielen ist, allerdings auch unter Berücksichtigung der von Ihnen geschilderten Tatbestände, Arbeitsplatz, Investitionen et cetera, dass man aber nur im Ausnahmefall, wirklich in einem ganz begründeten Ausnahmefall, von diesem Normalfall abweichen sollte, weil die Vergangenheit uns lehrt, dass dann, wenn wir aus gutem Grunde heraus von der Norm abgewichen sind, wir nicht immer die Gewinner waren?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Frau Abgeordnete, wir schreiben im Regelfalle aus, wir schreiben bei Gewerbegrundstücken nicht in der Regel aus. Hier ist die Rechtsvorschrift der Europäischen Richtlinie eindeutig, und wir haben diese Anforderungen erfüllt. Ich denke, dass wir das auch aus Zeitgründen und in wohl abgewogenen Überlegungen geprüft haben, diesen Weg so zu beschreiten. Ich halte das für sinnvoll, dass wir eben auch diese Arbeitsplätze schaffen. Das setzt voraus, dass das Grundstück auch in angemessener Zeit zur Verfügung gestellt werden kann. Da Sie wissen, dass dazu noch eine ganze Reihe von Vorarbeiten erforderlich sind, um das Grundstück so aufzubereiten, dass es zur Verfügung gestellt werden kann, denke ich, dass es unter den Rahmenbedingungen richtig war, den Entscheidungsvoraussetzungen der Europäischen Richtlinie zu folgen und von diesem Weg Gebrauch zu machen.

(Abg. Frau Reichert [SPD]: Ich drücke den Vertragsaufstellern die Daumen!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Wir kommen zur zehnten Anfrage. Sie befasst sich mit dem Thema „**Luftbelastungen an der Neuenlander Straße**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Überschreitet der Konzentrationswert für Ruß an der Neuenlander Straße aktuell immer noch den Grenzwert, der seit dem 1. Juli 1998 gilt, und wenn ja, wie hoch ist die gegenwärtige Belastung?

Zweitens: Welche Initiativen hat der Senat ergriffen, um die nach Paragraph 40 Absatz 2 Bundes-Immissionsschutzgesetz vorgeschriebenen verkehrsrechtlichen Maßnahmen einzuleiten?

Drittens: Welche langfristigen Möglichkeiten sieht der Senat, die Luftbelastung durch Verkehrsimmissionen besonders im Bremer Süden zu verringern?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: An der Neuenlander Straße wurden im Bereich der Kreuzung mit der Langemarckstraße bisher zwei einjährige Messreihen gemäß der dreiundzwanzigsten Verordnung zur Durchführung des BImSchG zur Ermittlung der verkehrsbedingten Luftverunreinigungen durch Stickstoffdioxid, Ruß und Benzol durchgeführt. Eine Überschreitung des Konzentrationswertes von acht Mikrogramm pro Kubikmeter für Ruß war im Jahr 1998 zu verzeichnen. Derartige Überschreitungen gibt es nicht nur in Bremen, sondern auch in vielen anderen Städten der Bundesrepublik. Als Verursacher ist hierfür in erster Linie der Lkw-Anteil des Verkehrs zu sehen.

Aktuellere Messwerte liegen für diesen Messpunkt derzeit nicht vor. Es ist daher davon auszugehen, dass eine Überschreitung des Rußkonzentrationswertes weiterhin besteht. Erst nach Installation des in diesem Jahr vorgesehenen automatischen Wechselwegweisungssystems ist eine erneute Überprüfung der Rußbelastung sinnvoll und soll im Rahmen des Messprogramms Verkehrsimmissionen 2001 durchgeführt werden.

Zu zwei: Das Überschreiten der Konzentrationswerte rechtfertigt für sich allein genommen noch keine Anordnung verkehrsbeschränkender oder -verbotender Maßnahmen, sondern ist lediglich auslösendes Moment für eine umfassende Prüfung und Abwägung durch die Straßenverkehrsbehörde.

Als Sofortmaßnahme wird zurzeit im Rahmen des EU-Projektes VIKING ein automatisches Wechselwegweisungssystem zur Führung der Lkw zum und

vom GVZ auf alternative Routen entwickelt, das noch im Jahr 2000 installiert werden soll.

Aus verkehrsplanerischer Sicht wurden bereits im Rahmen der integrativen Verkehrsplanung Bremen die verkehrsbedingten Emissionen untersucht und Maßnahmeempfehlungen entwickelt, die vor allem über Strategien der Verkehrsvermeidung, der Effektivierung des Verkehrs und Verlagerung auf umweltschonende Verkehrsmittel einen Beitrag zur Senkung des Schadstoffausstoßes leisten sollen.

Die Hauptentlastung im Bereich der Neuenlander Straße wird mit Fertigstellung des zweiten Bauabschnittes der A 281 erreicht, durch den die Verkehrsstärken nach neuesten Berechnungen von heute zirka 45.000 Kraftfahrzeugen pro Tag auf zirka 12.000 bis 15.000 Kraftfahrzeuge reduziert werden. Hierbei wird nach entsprechenden Untersuchungen der Lkw-Anteil überproportional von der Neuenlander Straße auf die A 281 verlagert werden, so dass durch diese Maßnahme eine deutliche Minderung der Rußimmissionen an der Neuenlander Straße zu erwarten ist.

Zu drei: Neben den Entlastungseffekten durch die geplante A 281 und einem Verkehrsberuhigungskonzept für die Neustadt ist langfristig auf Planungen zur Verbesserung des ÖPNV im Süden Bremens zu verweisen. Das damit erzielbare erhöhte Fahrgastaufkommen würde gleichzeitig eine Entlastung beim Straßenverkehrsaufkommen bedeuten.

Neben diesen genannten Maßnahmen wird sich langfristig eine echte Entlastung bei den Verkehrsimmissionen durch das In-Kraft-Treten verschärfter Abgasgrenzwerte für neue Pkw und Lkw als Folge von EU-Vorschriften für dieses Jahr und das Jahr 2005 sowie durch zukünftig verbesserte Dieselmotoren mit geringeren Schwefelgehalten ergeben.

Präsident Weber: Da kann man keine Zusatzfrage mehr haben, oder?

(Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, vielen Dank, Frau Senatorin!)

Wir kommen dann zur elften Anfrage. Sie verlangt vom Senat Auskunft über die **Sanierung Züricher Straße**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Reichert, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Reichert!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie ist es zu erklären, dass wenige Monate nach Sanierung der Züricher Straße im Bereich der Bushaltestellen die Straßendecke offenbar durch die Bremer Straßenbahn aufgebrochen, der Untergrund befestigt und die Asphaltdecke wieder hergestellt wurde?

Zweitens: Wie will der Senat zukünftig sicherstellen, dass solche „Doppelarbeiten“ auch zur Kostenvermeidung ausgeschlossen werden?

Drittens: Wie stellt der Senat sicher, dass die sehr wellige, offensichtlich nicht ordnungsgemäß aufgebrauchte Fahrbahndecke im Bereich der Bushaltestellen nachgebessert wird?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die Fahrbahn der Züricher Straße wurde im Mai 1999 durch Aufbringen einer Oberflächenschutzschicht saniert. Aus verfahrenstechnischen Gründen ist der Einbau dieser Oberflächenschutzschicht nur in einem vorgezogenen Arbeitsgang unter Einbeziehung der zugehörigen Busbuchten durchführbar.

Wegen der besonderen Belastungen der Fahrbahn in den Haltestellenbereichen wurden diese in einem zweiten Schritt nach einem seit einigen Jahren im gesamten Stadtgebiet angewandten und bewährten Verfahren in Fließbeton hergestellt. Dieser gewährleistet eine dauerhafte Fahrbahn ohne Verformungen, die durch das ständig Anfahren und Abbremsen der Busse auf Asphaltfahrbahnen entstehen können.

Zu Frage zwei: Die Kosten, die durch das erneute Herausschneiden der bituminösen Oberflächenschutzschicht in den Haltestellenbereichen zur Vorbereitung des Einbaus des Fließbetons entstehen, betragen etwa fünf DM pro Quadratmeter und lassen sich verfahrensbedingt nicht vermeiden.

Zu Frage drei: Die Bushaltestellen in der Züricher Straße wurden zum Jahresende 1999 alle nach dem beschriebenen Verfahren in Fließbeton hergestellt.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Habe ich Sie eben richtig verstanden, dass das Herausfräsen der Fahrbahnmarkierungen und das anschließende Aufbringen einer Oberflächenschutzschicht sowie das Aufbringen einer neuen Fahrbahndecke mit der von mir angesprochenen Sanierung im Haltestellenbereich abgestimmt und richtig ist?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ja!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Gut, das ist schwer ersichtlich!

Wenn ich darf, eine weitere Zusatzfrage: Wie in den durch mich gestellten Fragen angedeutet, ist der von Ihnen angesprochene Fließbeton deutlich weicher als die bisherige Oberflächenschutzschicht. Halten Sie eine Nachbesserung für sinnvoll und möglich, und werden die zum Teil mitentfernten Fahrbahnmarkierungen, die ja erst aufgetragen worden waren, wieder neu hergestellt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Diesem spezifischen Fall muss ich dann noch einmal gesondert nachgehen.

(Heiterkeit - Abg. Frau Reichert [SPD]: Das ist nett!)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

(Unruhe)

Ich bitte auch hier um Aufmerksamkeit!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Frau Senatorin, ich hoffe, Sie verübeln es mir nicht, dass ich die von Ihnen genannten Kosten für das Herausschneiden der bituminösen Oberflächenschutzschicht, das Entfernen der Schutzschicht, deren Abfuhr, das Lagern und das Wiederaufbereiten der Masse sowie das Wiederaufbringen der Fahrbahnmarkierungen als deutlich zu niedrig ansehe. Wenn es der Fall wäre, dass fünf DM pro Quadratmeter stimmt, dann würde ich sagen, toll, das sollten wir auch zukünftig so machen, aber ich schätze, dass es deutlich mehr als fünf DM pro Quadratmeter kostet.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Frau Abgeordnete, ich verüble Ihnen nichts!

(Abg. Frau Reichert [SPD]: Danke! - Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Die zwölfte Anfrage der Fragestunde trägt die Überschrift „**Aufarbeitung von Grundstücken**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Oppermann!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie plant der Senat eine kurzfristige Aufbereitung der durch die Verlängerung der Rosenheimer Straße jetzt erschlossenen Gewerbegrundstücke?

Zweitens: Wann wird der Senat diese Maßnahmen durchführen, damit die betreffenden Grundstücke kurzfristig veräußert werden können?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die Gewerbegrundstücke, die durch die Verlängerung der Rosenheimer Straße erschlossen werden sollen, werden auf der Grundlage der vorliegenden Bebauungspläne bauabschnittsweise entsprechend dem Bedarf vorhandener sowie ansiedlungswilliger Unternehmen aufbereitet.

Zu Frage zwei: Die Erschließungsmaßnahmen sollen vorbehaltlich einer Beschlussfassung der Wirtschaftsförderungsausschüsse am 30. März 2000 möglichst noch in diesem Jahr durchgeführt werden.

Präsident Weber: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? - Bitte sehr!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Senator, teilen Sie meine Ansicht, dass durch die Verlängerung der Rosenheimer Straße und durch die Überquerung des Kuhkampsweges für dieses sowohl wohnortnahe als auch autobahnnahe Gewerbegebiet eine lange Zeit der Stagnation, ich würde sagen, endlich vorbeigeht?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Die Ansicht teile ich. Wir bemühen uns, es so schnell wie möglich zu erledigen.

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]: Danke schön!)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, wir kommen dann zur dreizehnten Anfrage. Sie bezieht sich auf den **Spielplatz Arsten-Südwest**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Striezel, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Striezel!

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Danke, Herr Präsident! Wir fragen den Senat:

In welchem Planungsstadium der im Bremischen Kinder-, Jugend- und Familienförderungsgesetz gesetzlich vorgeschriebenen Anwohnerbeteiligung bei der Möblierung des Spielplatzes Arsten-Südwest befindet sich das Projekt zurzeit?

Welche Maßnahmen werden als Nächstes ergriffen, und wann ist spätestens mit der Fertigstellung des Spielplatzes inklusive der Möblierung zu rechnen?

Wie wird die Finanzierung sichergestellt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Senat geht davon aus, dass die Bodenarbeiten auf dem Platz durch Stadtgrün bis zirka Ende Mai 2000 abgeschlossen werden können.

Nach Auskunft des Amtes für Soziale Dienste bereiten interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Umfeld des Platzes eine Vereinsgründung vor, um nach Fertigstellung des Spielplatzes dafür die Trägerschaft übernehmen zu können. Sie arbeiten dazu eng mit dem Planungsbüro Schwagereit zusammen, das langjährige Erfahrungen in diesem Feld besitzt. Die nach dem Bremischen Kinder-, Jugend- und Familienförderungsgesetz vorgesehene Partizipation von Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen soll durch fachgerechte Moderation erfolgen. Die Vorbereitungen hierzu werden in Kürze abgeschlossen sein. Die Fertigstellung des Spielplatzes ist für den Spätsommer 2000 geplant, al-

lerdings hängt der Termin unter anderem von den Ergebnissen des offenen Beteiligungsprozesses ab.

Die Finanzierung der Aufbereitung der Fläche einschließlich Modellierung und Begrünung ist aus Erziehungsmitteln gesichert.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Frau Senatorin, kann man das Beteiligungsverfahren nach dem Bremischen Kinder-, Jugend- und Familienförderungsgesetz möglicherweise schon gut vorbereiten, um dann möglichst frühzeitig diesen Spielplatz den dort schon wohnenden Familien zur Verfügung zu stellen, denn das ist ja der eigentliche Grund der Spielplatzerrichtung, dass die Kinder möglichst früh spielen können? Wenn das erst Ende der Saison erfolgt, ist das nicht so richtig toll.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Das kann ich unterstreichen, obwohl auch nach Ende einer warmen Saison ein Spielplatz durchaus noch Sinn machen kann, aber wir sind in Vorbereitung dieses Beteiligungsverfahrens. Sie haben gehört, es bildet sich dort ein Verein, der dann auch an der Trägerschaft für den Spielplatz interessiert ist, woran wir wiederum auch Interesse haben. Von daher ist ein Beteiligungsverfahren, wenn es dann so breit geschieht, wie es vorgesehen ist, nicht immer so zu beschleunigen, wie wir uns das wünschen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Abgeordnete!

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Können Sie sicherstellen, dass eine mögliche Verzögerung auf keinen Fall durch das Amt hervorgerufen wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Adolf: Ich will es versprechen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Frau Striezel [CDU]: Das ist gut, wenn Sie das tun!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierzehnte Anfrage steht unter dem Betreff „**Gewährleistungsfristen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Reichert, Böhrsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Reichert!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie stellt der Senat sicher, dass durch Bremen, seine Eigenbetriebe oder seine Gesellschaften vergebene Aufträge im Hoch- oder Tiefbau innerhalb der jeweiligen Gewährleistungsfristen auf eventuelle Mängel überprüft werden?

Zweitens: Werden festgestellte Mängel grundsätzlich durch die Verursacher nachgebessert?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Mit der Abnahme, Begehung der Baumaßnahme, gemäß Verdingungsordnung für Bauleistungen Teil B, VOB/B, Paragraph 12, werden die erkennbaren Mängel gemeinsam mit dem Auftragnehmer festgestellt und durch ihn behoben. Nach Beseitigung dieser Mängel beginnt die Gewährleistungszeit zu laufen. Alle Schäden und Mängel, die sich in der Gewährleistungszeit durch die Nutzung einstellen, sind durch den Auftragnehmer zu beseitigen, wenn eine mangelhafte Ausführung ursächlich ist.

Zusätzliche Überprüfungen innerhalb der Gewährleistungszeit sind nicht erforderlich, da eventuelle weitere Mängel sich erst durch die Nutzung ergeben. Vor Ablauf der Gewährleistungszeit findet eine Schlussbegehung statt, um sicherzustellen, dass alle durch den Nutzer erkannten Schäden, aber auch Mängel, die häufig nur von Fachleuten zu erkennen sind, fristgerecht angemeldet und durch den Auftragnehmer behoben werden. Dieses Verfahren gilt für alle öffentlichen Auftraggeber.

Im Straßenbau führt das Amt für Straßen und Verkehr aufgrund der Verkehrssicherungspflicht in regelmäßigen Abständen Begehungen durch, so dass Schäden rechtzeitig erkannt und durch den Auftragnehmer behoben werden.

Zu zwei: Gemäß Paragraph 13 Absatz 5, 1 VOB/B ist der Auftragnehmer verpflichtet, alle während der Gewährleistungsfrist aufgetretenen Mängel, die auf vertragswidrige Leistungen zurückzuführen sind, auf seine Kosten zu beseitigen. In der Regel wird der Verursacher die Beseitigung dieser Mängel selbst vornehmen. Sollte der Auftragnehmer nach Ablauf einer gesetzten Frist und einer eventuellen Nachfrist

die Mängel nicht beseitigt haben, werden im Rahmen einer Ersatzvornahme zu Lasten des Verursachers die Schäden von einem Dritten beseitigt.

Als Sicherheit wird vom Auftraggeber ein Betrag von in der Regel drei Prozent der Abrechnungssumme zur Abdeckung von Mangelbeseitigungsleistungen bis zum Ablauf der jeweiligen Gewährleistungsfrist einbehalten oder durch eine gleichwertige Bürgerschaft ersetzt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Wünschen Sie eine Zusatzfrage zu stellen, Frau Kollegin?

(Abg. Frau Reichert [SPD]: Nein, ich bin beeindruckt von der Antwort!)

Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfzehnte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Kein ‚Kneeling‘ mehr bei Niederflrbusen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Steinberg, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Steinberg!

Abg. **Steinberg** (CDU): Schönen Dank, Herr Präsident! Wir fragen den Senat:

Inwieweit sind die Linienbusse der Bremer Straßenbahn AG mit einer rechtsseitigen Absenkung genannt „Kneeling“ für ältere Bürger, Fahrgäste mit Kinderwagen, Gehwagen, Einkaufsrolli und anderem ausgerüstet?

Wie bewertet der Senat diese senioren- und behindertenfreundliche Ausstattung der Busse?

Weshalb wird das „Kneeling“ an den Niederflrbusen nicht mehr grundsätzlich als Service angeboten?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Seit 1988 setzt die BSAG bei der Beschaffung von Bussen und Bahnen auf die benutzerfreundliche Niederflrtechnik. Die Gesellschaft hat diese Entwicklung maßgeblich mitgeprägt. Mittlerweile besteht die gesamte Busflotte aus Niederflrfahrzeugen. Bei den Straßenbahnen beträgt der Anteil an Niederflrtechnik zurzeit rund 60 Prozent. Sämtliche

Niederflurfahrzeuge verfügen außerdem über einen Hublift an der vorderen Tür, um den Ein- und Ausstieg für alle mobilitätsbehinderten Personen, zum Beispiel Personen mit Rollstühlen oder Gehhilfen, zu ermöglichen. Der Einsatz von Niederflurfahrzeugen mit Hublift erfolgt auf allen Linien. Es trifft zu, dass bei Bussen zusätzlich die Möglichkeit besteht, den vorderen Achsbereich beziehungsweise die gesamte rechte Seite zusätzlich um zirka sieben Zentimeter abzusenken und pneumatisch wieder anzuheben.

Nach Mitteilung der BSAG begann vor zirka anderthalb Jahren im Bereich der Neustadt und Huchting und einige Monate später im Bereich der Neuen Vahr der Versuch, den pneumatischen Absenk-/Hebevorgang aus Kostengründen einzustellen. Die Erfahrung der folgenden Monate habe gezeigt, dass diese Maßnahme durchaus vertretbar sei und nicht zu weniger Kundenfreundlichkeit beim Ein- und Aussteigen und auch nicht zu sonstigen Problemen geführt habe. Ein gleichartiger Versuch in Bremen-Nord habe diese Erfahrung bestätigt.

Die Bremer Straßenbahn AG hat jetzt entschieden, die Absenkvorrichtungen im gesamten Busnetz nicht mehr einzusetzen. Die Einstellung des Absenkvorganges führt nach Auffassung der BSAG zu keinen nennenswerten Einschränkungen der Kundenbedienung, sondern spart dem Unternehmen jährlich einen Aufwandsbetrag von insgesamt über 130.000 DM und führt darüber hinaus zu einer reibungsloseren und auch durch den geringeren Kraftstoffverbrauch zu einer umweltfreundlicheren Betriebsabwicklung.

Auch vor dem Hintergrund, dass in den vergangenen Jahren ein deutlich spürbarer Anteil von Haltestellen, zum Beispiel die Großhaltestelle Hauptbahnhof, fahrgastfreundlich umgebaut wurden, hat die Bedeutung des Absenkvorganges bei Bussen im Laufe der Zeit wesentlich abgenommen. Die BSAG hält nach wie vor deutlich am Konzept der Niederflurtechnik im Zusammenhang mit entsprechend ausgebauten Haltestellenanlagen als Gesamtsystem fest. So werden auch zukünftige Fahrzeugbeschaffungen ausschließlich in Niederflurtechnik vorgenommen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Steinberg** (CDU): Frau Senatorin, ich frage Sie: Weshalb ist die Beendigung des fahrgastfreundlichen Absenkvorganges nicht mit der Seniorenvertretung in der Stadtgemeinde Bremen besprochen oder abgestimmt worden?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich werde der BSAG empfehlen, sich mit ihr in Verbindung zu setzen.

(Abg. Steinberg [CDU]: Das empfehle ich auch! Sie haben selbst in der Zeitung gelesen, wie die Seniorenvertretung darauf reagiert hat! - Danke schön!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechzehnte und letzte Anfrage in der Fragestunde verlangt vom Senat Auskunft über die **neue Streckenführung Buslinie 53, Obervieland**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Herderhorst!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Wir fragen den Senat:

Kommt es nach Änderung der Streckenführung der Buslinie 53 ab dem 2. März 2000 zum Zielort Brinkum, nämlich Ikea, zur Unterversorgung von bisher durch diese Linie bedienten Gebieten?

Inwieweit wird der Senat sicherstellen, dass auch zukünftig die Neubaugebiete, insbesondere Arsten und das Gemeinschaftszentrum, weiter versorgt werden?

Warum ist der Beirat Obervieland mit dieser Entscheidung nicht rechtzeitig begrüßt worden?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Eine Änderung der Streckenführung der Buslinie 53 bedarf nach den bundesrechtlichen Vorschriften des Personenbeförderungsgesetzes der Genehmigung. Ein entsprechender Antrag der Bremer Straßenbahn AG ist am 14. Februar 2000 beim Senator für Bau und Umwelt eingegangen. Vor einer Entscheidung ist das nach dem Personenbeförderungsgesetz vorgeschriebene Anhörungsverfahren durchzuführen. Dabei werden auch das Ortsamt Obervieland sowie die für Brinkum zuständige Bezirksregierung Hannover und die im Einzugsbereich bereits Buslinienverkehr betreibenden Unternehmer zu be-

teiligen sein. Der Senator für Bau und Umwelt wird bei seiner Entscheidung die eingehenden Stellungnahmen einbeziehen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Frau Senatorin, mein Eindruck auf der letzten Beiratssitzung Obervieland war, dass der Vertreter der BSAG, der dort anwesend war und über dieses Thema referiert hat, schon eine fertige Entscheidung in der Tasche hatte, die im Grunde genommen einer weiteren Beratung nicht mehr bedurfte. Im Übrigen, wenn ab 2. März bereits diese Umstellung erfolgt, kann ich mir nicht recht vorstellen, dass noch eine vernünftige Beteiligung stattfinden kann. Könnten Sie sagen, wie das funktioniert?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich habe Ihnen ja vorgetragen, wie das Verfahren sein wird. Insofern gehe ich davon aus, dass eine Beschlussfassung zu diesem Thema, egal in welcher Richtung, sich nicht mehr bis zum 1. März wird realisieren lassen, weil eben die von mir angesprochenen Anhörungsverfahren alle noch Platz greifen müssen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Frau Senatorin, würden Sie dann bitte noch einmal Ihren Mitarbeitern auf den Weg geben, dass sie noch einmal prüfen möchten, ob es möglicherweise auch zu einer Verlängerung der Linie 22 zu Ikea kommen könnte unter Beibehaltung der bisherigen Streckenführung der Linie 53? Dadurch könnte insbesondere auch dem Gemeinschaftszentrum, das große Probleme dadurch bekäme, wenn die Linienführung an der Stelle nicht mehr stattfände, sicherlich geholfen werden.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich habe schon darauf hingewiesen, dass die unterschiedlichsten Stellungnahmen alle sorgfältig zu bedenken sind, dazu gehört auch das Anliegen, was bereits öffentlich vom Bürgerhaus formuliert worden ist, und die Überlegungen, wie man die Anfahrten in diesem Bereich weiter fortsetzen kann. Das sind alles Faktoren, die in einer doch etwas umfangreicheren Abstimmung, die im Übrigen auch mit den im Augenblick dort fahrenden anderen Verkehrsgesellschaften noch erfolgen wird, beraten werden müssen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr, Herr Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dass Sie den Antrag der BSAG praktisch als einen Antrag auf eine Neukonzessionierung nach dem Personenbeförderungsgesetz betrachten und dass das entsprechende Verfahren auch durchgeführt werden muss?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ja!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn das so ist, wäre es dann nicht sinnvoll, die Linienführung, wie Herr Herderhorst das gesagt hat, zum Bürgerhaus Weserterrassen,

(Heiterkeit)

Entschuldigung, zum Bürgerzentrum Obervieland so öffentlich publik zu machen, dass die verschiedenen Unternehmen, die hier Regionalbusse fahren, oder die BSAG mit ihren verschiedenen Linien auch Angebote machen können, wie das am besten bedient wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich kann nur wiederholen, was ich eben schon vorgetragen habe. Ich gehe davon aus, dass im Zuge der Anhörung all derer, die bei diesem Verfahren zu beteiligen sind, Anregungen, wie Sie sie eben angesprochen haben, auch zur Sprache kommen werden und man insofern dann abwägen muss, was geht und was nicht geht.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, es ist fast eine Bemerkung! Frau Senatorin, würden Sie den Hinweis zur Kenntnis zu nehmen, dass Sie sich in dieser Frage nicht plötzlich in den Fallstricken des europäischen Wettbewerbsrechts verfangen? Das hatten wir eben bei den Baugrundstücken auch schon so. Die Zeiten haben sich gewandelt, und Konzessionen sind nicht über Nacht, Herr Kollege Herderhorst, insofern ist es ja auch gut, einfach an die Straßenbahn zu verteilen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Meine Damen und Herren, damit ist der Tagesordnungspunkt eins erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von dem Abgeordneten Zachau und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Kein Platz für Normalos - Wo bleiben die Orientierungsstufen-, Haupt-, Real- sowie die Gymnasialschüler und -schülerinnen in Schwachhausen, die die normale Regelschule besuchen wollen?

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke, ihm beigeordnet Staatsrat Köttgen.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Zachau.

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben ja bereits in der vorigen Sitzung der Stadtbürgerschaft über mögliche Pläne im Zusammenhang mit der Haupt- und Realschule an der Lothringer Straße gesprochen und diskutiert. Damals war völlig unklar, welche Entwicklung dort ansteht. Inzwischen hat sich die Situation etwas geklärt und dynamisiert, dynamisiert deswegen, weil Parallelplanungen neben der Absicht, diese Schule zu schließen, bekannt geworden sind, nämlich aus dem Kippenberg-Gymnasium ein Schnellläufergymnasium zu machen, in dem nach zwölf Jahren das Abitur gemacht werden kann.

Man mag davon halten, was man will. Ob man den Kindern einen Gefallen tut, in Form des Nürnberger Trichters möglichst schnell möglichst viel Stoff einzublauen, oder ob heutzutage nicht andere Qualifikationen gefragt sind, das kann man sehen, wie man will. Ich persönlich halte davon nichts. Ich glaube nicht, dass das die modernen Kompetenzen sind, denn für reines Wissen haben wir inzwischen auch an mancher Stelle ganz viele andere Dinge, auf die wir zurückgreifen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meinethalben sollen sie das aber machen. Nur, das Ergebnis dieser Planung ist, dass das Kippenberg-Gymnasium, wie es das selbst proklamiert, den

Stoff staucht. Das heißt also, das pädagogische Konzept besteht darin, die Inhalte zu komprimieren. Sie beginnen, das hat der Vertreter des Kippenberg-Gymnasiums in der Beiratssitzung gesagt, bereits in der Orientierungsstufe damit, diesen Stoff zu vermitteln. Das heißt im Klartext, es wird am Kippenberg-Gymnasium keine Orientierungsstufe mehr für den Stadtteil geben, weil diese von vornherein auf die Schülerklientel eingegrenzt ist, die im Schnelldurchgang besonders schlau alles begreift. Daraus folgt, dass es im gesamten übrigen Schwachhausen keine Orientierungsstufe für normale Schülerinnen und Schüler gibt. Die Orientierungsstufe umfasst die fünfte und sechste Klasse, das sind also relativ kleine Kinder, über die wir reden.

Was folgt also daraus? Die derzeitigen Planungen der Bildungsbehörde sehen für die Sekundarstufe I im Stadtteil Schwachhausen zwei Schulen de Luxe vor, das ist ja modern in diesem Senat, nämlich auf der einen Seite das Bilinguale Gymnasium an der Hermann-Böse-Straße und das Schnelldurchläufergymnasium in Kippenberg, dann gibt es noch eine Sonderschule, und ansonsten gibt es überhaupt kein Schulangebot, übrigens als einzigem Bezirk in ganz Bremen, mehr für die Schülergruppen, die ganz normal zur Schule gehen wollen.

(Zuruf der Abg. Frau Jansen [SPD])

Wenn Sie das normal finden, Frau Jansen, dass nur ein Schulangebot für Bilingual und eines für Schnellläufer besteht, ist es okay, wenn das eine neue Richtlinie Ihrer Politik ist. Ich finde das nicht in Ordnung!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir reden über einen Stadtteil mit 37.000 Einwohnern, davon sind 6100 unter 18 Jahre alt, 3700 übrigens in der besagten Altersgruppe von sechs bis 15 Jahren. Herr Bürger, ich kann mich daran erinnern, dass die CDU ihre allergrößten bildungspolitischen Erfolge mit dem Motto „Schulvielfalt in Bremen“ erfochten hat, aber seitdem sie in der Regierung ist, gilt mehr das Motto „Einfalt vor Vielfalt“. Das ist ja ziemlich klar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Widerspruch bei der CDU - Abg. Pflugradt [CDU]: Eine ziemlich einfältige Rede!)

Nach welchen Kriterien erfolgt also Bildungsplanung in Bremen? Erstens: Die CDU-Klientel wird bedient, ich habe darauf hingewiesen, das hat also Vorrang, hier wird die Planung gemacht, und alle anderen

werden in der Planung überhaupt nicht mehr berücksichtigt.

(Zuruf des Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen])

Nein, die CDU-Klientel, das sind angeblich die Schnellen! Dass aber nicht immer das, was dabei herauskommt, zählt, ist eine andere Sache.

Ich glaube, das ist sowieso, um auf den Zwischenruf einzugehen, ein ziemlicher Irrtum, einfach Wert auf Schnelligkeit zu legen. Kreativität, Kommunikationsfähigkeit, Umgang mit anderen sind nicht auf die Schnelle zu lernen, sondern dazu braucht man Zeit und Raum. Deswegen glaube ich auch, dass das ein völlig veraltetes Bildungsmodell ist.

Sie haben bei der Planung der Orientierungsstufe im Stadtteil das Problem, dass die Planung der Bildungsbehörde zum Beispiel davon ausgeht, dass alle Schülerinnen und Schüler, die bisher das Gymnasium am Kippenberg-Gymnasium besuchen, auch die Zielgruppe sind, die künftig das Schnellläufergymnasium besuchen werden. Damit begehen Sie einen ganz schwerwiegenden Fehler, weil ich ziemlich sicher bin, dass eine solche Schule viele Versager, Abbrecher und Verweigerer produziert und damit den eigentlichen Zielsetzungen des bremischen Schulwesens völlig entgegensteht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Ihre Planungen berücksichtigen nicht die Kinder, die einfach anders lernen wollen und nicht in diesen festen Formen eingebunden sind. Sie berücksichtigen nicht die Kinder, die sich anders entwickeln. Bei Ihnen ist ein Kind nach der vierten Klasse so weit, dass es voll in die Konditionierung gehen kann.

Kästner hat einmal in seiner Ansprache zum Schulbeginn gesagt, ihr sollt zu Konserven des Lebens werden. Ich weiß nicht, wer die sehr nette Geschichte kennt. Genau diese Konserve wird mit solch einem Schulmodell erreicht, aber darüber wollen wir heute nicht streiten.

Es geht um andere Dinge! Es geht um Kinder, die sich anders entwickeln, es geht um Kinder und Jugendliche, die auch einfach Räume brauchen, die in der Entwicklung ihre Brüche haben und nicht jederzeit konditionierbar sind. Im Beirat Schwachhausen haben einige Schülerinnen über ihre Biographie berichtet und haben deutlich gemacht, weswegen sie sich ausgegrenzt fühlen, weswegen sie sich herabgesetzt fühlen, wie wenig ihre Interessen

an manchen Schulen berücksichtigt werden und weswegen sie auch eine bestimmte Form von Schule, Ansprache und Räume brauchen. Das ist alles nicht berücksichtigt.

Was wollen Sie eigentlich mit den Schülerinnen machen, die solche Zielsetzung haben? Was wollen Sie mit den Schülerinnen machen, die in der Orientierungsstufe merken, das ist für sie nicht das Richtige, und aussteigen wollen? Da sagen Sie, sie sollen zur Brokstraße gehen. Haben Sie sich einmal überlegt, welche Entfernung das ist, wenn jemand in der Kulenkampffallee wohnt und dann zur Schule Brokstraße gehen soll? Es gibt keine direkte Verkehrsanbindung, das geht alles über den Hauptbahnhof. Das ist völlig weggeplant von dem Lebens- und Erfahrungswert der Kinder in diesem Stadtteil.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Schließlich haben Sie völlig übersehen, dass in Schwachhausen die Schülerzahlen wachsen. Es gibt die nächste Zeit über 300 Schüler mehr. Wo sollen sie eigentlich alle bleiben? Sollen sie auch in andere Stadtteile gehen? Es kann doch nicht sein, dass ein Stadtteil in seinem Bereich keinerlei Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche in diesem Alter macht.

Es bleibt noch eine Frage! Ich habe mit großer Freude zur Kenntnis genommen, dass dieses Manko der bisherigen Planung auch in der SPD durch Frau Hövelmann so gesehen wird, das finde ich ausgesprochen gut. Für mich bleibt dann nur die Frage, warum denn ausgerechnet das Gelände der Schule an der Lothringer Straße verkauft werden soll. Hier ist eine Schule, die offensichtlich akzeptiert ist bei allen Schwierigkeiten, unter denen sie bisher arbeiten musste, darüber haben wir das letzte Mal gesprochen. Eine mögliche Antwort habe ich am Sonntag im „Weser Report“ gelesen, dass die Bremer Heimstiftung einen Zugriffswunsch auf dieses Gelände hat. Ich finde, das kann kein Kriterium sein. Wenn es darum geht, Verkaufserlöse zu erzielen, kann man auch Alternativen prüfen und die Schule in der Lothringer Straße, so wie sie da steht, weiterentwickeln. Diese Chance sollte man dieser Schule auch geben. Das finde ich wichtig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal an Sie appellieren: Gehen Sie auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen in diesem Stadtteil ein, sorgen Sie insbesondere dafür, dass Kinder, die nicht den Erwartungen entsprechen, die ein Schnell-

läuferdurchgang oder ein bilingualer Durchgang an sie stellt, ein ganz normales Schulangebot in ihrem Stadtteil erhalten! Sie dürfen nicht einfach ausgegrenzt werden, wenn sie andere Wünsche und Zielsetzungen in ihrem Leben haben! Sorgen Sie dafür, dass sie dieses Angebot erhalten! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Zachau, ich knüpfe gleich an dem an, was Sie gesagt haben. Ich glaube, ein Grundproblem in Schwachhausen liegt so acht bis zehn Jahre zurück. Vor acht bis zehn Jahren gab es die Auseinandersetzung darum, ob aus dem Kippenberg-Gymnasium ein Schulzentrum gemacht werden sollte. Es gab erheblichen Widerstand, das Ergebnis würde dann in der Ampelkoalition übrigens verfestigt, und weitere durchgängige Gymnasien wurden errichtet. Das Ergebnis ist, dass wir nur in Schwachhausen eine Konstruktion haben, die es sonst in der gesamten Stadt so nicht gibt.

Wir haben kein Schulzentrum, wir haben ein durchgehendes Gymnasium, und wir haben eine Schule, die wir bei uns im Schulgesetz eigentlich gar nicht vorgesehen haben, nämlich eine Haupt- und Realschule. Diese Haupt- und Realschule befindet sich, wie wir alle wissen, in der Lothringer Straße.

Herr Zachau, als ich den Titel der Aktuellen Stunde gelesen habe, habe ich mich erst einmal spontan an das erinnert, was mir meine Kinder über den Grand Prix erzählt haben. So dramatisch ist es tatsächlich nicht. Schauen wir uns einmal die harten Zahlen an! Ich finde, man soll doch so argumentieren, wie sich die Welt darstellt, dann sprechen diese Zahlen eine deutliche Sprache. Da frage ich tatsächlich auch die Fraktion der Grünen, ob sie das wirklich will.

In der Hamburger Straße - dort ist ein Schulzentrum, wie wir wissen, ich glaube, auch in der Ampelzeit noch errichtet worden - haben wir eine gewissermaßen groteske Situation. Wir haben in den Klassen sieben und acht überhaupt keine Hauptschulklasse mehr und auch keine Realschulklasse, wir haben in der Klasse neun in der Realschule 18 Kinder, und wir haben in der zehnten Klasse in der Hauptschulklasse zehn Jugendliche. Nun habe ich in den zahlreichen Gesprächen, die ich geführt habe, gehört, dass die Hamburger Straße auch nicht so beliebt sei. Das wird Ursachen haben, sicher

muss man an diesen Ursachen auch arbeiten, aber das Ergebnis lässt sich nicht leugnen. Hier entsteht durch Schülermangel mit der Zeit ein weiteres durchgängiges Gymnasium, was dann aber wirklich dramatisch in die Außenbezirke wirkt. Ich sehe bei Herrn Bürger ein zufriedenes Lächeln, aber die Probleme holen Sie ein, Herr Bürger, da vertun Sie sich man nicht!

So viel erst einmal zu den Fakten! Durchschnittlich haben wir übrigens in der Lothringer Straße im Hauptschulbereich von Klasse sieben bis zehn pro Klasse 15 Kinder in der Schule.

Jetzt hat Herr Zachau schon darauf hingewiesen, zwei Maßnahmen treffen in dem Stadtteil aufeinander: auf der einen Seite die Frage mit den Schülerzahlen gerade im Haupt- und Realschulbereich und auf der anderen Seite der von der Koalition beschlossene Schulversuch, das Abitur in zwölf Jahren am Kippenberg-Gymnasium zu machen. Da hat Herr Zachau Recht, dadurch, dass die Orientierungsstufe einbezogen wird in diesen Schulversuch, und zwar bereits im zweiten Halbjahr der Klasse fünf, ist diese Orientierungsstufe nicht mehr für alle Kinder und Jugendlichen im Stadtteil offen.

Wir haben festgelegt, übrigens auf Empfehlung der SPD-Fraktion, dass mindestens drei der fünf Klassenverbände für Kinder aus Schwachhausen vorgehalten werden und die anderen zwei für die gesamte Stadt. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass die SPD-Bildungsdeputierten eine Straffung in der Oberstufe bevorzugen würden, also nicht in der Orientierungsstufe beginnend.

In der Lothringer Straße, sehr geehrte Damen und Herren, gibt es keine Orientierungsstufe! Von daher brauchen wir das in dem Sinne nicht zu vermischen. Es gibt 162 Jugendliche, die dort zur Schule gehen, die übrigens längst nicht alle aus dem Stadtteil Schwachhausen kommen. Sie kommen aus Horn, aus Findorff, aus Walle, aus dem Viertel und sehen diese Schule mit dem besonderen Profil, nämlich einer Integration von Hauptschule und Realschule, als genau das, was Herr Zachau geschildert hat, nämlich als eine Möglichkeit, in einer kleinen, aber leider baulich eben überhaupt nicht feinen Schule mit einem besonderen Profil ihren Weg zu machen. Dieses Profil, meine Damen und Herren, wird erhalten bleiben. Es ist, wie mir die Lehrerinnen und Lehrer versichert haben, nicht vom Gebäude abhängig. Dieses Angebotsprofil, so steht es in der Deputationsvorlage und so wird es auch von den beiden Koalitionsfraktionen getragen, bleibt erhalten.

Ich komme zur möglichen weiteren Nutzung des Geländes. Im „Weser Report“ konnten wir lesen, dass die Bremer Heimstiftung Interesse an dem Gelände hat. Ich bin sicher, dass nicht nur die Bremer Heimstiftung Interesse hat, sondern auch andere Angebote abgegeben werden.

(Abg. Bürger [CDU]: Das ist auch wünschenswert!)

Natürlich ist das wünschenswert, völlig in Ordnung. Was ich allerdings bisher über das soziale Mehrgenerationenprojekt der Bremer Heimstiftung weiß, halte ich für den Stadtteil für sehr attraktiv, übrigens unter Beibehaltung der Kinderschule und der Sporthalle. Herr Zachau, darauf sind Sie gar nicht eingegangen, das sind auch nicht alles Normalos, die dort sind, sondern es ist auch eine besondere Schule, und für diesen Stadtteil spielt diese Turnhalle in der Lothringer Straße eine große Rolle. Unter Beibehaltung dieser Turnhalle soll dieses Projekt da entwickelt werden.

Ich sage Ihnen als Abgeordnete aus Schwachhausen, mir erscheint dieses Angebot unter stadtteilpolitischen Aspekten ausgesprochen prüfenswert. Es gibt in Gesamtschwachhausen kein Bürger- und Sozialzentrum, kein Freizeithaus für Jugendliche. Schwachhausen ist in diesem Bereich nicht so entwickelt wie andere Bereiche. Ich habe mich gewundert, Herr Zachau, dass Sie das einmal eben so salopp irgendwie mit einem gewissen Hautout versehen. Ich plädiere dafür, dass man das Angebot der Heimstiftung sorgfältig prüft. Ich habe auch Reaktionen aus dem Beirat gehört, der dies durchaus positiv sieht.

Eines möchte ich allerdings hier für die SPD-Fraktion klarstellen! Sollte es zu einem Verkauf des Geländes in der Lothringer Straße kommen, muss dieses Geld im Bildungshaushalt bleiben.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber das widerspricht allen Regeln!)

Herr Mützelburg, ich gehe sehr gern auf Ihren Zwischenruf ein, ich bin Ihnen sogar dankbar dafür. Als wir uns schwer genug dazu durchringen mussten, das Holter Feld zu veräußern und auch Huckelriede zu schließen, wurde durch einen Senatsbeschluss festgelegt, Herr Mützelburg, dass das Geld für das Holter Feld, wie Sie wissen, zum Ausgleich des strukturellen Defizits im Bildungshaushalt genutzt wurde, und die Mieteinnahmen aus Huckelriede bekommen wir ebenfalls. Das geht über einen Senatsbeschluss, aber es kann doch eigentlich keiner von uns Bildungsdeputierten erwarten, ich spreche

einmal für meine Kolleginnen und Kollegen, dass wir uns hinstellen, eine Schule veräußern, Probleme im Stadtteil, Auswirkungen auf andere Stadtteile auf uns nehmen, und hinterher sagt Herr Schrörs, das fließt in ein Projekt, ich will jetzt kein populistisches Projekt nennen, Herr Schrörs, aber möglicherweise könnte ich mir - -

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Rennbahn!)

Herr Dr. Kuhn schlägt die Rennbahn vor, auf die Idee wäre ich nie gekommen. Das ist für mich eine Vorstellung, die ich nicht akzeptieren kann.

Ich möchte, meine Damen und Herren, noch auf ein paar andere Punkte eingehen, weil es um das gesamte Standortkonzept geht. Bisher nicht erwähnt wurde, dass die Grundschule in der Freiligrathstraße, wo übrigens zahlreiche Räume leerstehen, erhalten bleibt. Das ist ganz klar gesagt worden, hier bleibt es bei einem wohnortnahen Konzept für Grundschülerinnen und Grundschüler. Wenn Sie hingehen und sich den Raumnutzungsplan ansehen, werden Sie feststellen, dass gerade in Zeiten, in denen die Mittel doch sehr begrenzt sind, hier zahlreiche Räume nicht entsprechend ausgelastet werden. Wir erhalten das aber, um ein wohnortnahes Angebot für Grundschülerinnen und Grundschüler anzubieten.

Jetzt komme ich zur Schule Thomas-Mann-Straße! Die Schule in der Thomas-Mann-Straße ist ebenfalls räumlich nicht ausgelastet. Vielleicht können wir das so umschreiben. Die SPD-Fraktion, das hat Herr Zachau vorhin schon gesagt, bittet den Senator herzlich, noch einmal die Zahlen in Schwachhausen sorgfältig zu überprüfen und auch erweiterte Vorschläge zu machen. Vielleicht kann hier auch eine Stadtteilschule entstehen,

(Abg. Eckhoff [CDU]: Gott sei Dank war das nur eine Bitte!)

wo man dann mit entsprechenden Konzepten und mit einem entsprechenden Angebot an Jugendliche, die anders lernen, auf diese Kinder eingehen kann. Ich sehe schon, dass Herr Eckhoff ganz begeistert ist.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Abschluss. Die Aktuelle Stunde suggeriert, dass der Stadtteil Schwachhausen ziemlich benachteiligt ist. Dies kann ich so hier nicht bestätigen, im Gegenteil, ich verspreche Ihnen, dass wir weiter daran arbeiten werden, den Stadtteil auch vom Schulangebot her

attraktiv zu gestalten! - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss mich wirklich wundern - am 10. Februar haben wir in der Bildungsdeputation eine Vorlage behandelt, in der das thematisiert und das Verfahren beschlossen wurde -, dass hier von Helmut Zachau an die Wand geworfen wird: Die große Koalition geht durch die Stadt und schließt wieder einmal die Schulen. Meine Damen und Herren, es wundert mich insbesondere, dass hier die SPD-Fraktion auf einmal gegen ihren eigenen Senator Sturm läuft und auf einmal die Vorlage wieder in Frage stellt.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Quatsch! Prüfen Sie Ihre Worte, und bedenken Sie das Ende! - Abg. Eckhoff [CDU]: Man lässt in der Schule auch ausreden! - Zurufe von der SPD)

Frau Hövelmann, Sie haben eben die Vorlage G 27 wieder in Frage gestellt. Sie zweifeln offensichtlich daran. Frau Hövelmann, Sie haben noch eine zweite Runde und dürfen gleich noch einmal fünf Minuten reden. Ich darf Sie daran erinnern, wenn Sie mir einen Vergleich mit dem Fußball gestatten, wenn eine Mannschaft auf einmal gegen den Trainer spielt, ist die Frage, wer dann entlassen wird. Im Zweifelsfall der Trainer!

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Das könnte Ihnen so passen!)

Da er sich aber gerade erst eingespielt hat, sollten Sie den noch ein bisschen behalten. Sie bekommen sonst irgendwann ein Problem. Lassen Sie das doch einfach, dass Sie gegen die Vorlagen Ihrer eigenen Verwaltung auf einmal hier Sturm laufen!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, alle anderen Bundesländer haben das zwölfjährige Abitur, entweder als Modellversuch oder regulär, wie zum Beispiel Sachsen. Ich kann gar nicht verstehen, warum Sie das auf einmal als Elite bezeichnen. Es war zum Beispiel in der ehemaligen DDR und danach in den neuen Bundesländern zum Teil Usus, das ist es heute noch. Andere Bundesländer wollen es einführen. In Bremen gab es das bisher gar nicht. Ich kann nicht

erkennen, dass das zwölfjährige Abitur auf einmal etwas so Schlimmes ist.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das sagt doch keiner!)

Ich glaube, dass das Kippenberg-Gymnasium ein guter Standort dafür ist. Frau Hövelmann, Sie wissen, wir wollten es gar nicht unbedingt am Kippenberg-Gymnasium haben. Wir hätten eine andere Schule präferiert. Das Problem mussten wir jetzt so lösen.

Ich möchte Ihnen noch in einem ganz anderen Punkt Recht geben, Sie haben vorhin gesagt, Versuch „Schulzentrum Kippenberg“. Sie haben schon in der Vergangenheit viel Murks in der Bildungspolitik gemacht, da haben Sie völlig Recht!

(Beifall bei der CDU)

Was sind denn Normalos?

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Das möchte ich auch einmal wissen! Eine Wortwahl!)

Das habe ich mich wirklich gefragt, als ich die Überschrift gesehen habe. Ich glaube, auf die Schule an der Lothringer Straße zu sprechen zu kommen und dann zu sagen Normalos, das trifft es irgendwie überhaupt nicht, Helmut Zachau! An der Lothringer Straße ist ein Modell der Integration von Sonderschule und Hauptschule entwickelt worden. Es ist ein Modell, das besondere Förderung hat und bewirkt. Dieses Modell wird erhalten, das hat Frau Hövelmann genau wie ich hier jetzt festgestellt, auch an einem neuen Standort.

(Beifall bei der CDU)

Das sind keine Normalos, das sind Schülerinnen und Schüler, die eine besondere Zuwendung brauchen und auch weiterhin erhalten werden. Die Lothringer Straße ist eine Ruine, auf drei bis fünf Millionen DM werden die Sanierungskosten geschätzt. Wir hatten ja gerade eine Fundamentsanierung, das hat überhaupt nicht funktioniert, da sind sofort neue Schäden entstanden. Ich glaube, die große Koalition macht es sich überhaupt nicht leicht zu sagen, wir machen eine Schule dicht. Gerade erst im Dezember haben wir bewiesen, dass wir durchaus, wenn eine Chance besteht, auch die Schulen erhalten, wenn ich an die Bevenser Straße erinnern darf, wo es allerdings um ganz andere finanzielle Größenordnungen geht. Drei bis fünf Millionen DM sind aber über den Stadtrepauratur-

fonds einfach nicht zu finanzieren, von daher müssen wir uns andere Gedanken machen.

Der Senator für Bildung hat sich Gedanken gemacht. Es gibt Schulen rundum, zum Teil genau auf der Grenze zu Schwachhausen mit anderen Stadtteilen, mit Horn, mit der Vahr. Ich glaube, es ist zumutbar, dass man dann einen Schulweg, der vielleicht fünf Minuten länger ist, den Schülerinnen und Schülern zumutet, meine Damen und Herren, so traurig das dann vielleicht für den Stadtteil selbst ist.

Ich habe auch volles Verständnis für den Beirat. Als Beirat macht man immer Kirchturmpolitik, nur, meine Damen und Herren, nebenan steht der Dom. Das ist der höchste Kirchturm in Bremen. Wir müssen hier Politik für Bremen machen. Von daher müssen wir zum Teil für einen Stadtteil auch schmerzliche Entscheidungen treffen. Wir sind noch im Verfahren. Die Bildungsdeputation wird im März darüber noch einmal beraten.

Bei der Pressemitteilung der SPD von heute, Frau Hövelmann,

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Von gestern!)

ich habe sie heute bekommen, Entschuldigung, vom 21. Februar, da dachte ich wirklich, wenn Sie vom Grand Prix sprechen: „Wadde hadde dudde da?“ Das kann ja wohl nicht wahr sein, was Sie hier machen!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war eigentlich für die Kulturdebatte!)

Herr Mützelburg hat ja schon festgestellt, Sie wollen im letzten Absatz gegen das Haushaltsgesetz verstoßen, na gut! Herr Mützelburg hat festgestellt, dass Sie das möchten. Ich darf festhalten, dass die Vorlage - - .

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: So spricht ein Bildungsdeputierter! Ich wundere mich!)

Frau Hövelmann, ich stelle fest, dass Sie die Vorlage G 27 in der Bildungsdeputation am 10. Februar ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen haben.

(Beifall bei der CDU)

Dann haben Sie in einer Beiratssitzung offensichtlich mit Leuten diskutiert, die anderer Meinung waren. Anscheinend haben Sie Ihre eigenen Argumen-

te dann nicht weiter vertreten, sondern sind völlig umgeknickt. Ich kann das nicht verstehen, warum Sie hier auf einmal einen Tag vor dieser Aktuellen Stunde dann so etwas machen! Dann müssten Sie das vielleicht auch mit dem Bildungssenator klären. Unser Herz hängt überhaupt nicht daran, ob wir jetzt die Schule an der Thomas-Mann-Straße schließen oder nicht. Uns geht es um Folgendes, das sage ich Ihnen ganz deutlich: Die Bewirtschaftungskosten müssen gesenkt werden. Deshalb müssen wir solche Vorlagen von der Senatsverwaltung erbitten, die dann auch vorgelegt werden.

Die Bewirtschaftungskosten des Senators für Bildung für Schulgebäude, Frau Hövelmann, darüber reden wir seit längerer Zeit! Wir haben dann diese Vorlage vom Senator bekommen. Die CDU hat gesagt, jawohl, das ist schlüssig, weil es ja auch umfangreich diskutiert wurde, und Sie haben genauso gehandelt in der Bildungsdeputation. Auf einmal erklären Sie über die Presse etwas völlig anderes. Vielleicht können wir das ja in der nächsten Sitzung der Bildungsdeputation klären. Ich halte das für etwas unredlich, was Sie da mit der Pressemitteilung gemacht haben. Sie haben damit insbesondere Ihren eigenen Senator in Bedrängnis gebracht.

(Beifall bei der CDU)

Ich erwarte, wenn Sie dann meinen, das über die Presse so zu machen, dass wir in der nächsten Sitzung der Bildungsdeputation dann eine neue Auflistung bekommen. Es geht darum, die Bewirtschaftungskosten müssen gesenkt werden, und durch Verkaufserlöse müssen wir in Bremen erreichen, dass wir wieder Geld in den Haushalt bekommen. Die Schule Lothringer Straße, meine Damen und Herren, ist nicht zu halten. Das hat Herr Mützelburg, das habe ich eben schon gesagt, deutlich gesagt, es kann nicht sein, dass ein einzelnes Ressort Gelder einnimmt. Es geht um den Gesamthaushalt.

(Abg. Bürger [CDU]: Und dann noch die Stadtteilschulen davon womöglich bezahlen!)

Wir haben noch bei der Schule an der Lothringer Straße das Problem der hohen Investitionen. Ich sage Ihnen ganz klar, wenn die Schule an der Lothringer Straße aufgegeben werden muss, dann muss die Kinderschule da hinaus, weil nur eine komplette Räumung des Geländes einen entsprechend hohen Verkaufserlös dort erzielt. Ich glaube, wir haben andere Räume gesehen, es gibt Freiräume, zum Beispiel die Brokstraße.

Wir haben die genaue Vorlage in der Bildungsdeputation gehabt, und ich möchte die Geduld der Kolleginnen und Kollegen hier auch nicht über Gebühr strapazieren, weil ich weiß, dass die meisten Bildungsdebatten nicht so gern hören. Es wundert mich sowieso, warum es heute so voll ist. Meine Damen und Herren, ich glaube, was Sie hier mit Ihrer Pressemitteilung gemacht haben, Frau Hövelmann, ist einfach populistisch. Sie probieren, da noch einmal eben so die Eltern einzufangen

(Beifall bei der CDU)

nach dem Motto, wir kümmern uns um euch, während der Bildungssenator es hinterher ausbaden muss. In der nächsten Sitzung der Bildungsdeputation werden wir ja sehen, wie Sie sich in der Sache dazu verhalten, Frau Hövelmann. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Sie sind beratungsresistent!)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Lemke.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Jetzt spricht der Trainer! - Abg. Bürger [CDU]: Wen wechseln wir jetzt aus?)

Senator Lemke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf diese Frage werde ich jetzt nicht antworten, Herr Bürger! Ich will versuchen, das ein wenig zu entemotionalisieren, ich denke, das ist klug. Wie ist die Ausgangssituation? Wir haben verschiedene Dinge jetzt miteinander vermischt. Ich sage das ausdrücklich deswegen, weil natürlich, wenn wir über Schwachhausen diskutieren, wir auch über das Abitur nach zwölf Jahren diskutieren müssen. Das ist überhaupt keine Frage. Das vermischt sich jetzt ein wenig, und ich möchte zum Abitur nach zwölf Jahren sagen, dass dies eine Beschusslage der großen Koalition ist, die gesagt hat, zu unserer Vielfalt, Herr Abgeordneter Zachau, gehört auch, dass wir einmal ausprobieren, was andere schon sehr erfolgreich in anderen Bundesländern praktizieren, und dies in unserem Bundesland auch mit anbieten. Das ist nicht Einfalt, sondern das ist Vielfalt unseres Bildungswesens!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich bin sehr neugierig, wie die Eltern dieses Angebot für ihre Kinder annehmen. Ich bin ganz neugierig, wie da die entsprechenden Zahlen sind.

Ich möchte dies nicht so verstehen, dass jetzt für die Orientierungsstufe in Schwachhausen diese

Schule ausfällt. Ich hoffe sehr, dass möglichst viele Eltern in Schwachhausen das auch nutzen, und ich bin ziemlich sicher, dass es dort nicht zu den hier prophezeiten Abbrechern, Verweigerern et cetera kommt, sondern dass man sagt, wenn wir unserem Kind dieses Abitur nach zwölf Jahren zutrauen oder zumuten, dann melden wir unser Kind dort in der Orientierungsstufe an. Wenn wir der Auffassung sind, so wie Sie es eben artikuliert haben, wir möchten unserem Kind nicht diesen zusätzlichen Stress zumuten, dann haben wir die Möglichkeit, an benachbarten Schulstandorten, da ist nämlich Platz, dies entsprechend vorzunehmen. Da ist der Schulweg für einen Fünft- oder Sechstklässler durchaus zu ertragen, wenn auch nicht optimal.

Jetzt muss ich auf den nächsten Punkt kommen. Wir haben in Bremen 15.000 Quadratmeter zuviel Schulraum, aber klamme Kassen. Das weiß oder sollte jeder von uns hier wissen. Wenn man aber mit dem Geld ökonomisch und effizient umgehen muss, dann muss man überlegen: Was ist zumutbar und was nicht? Sie haben dieses Thema hier in der Aktuellen Stunde zur Diskussion gestellt, und wir überlegen jetzt, ob es zumutbar für die Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Schwachhausen ist.

Übrigens bin ich nicht der Auffassung, dass es sich da um einen benachteiligten Stadtteil oder um benachteiligte Menschen in diesem Stadtteil handelt. Wir haben dort in dieser Schule 44 Schülerinnen und Schüler, die aus Schwachhausen kommen. Diesen 44 Schülern müssen wir es zumuten, das ist bedauerlich, und ich mache das auch nicht gern, aber ich nehme diese Schüler auch sehr ernst, deshalb war ich auch unmittelbar nach Ihrer Anfrage hier in der Bürgerschaft in der Schule. Als die Deputation eine Vorlage erwartete, habe ich unverzüglich den Schulleiter angerufen und um ein Gespräch gebeten. Vor der Deputation, in der das in erster Anhörung diskutiert worden ist, habe ich mir noch einmal die Fakten von den Schülern, von der Schulleitung und von den Lehrerinnen und Lehrern sagen lassen.

Dann muss aber irgendwann einmal eine Entscheidung getroffen werden, und jetzt hören wir in den nächsten Wochen noch einmal dazu die Schulen und den Beirat. Das ist erfolgt oder kurz davor, dann werden wir diese Entscheidung treffen, und meine Entscheidung ist, die Schule an der Lothringer Straße zu schließen und dort dann nur noch zu fragen, was danach passiert. Allerdings muss ich an dieser Stelle auch dem Parlament mitteilen, dass ich der Deputation vorschlagen werde, und ich weiß, dass die Sprecher dem zustimmen, den Schülern noch

eine Gleitzeit einzuräumen und diese Schule noch ein weiteres Jahr bei den hohen Kosten, die da anfallen, zu erhalten, damit diejenigen, die heute dort die neunte Klasse besuchen, noch die Möglichkeit haben, sich entsprechend auf die dann folgende Zeit umzustellen. Dies ist absolut okay!

Ich habe übrigens auch Verständnis für die Forderung der Sprecherin Frau Hövelmann, denn was wäre das für eine Situation, wenn wir eine Schule aufgeben und sagen, aber das Geld geht jetzt irgendwie in den großen Topf und fällt dann in ein Nichts! Dass das haushaltsrechtlich gar nicht anders geht, es erst einmal im Vollzug so zu machen, ist logisch, und das wird ja auch nicht in Frage gestellt, aber ich denke, jeder, der in diesem Haus bildungspolitisch tätig ist, wird die Forderung von Frau Hövelmann natürlich unterstützen, dass wir doch versuchen, alles das, was wir jetzt auch einsparen, in die Bildung und Ausbildung unserer Schülerinnen und Schüler weiter zu investieren, denn das ist ohne Frage eine richtige Maßnahme für die Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich bitte noch in einem Satz auf die Situation der Schule in der Thomas-Mann-Straße eingehen! Da stellt sich die Situation völlig anders dar als an der Lothringer Straße. Deshalb bin ich auch nicht so erschrocken gewesen, als ich gestern die Pressemitteilung von Frau Hövelmann vorformuliert bekommen habe.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Sie sind so etwas schon gewohnt! - Abg. Eckhoff [CDU]: Er erwartet von seiner Mannschaft nicht mehr!)

Herr Fraktionsvorsitzender Eckhoff, wir wollen an dieser Stelle auch den Ball flach halten! Ich befürchte, dass es irgendwann demnächst noch einmal ernsthafte Konflikte geben könnte. Ich halte das nicht für ein so zentrales Konfliktthema. Wenn wir diese Frage offen lassen, was machen wir konkret in einem Jahr, darüber reden wir erst, wir reden über den 30. Juni 2001, mit der internationalen Schule, die sehr gern dort bliebe, die es ganz konsequent ablehnt, nach Grohn zu gehen. Sie möchte am liebsten in Schwachhausen an diesem Standort bleiben. Wir haben überhaupt keine Eile, über die Veräußerung dieses Grundstücks jetzt schon zu entscheiden.

Lassen Sie uns das doch in Ruhe und Gelassenheit vernünftig miteinander erörtern, wenn es konkret wird! Ich weiß nämlich zum Beispiel, und das drängt uns ja auch, dass wir mit dem schulpsychologischen

Dienst und der Landesbildstelle zwei andere wichtige Standorte haben, nicht was Schulen angeht, aber was Bildung angeht. Beide Bereiche werde ich in unmittelbarer zeitlicher Nähe aufsuchen, um mir einmal ein Bild von den Liegenschaften zu machen. Meinen Informationen nach sind das Möglichkeiten, wie wir auch angesichts der schlechten Kassenlage versuchen können, etwas effizienter zu gestalten, etwas vernünftiger mit unserem Geld umzugehen.

Wenn wir Räume an anderen Stellen frei haben, dann muss man sehr klug darüber nachdenken, wie wir mit den uns zur Verfügung gestellten Steuergeldern pfleglich umgehen. Das kann auch mittelfristig für mich bedeuten, dass man die Schule an der Thomas-Mann-Straße dafür nutzt oder auch das LIS, falls es eine andere angemessene Verwendung des Gebäudes an der Thomas-Mann-Straße geben sollte.

Ich meine, wir haben das mit großer Pfleglichkeit, mit großer Ernsthaftigkeit gemacht, dies zu überprüfen und es zu einer Entscheidung zu bringen. Das ist für einen Bildungssenator, und nehmen Sie mir das bitte ab, eine ganz schwere Entscheidung, hier im Haus über eine Schulschließung zu diskutieren, denn dazu gehören ja auch Schicksale der dort Tätigen, der, die dort jetzt lernen, aber auch der, die jahrzehntelang dort gelernt haben, für die zu erfahren, unsere alte Schule wird geschlossen und plattgemacht. Dann ist das eine sehr schmerzhaft Geschichte. Bitte nehmen Sie es uns ab, dass zumindest ich und meine Behörde uns diese Entscheidung sehr, sehr schwer gemacht haben, und dennoch müssen wir sie im Interesse der gesamten Entwicklung so vollziehen. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Zachau.

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Senator, ich bin ja auch der Meinung, dass wir Geld für Bildung brauchen, nur, dann muss man das politisch durchsetzen. Das finde ich, und das sage ich ihnen auch als Haushaltspolitiker. Es geht nicht, dass die Ressorts, die zufällig viele Gebäude und Immobilien in der Bewirtschaftung haben, ihre Probleme dadurch lösen, dass sie diese veräußern, und die anderen haben die Möglichkeiten nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

So lösen wir das politische Problem nicht.

(Zurufe)

Da ist das auch nicht in Ordnung! Der Bildungsetat ist unterfinanziert. Sie haben alle meine Unterstützung. Hier muss etwas geschehen, weil Kinder unsere Zukunft sind, aber wir sollten uns nicht an Wege gewöhnen, wo im Endeffekt die Methode nicht so ganz in Ordnung ist.

Zweitens, ich habe nie gesagt, dass Schwachhausen ein benachteiligter Stadtteil ist. Das würde ich auch nie tun. Ich bin auch selbst in einem anderen Stadtteil, in einem anders strukturierten Stadtteil aufgewachsen.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Vorhin in Ihrer Rede!)

Aber in diesem Stadtteil gibt es Kinder und Jugendliche, die aus dem System herausfallen und von daher auch benachteiligt sind und spezifische Angebote brauchen. Das gilt für Jugendeinrichtungen, das gilt für Bildungseinrichtungen. In beiden Bereichen ist dieser Stadtteil defizitär. Das ist völlig klar. Ein anderes Angebot nützt den Jugendlichen, die diese Schnellläuferbildungsgänge nicht durchlaufen, weil sie in diese eben von der Konditionierung, vom Wollen, von ihrer Entwicklung nicht hineinpassen. Es passt nur eine Minderheit in diese Bildungsgänge hinein. Darüber gibt es Untersuchungen. Diese Jugendlichen werden im Moment gnadenlos aus dem Stadtteil herausgedrängt. Das finde ich gesellschaftspolitisch eine unerträgliche Situation. Das ist das Problem.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will Ihnen das an einem Beispiel deutlich machen. Die Elterninitiative aus dem Stadtteil berichtet, dass nach ihren Informationen so etwa 20 Prozent derjenigen, die normalerweise ein Gymnasium besuchen, für Schnellläufergänge geeignet sind. Sie haben drei Orientierungsstufenklassen, das hat Frau Hövelmann berichtet, für die Schwachhauser Kinder reserviert. Bisher sind es vier Klassen, eine immer überregional, es sind fünf insgesamt. Bisher war es so, dass die Schüler nach der OS in etwa im Umfang eines Klassenverbandes die Schule verlassen haben, und die anderen drei Klassen sind am Kippenberg-Gymnasium geblieben. Die Gymnasialschüler, die bisher am Kippenberg-Gymnasium waren, sind jetzt Bestandteil eines Schnellläuferbildungsganges. Sie haben bisher ein ganz normales Gymnasium besucht. Da ändert sich etwas, da ändern sich Anforderungen. Das Profil ist

ein gänzlich anderes, als es vorher war, und sie werden damit Probleme haben.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Was ist mit der Julius-Brecht-Allee?)

Die Julius-Brecht-Allee ist nicht in Schwachhausen, wenn ich das richtig sehe. Auf der Grenze! Sie ist kulturell eindeutig zur Vahr ausgerichtet. Das ist doch völlig klar.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Aber ihr seid doch immer für multi-kulti!)

Ich will Ihnen sagen, diese Schulplanung nimmt keine Rücksicht auf Kinder und Jugendliche, die auch Räume brauchen für ein anderes Lernen. Das ist erst einmal der Fakt.

Sie haben dann verschiedene andere Dinge angesprochen. Frau Hövelmann hat die Hamburger Straße angesprochen. Liebe Frau Hövelmann, ich finde es völlig falsch, die Situation der Schule an der Hamburger Straße in einem anderen Stadtteil als Begründung für die Schließung einer Schule in einem anderen Stadtteil anzuführen. Die Schule an der Hamburger Straße hat Probleme. Sie hat im Moment deutliche Akzeptanzprobleme, nicht nur in der Sekundarstufe I, nicht nur bei HR, sondern auch bei Gy. Wir wollten in dem Schulgesetz die Wahlfreiheit, noch gemeinsam damals, um Schulen auch zur Veränderung ihres Verhaltens zu zwingen. Wenn Sie die Akzeptanzprobleme zum Anlass nehmen, eine andere Schule als Auffüllmasse nehmen, damit die Schule an der Hamburger Straße erhalten bleibt, dann finde ich das falsch.

Ich finde auch Ihre Begründung falsch, weil die Teile, die Sie jetzt in die Hamburger Straße eingliedern wollen, ja nur organisatorisch eingegliedert werden sollen, aber räumlich in die Brokstraße eingegliedert werden. Das ist keine echte Integration und keine echte räumliche Zusammenführung, sondern das ist eine formal-organisatorische Hülle, die niemandem nützt, deswegen auch nicht attraktiv ist und schulpolitisch auch völlig daneben ist.

Mein Appell an Sie ist noch einmal: Überlegen Sie genau, ob Sie diesen Kindern gerecht werden! Geben Sie ihnen die Chance, zwischen zwei Angeboten in einem Stadtteil wählen zu können! Gewähren Sie Vielfalt statt Einfalt in diesem Stadtteil! 36.000 Einwohner sind immerhin schon eine ordentliche

Kleinstadt, und die verdient mehr als solch ein einseitiges Angebot. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

Akzeptierende Jugendarbeit

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 23. Dezember 1999
(Drucksache 15/81 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2000

(Drucksache 15/100 S)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Adolf.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Frau Senatorin Adolf, möchten Sie die Antwort des Senats auf die Große Anfrage wiederholen? - Das ist nicht der Fall.

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen folgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen. - Das ist der Fall.

Das Wort hat der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir reden heute über die akzeptierende Jugendarbeit und über die rechtsextremistischen Orientierungen von Jugendlichen. Ich möchte hier noch einmal an den von Senator Lemke schon öfter zitierten Satz von Adorno erinnern, dass es hierbei darum geht, dass einer unserer allerersten gesellschaftlichen Aufträge darin besteht, dass Auschwitz nie wieder möglich ist. Wenn wir das als zentrale Maßgabe für unser gesamtes politisches Handeln betrachten, dann ergibt sich da für uns natürlich ein ganz besonderes Problem angesichts von Jugendlichen mit rechtsextremen Orientierungen.

Ich will nur einmal ein paar Städtenamen nennen, um an entsprechende Ereignisse zu erinnern, an Hoyerswerda zum Beispiel oder an Rostock-Lich-

tenhagen und an Mölln. Ich denke, dass uns diese Ereignisse, die brennenden Häuser, sehr drastisch daran erinnern haben, auf was für einem dünnen Eis der Zivilisation wir auch hier in Deutschland, auch zur jetzigen Zeit immer noch leben.

Natürlich handelt es sich hierbei nur um einige Jugendliche, aber es sind eben Jugendliche, die rassistische Parolen skandiert haben, die mit dem Hitlergruß durch die Straßen gezogen sind und die sich mit eindeutigen, nationalsozialistischen Symbolen identifizieren.

Rechtsextremismus hat sich zu einem großen Problem entwickelt. Er ist regelrecht zur Jugendkultur geworden, zu einer Jugendkultur unter anderen Kulturen. Es hat sich auch eine gewisse Akzeptanz entwickelt, dass einfach alle wissen, es gibt eben auch rechtsextreme Jugendliche, wie es auch andere Jugendkulturen gibt. Die Lage hat sich vor einigen Jahren in einigen Bereichen Deutschlands sehr zugespitzt. So gab es plötzlich Formulierungen von so genannten „national befreiten Zonen“, von „faktisch ausländerfreien“ Landkreisen, insbesondere in Ostdeutschland. Ich denke, dass diese dramatischen Formulierungen noch einmal zum Ausdruck bringen, welche große Problemlage hinter der rechtsextremistischen Orientierung von Jugendlichen liegt.

Daraus ergeben sich für uns als Politiker natürlich vielfältige Aufträge. Wir sind für eine ganze Reihe von Dingen verantwortlich und sind dazu verpflichtet, dort einzuschreiten. In erster Linie muss es uns natürlich darum gehen, potentielle Opfer zu schützen und zu verhindern, dass es jemals zu Übergriffen kommt, dass sie jemals körperlich oder seelisch Schäden davontragen.

(Beifall bei der SPD)

Aber damit ist natürlich die Aufgabe noch lange nicht erfüllt, denn schließlich geht es auch darum, Jugendliche, die auf der Suche nach Identitäten und Orientierung sind und die sich da ganz offensichtlich auf völlig falschen Wegen bewegen, auch davor zu bewahren, dass sie zu Tätern werden, dass sie womöglich verantwortlich sind für Mord, Körperverletzung und alles Mögliche weitere. Das ist der Hintergrund gewesen, vor dem ich mich entschlossen habe, dieses Thema „Akzeptierende Jugendarbeit“ hier auch im Parlament debattieren zu wollen.

Einige dieser Fragen, die ich hier gestellt habe, beziehen sich auf das Ausmaß der Verbreitung dieses Problems in Bremen. Da kann es natürlich nicht da-

rum gehen, dass wir einfach nur erfahren, welche Mitgliederzahlen die Jungen Nationaldemokraten haben oder wie hoch der Anteil von Jugendlichen bei den Mitgliedern der DVU beispielsweise ist. Das kann nur ein Maßstab sein. Ein Kriterium kann eben nur sein, wie hoch der Organisationsgrad innerhalb von rechtsradikalen Organisationen unter Jugendlichen ist.

Zu den Antworten des Senats, zumindest zu einigen Antworten, ist schon nachzufragen. Es kann, glaube ich, manchmal wirklich hilfreich sein, sich Gedanken über den Sinn einer Frage zu machen, bevor man sich aufmacht und die Antwort abliefern. Vielleicht wären dann doch einige Fragen ein bisschen umfassender und ein bisschen deutlicher beantwortet worden, als es jetzt der Fall ist. Bei manchen Antworten muss ich wirklich sagen, wenn die Jugendpolitik so mittelmäßig wäre wie die Antworten zum Teil in der Vorlage, dann müsste ich mir ernsthafte Sorgen machen, aber ich kann hier auch sagen, so dramatisch ist die Lage der Jugendpolitik in Wirklichkeit nicht.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich können wir in vielen Bereichen nicht mit detaillierten Zahlen operieren, und die können einfach nicht ermittelt werden, aber es gibt natürlich auch Indikatoren im Hinblick auf den Verbreitungsgrad von rechtsradikalen Orientierungen bei Jugendlichen und deren Aktivitäten. Es gibt kleinräumige Informationsnetzwerke gerade in der Jugendhilfe, und da lassen sich natürlich schon viele Erkenntnisse ableiten, und die lassen sich dann auch in solch eine Senatsvorlage hineinbringen. Maßstab muss dabei für uns natürlich schon sein, dass die Antworten plausibel sind, aber ich denke, unsere Stadt ist nicht so unübersichtlich, dass man da nicht plausible Antworten zusammentragen kann.

Wenn ich mir die Zahl der Übergriffe ansehe, dann schreibt der Senator hier lapidar: „Dem Senat sind organisierte Übergriffe von Jugendgruppen mit rassistischem oder rechtsradikalem Hintergrund in Bremen nicht bekannt.“ Das ist ja erst einmal relativ beruhigend, für mich allerdings nicht. Ich will da einmal eine persönliche Geschichte erzählen.

Zwei Tage vor dem 1. Mai, Sie erinnern sich vielleicht, hat die NPD hier eine bundesweite Mobilisierung zu einer Demonstration gehabt, da sind an meinem Arbeitsplatz in einem Jugendverband mit irgendwelchen Projektilen, ich weiß nicht genau, was das war, Löcher in die Scheiben geschossen worden, und es sind Plakate der JN dort auch ver-

klebt worden. Nach meiner Meinung ist das ein eindeutiger rechtsradikaler Übergriff. Es ist doch schon ein erhebliches Maß an Deutlichkeit im Vorfeld einer solchen Demonstration, wenn tatsächlich Scheiben eingeschossen werden und wenn dann sogar noch entsprechende Plakate von Organisationen, mit denen sich die Täter offenbar identifizieren, danebenhängt werden.

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche ist im Übrigen auch einem sechzehnjährigen Mädchen drei Kilometer weiter passiert, bei dem einfach irgendwelche Projektilen in der Scheibe eingeschlagen sind, weil ein Plakat gegen die Jungen Nationaldemokraten im Fenster hing. Was soll man eigentlich irgendwelchen Jugendlichen, die politisch aktiv sind, die versuchen, sich gegen rechtsextremistische Strömungen zu engagieren, sagen, wenn eine so lapidare Antwort kommt angesichts von solchen Ereignissen, die in Wahrheit stattgefunden haben, die von der Polizei aufgenommen worden sind und über die in der Presse berichtet wurde?

Ich möchte noch auf eine weitere Sache eingehen: Wir haben hier einen Bericht über das Internet. Das Internet hat natürlich über den beschriebenen Sachverhalt im Hinblick auf die Geschichtsklitterung noch ein weiteres Problem. Deutlich ist geworden, wenn man im Internet anfängt, zu historischen Themen zu recherchieren, so bekommt man tatsächlich ein Geschichtsbild, das mit dem richtigen Leben so richtig gar nichts zu tun hat. Da besteht natürlich ein Auftrag an die Historiker, auch dafür zu sorgen, dass ein Geschichtsbild, das einigermaßen realistisch ist, auch im Internet präsent ist und auch so abgerufen wird, wenn man die entsprechenden Suchbegriffe eingibt.

Ein weiteres Problem, das hier meiner Meinung nach nicht zum Ausdruck kommt, ist, dass das Internet zum Beispiel auch für schnelle, kurzfristige Informationen genutzt werden kann, zum Beispiel wenn bei Demonstrationen der Veranstaltungsort kurzfristig geändert wird. Es gibt da vielfältige Erfahrungen, und ich denke, man muss auch diesen Faktor ernst nehmen.

Aber nun zurück zur Jugendarbeit! Wir haben festgestellt, dass es eben in Deutschland und auch in Bremen eine ganze Reihe von Jugendlichen mit rechtsextremen Orientierungen gibt, die ganz offensichtlich von verschiedenen Angeboten der Jugendarbeit überhaupt nicht mehr erreicht werden konnten. Eine Vielzahl traf sich irgendwo in irgendwel-

chen kleinen Nischen und hat sich jedem sozialpädagogischen Angebot entzogen. Den sozialpädagogischen Angeboten haben sich die Jugendlichen auch deswegen entzogen, weil sie sich mit ihnen nicht identifizieren wollten, was völlig klar ist, aber sie wollten auch mit ihnen nicht in Kontakt geraten, um nicht selbst in Widersprüche zu geraten.

Wir hatten also ein regelrechtes sozialpädagogisches Vakuum, und so ist es dann vor einigen Jahren in Bremen zu Programmen der akzeptierenden Jugendarbeit gekommen. Akzeptierende Jugendarbeit heißt in diesem Zusammenhang, dass man sich von gewissen Verhaltensmustern von Jugendlichen, die normalerweise für Pädagogen ein Anlass sind, sich zu distanzieren, sie negativ zu sanktionieren, nicht distanziert und sich trotzdem Mühe gibt, auch weiterhin mit diesen Jugendlichen in Kontakt, in Kommunikation und Auseinandersetzung zu bleiben.

In Bremen wurde dieses Konzept fachtheoretisch entwickelt, es wurde praktisch erprobt, und das Ganze in einer Vernetzung mit verschiedenen Trägern, die in der Jugendhilfe tätig sind. Akzeptierende Jugendarbeit bedeutet Kontaktaufnahme, Beziehungsarbeit, aber auch praktische Lebenshilfe für die Jugendlichen, damit sie aus konkreten Problemlagen, die sie vielleicht selbst nicht lösen können, herausfinden. Aber akzeptierende Jugendarbeit heißt sehr wohl auch, dass man sie mit seinen eigenen politischen Überzeugungen konfrontiert und sich damit auseinandersetzt. Akzeptierende Jugendarbeit schafft Ausstiegsangebote für Jugendliche und Motivation, sich selbst zu engagieren, um aus schwierigen Lebenssituationen einen Ausweg zu finden.

Die Erfolge sind tatsächlich anhand einzelner Biographien feststellbar. Es ist auch, wenn man sich einzelne Cliques und deren Entwicklungen ansieht, genau zu sehen, dass diese akzeptierende Jugendarbeit ganz offensichtlich ein probates Mittel ist, um diesem Sachverhalt eine Antwort zu bieten. Der Informationsfluss ist in diesem Bereich sehr hoch. In den Stadtteilen gibt es überall Sozialpädagogen, die Jugendlichen sind bekannt. Die Eltern und die Nachbarn wissen genau, was sich dort abspielt, und tatsächlich gibt es auch enge Kontakte zur Jugendförderung, so dass dieses Problem systematisch angegangen werden kann.

Die rechtstextremistischen Orientierungen, mit denen wir da zu tun haben, haben natürlich auch gewisse Ursachen. Warum identifizieren sich Jugendliche mit rassistischen, mit faschistischen oder mit

anderen Mustern, und wie kommen sie dazu, diese dann auch offen auszutragen? Es gibt eine ganze Vielzahl an Argumentationen, an fachtheoretischen Auseinandersetzungen in diesem Zusammenhang. Wir würden hier wahrscheinlich morgen noch stehen, wenn wir darüber debattieren würden. Individualisierung, Werteverfall, Bedrohung durch Arbeitslosigkeit oder auch rassistische Deutungsmuster, die in der Mitte der Gesellschaft auch eine große Rolle spielen, sind hier nur einige dieser Argumente.

Entscheidend ist, wenn wir diese Ursachen uns vor Augen führen: Was ist die Konsequenz? Wichtig ist doch, dass wir eine politische Operationalisierung für genau solche Erkenntnisse entwickeln. Wir müssen entsprechende politische Programme entwickeln, und das hat auch stattgefunden. Ich erinnere an Jugendarbeitslosigkeit und entsprechende Programme, die durch die Bundesregierung, aber auch hier im Land Bremen entwickelt worden sind. Es gibt eine Vielzahl von Beratungen, an pädagogischen Angeboten, und die sind auch sehr wichtig in diesem Zusammenhang, genauso wichtig, wie es natürlich ist, dass man sich eindeutig abgrenzt von rechtsextremistischen Bestrebungen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass eine solche Abgrenzung sehr deutlich war beispielsweise auch am 1. Mai, als der NPD eine eindeutige Absage erteilt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Akzeptierende Jugendarbeit steht auch oft in der Kritik. So wird formuliert, dass es eine Belohnung für rechtsextreme Jugendliche ist, für abnormes, radikales Auftreten, wenn entsprechende sozialpädagogische Programme geschaffen werden, und andere Jugendliche stehen dann da und schauen zu. Aber hier in Bremen haben wir eine besondere Konstruktion: Akzeptierende Jugendarbeit wird hier nicht zu Lasten der Jugendförderung durchgeführt. Wir wollen nicht rechte Jugendliche fördern, aber wir wollen verhindern, dass sie zu Tätern werden. Wir haben deswegen die Erziehungshilfe genommen als finanzielle Ressource, und wir haben die Erziehungshilfe eingesetzt mit der Argumentation, dass wir verhindern wollen, dass die Jugendlichen weiter in bestimmte gesellschaftliche Randbereiche abdriften.

(Glocke)

Vizepräsident Ravens: Ihre Redezeit ist schon abgelaufen!

Abg. **Pietrzok** (SPD): Zwei Minuten noch, wenn das geht! Ich beeile mich!

(Heiterkeit)

Ein weiteres Argument jedenfalls, das wir uns oft anhören müssen, ist, dass akzeptierende Jugendarbeit mit staatlicher Finanzierung im Grunde genommen ein Schonraum für Rechtsradikale ist. In den neuen Bundesländern haben wir da ein echtes Problem: Wir müssen feststellen, dass mittlerweile eine ganze Reihe von Pädagogen, die akzeptierende Jugendarbeit betreiben sollen, um Rechtsradikalismus zu bekämpfen, selbst mit rechtsextremen Deutungsmustern in ihrem Kopf Pädagogik betreiben. Aber hier in Bremen kann ich sagen, wir können uns eindeutig davon abgrenzen. Das spielt hier in Bremen keine Rolle. Die Träger sortieren eindeutig und ganz präzise, welche Mitarbeiter dort ausgewählt werden und mit welchen Inhalten sie auf die Jugendlichen zugehen. Deswegen kann man hier in Bremen guten Gewissens sagen, dass die akzeptierende Jugendarbeit ein absolutes Erfolgsmodell ist, was auch in der theoretischen Debatte weit über Bremen hinaus eine große Rolle spielt.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist ein klassisches Angebot der Prävention, eines, das Kosten dadurch verhindert, dass rechtzeitig interveniert wird. Wie bei vielen anderen Angeboten der Prävention auch, bin ich der Meinung, dass wir diese Erkenntnis deutlich offensiver nach außen tragen müssen, als das beispielsweise in dieser Vorlage hier zum Ausdruck kommt. 420.000 DM wenden wir hierfür auf. Wenn man sich einfach einmal vorstellt, wenn Jugendliche hier in Bremen Schaden anrichten in ähnlicher Höhe, wenn sie entsprechend Justiz und Inneres mobilisieren, wie schnell haben wir eine Summe von 420.000 DM dann da zusammen!

Ich möchte noch einmal deutlich machen: Das sind präventive Angebote, die wir als echte Chance begreifen sollen, die einen gesellschaftspolitischen Gestaltungsspielraum darstellen und die Kosten sparen. Wir müssen, denke ich, mit demselben Kostenbewusstsein und derselben Offensivität solche Programme verkaufen, und wir müssen damit an die Öffentlichkeit gehen, wie wir das auch mit Investitionen machen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Jahr 1993 gab es eine Große Anfrage der CDU über rechtsextreme Gewalt von Jugendlichen im Lande Bremen. Der damalige Innensenator Friedrich van Nispen legte eine Antwort vor, die sehr detailliert war und sich ganz ernsthaft mit der Problematik rechter Jugendlicher und Gewaltausübung im Land Bremen auseinandergesetzt hat.

(Abg. Frau Striezel [CDU]: Da hatten wir auch ein Problem damit hier in Bremen!)

Das Zahlenwerk war sehr detailliert. Ich gehe davon aus, dass heute auch der Innensenator an der Antwort mitgeschrieben hat, und er kommt lapidar zu dem Schluss, es lägen keine gesicherten Erkenntnisse vor. Wenn er sich schon nicht auf eigene Erkenntnisse berufen kann, so hätte ich ihm doch empfohlen, einmal die Zeitungen der letzten vier bis fünf Jahre auszuwerten. Das möchte ich einmal jetzt an seiner Stelle hier tun.

1995 zeigte eine Befragung von 1700 Jugendlichen an Bremer Schulen, dass jeder Sechste Vorbehalte gegenüber Ausländern und Ausländerinnen hat. 1996 hatte in Bremen der Film „Torfsturm“ der mittlerweile preisgekrönten Filmemacherin Dagmar Gellert Premiere. Dieser Film handelte von einer rechten Findorffer Jugendclique, die sich auch nicht in Luft aufgelöst hat. 1996 schrieben die Nachrichtenagentur AP, die „Bremer Nachrichten“ und die „taz“ über eine Skin-Gang, die zwei Jahre lang im Umfeld von Bremen Menschen terrorisierte, verprügelte und einschüchterte, auch den Bürgermeister!

Seit 1997 gibt es massiv Probleme mit Rechten in der Bremer Neustadt, eine mittlerweile geschlossene Kneipe diente als Treffpunkt jugendlicher Skins. Auch 1999 gab es mehrere Zwischenfälle in Straßenbahnen in Bremen. Vergessen der 1. Mai 1999? Es wurden 5000 Rechte erwartet, und ich gehe davon aus, bestimmt auch Jugendliche, und da müsste ich den Innensenator fragen: Waren dabei keine aus Bremen? Ich glaube es nicht!

(Abg. Borttscheller [CDU]: Was ist passiert? Nichts!)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

Polizeipräsident Rolf Lüken bedankte sich in großen Zeitungsannoncen, Herr Borttscheller, bei der Bevölkerung, Zitat mit Genehmigung des Präsidenten, „beim bisherigen größten Polizeieinsatz in Bremen“. Wegen nichts?

Bundesweite Untersuchungen und Beobachtungen zeigen, dass es zunehmend Jungwähler sind, die den Rechten ihre Stimme geben. Das Problem Rechtsextremismus stirbt nicht aus. Das hatte man nämlich früher gehofft, dass mit genügend Abstand zum Dritten Reich die Menschen schon vergessen würden, was dort passiert ist. Die Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich und die Person Haiders zeigen, dass Rechte und deren Ideen im Aufwind sind und dass das völlig unterschätzt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bremen hat eine funktionierende rechtsgerichtete Jugendkultur. Es sind vor allem junge Männer, die als Akteure auftreten. Die rechtsextreme Rockgruppe „Endstufe“, die vielleicht nicht alle von Ihnen kennen, ist beim Bundesamt für Verfassungsschutz nicht unbekannt, und das rechte Bremer Musiklabel „Hanse-Records“ besitzt eine Bremer Telefonnummer. Zu rechten Konzerten tauchen mittlerweile bis zu 1000 junge Menschen auf, die von Zauberhand mobilisiert werden. In Bremen anscheinend kein Problem? Diese finden seit Jahren nicht mehr öffentlich statt, von einigen kann man später von Musikkritikern erfahren, die dann in einschlägigen Fachzeitschriften zu finden sind.

Es ist schlichtweg falsch zu behaupten, es gäbe keine Bremer Jugendorganisation der NPD. Auch wenn in Bremen manche rechte Organisation personell identisch ist - NPD und Jungnationale gehen personell vielleicht identisch ineinander auf -, darf hier nicht in einer solchen Antwort des Senats eine herunterspielende Formulierung stehen! Ich finde, das wird der Ernsthaftigkeit des Themas nicht gerecht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Bremer Jungnationalen haben sogar eine eigene Homepage im Internet. Schließt das die Existenz aus? Im Jahr 1999 ist es zu mehreren Neugründungen der so genannten Kameradschaften gekommen, auch in Bremen, und zwar zu ziemlich vielen. Bremen gilt als norddeutsche Hochburg rechter Aktivitäten in einschlägigen Kreisen, und Ausschreitungen und gewalttätige Übergriffe gegen Flüchtlinge und ethnische Minderheiten sind keine

Einzelfälle gewesen. Das tritt nicht nur in den neuen Bundesländern auf, sondern auch in Bremen.

Der Senat behauptet, es käme nur gelegentlich zu Zwischenfällen. Dazu einmal eine kleine Definition: Schlagen Skins einen ausländischen Jugendlichen krankhausreif, dann ist das im juristischen Sinne keine rechtsorientierte Tat. Erst wenn sie dabei Parolen rufen oder den Arm zum Kühnen-Gruß recken, wird diese Tat als verfassungs- und ausländerfeindlich eingestuft. Das wissen auch die Rechten.

Reine Definitionssache? Wie gesagt: 1993 war eine detaillierte Antwort und Auskunft des Innensenators möglich. Die hier vorgelegte Aussage, es gibt eher selten Schlägereien dieser Szene, finde ich sehr gewagt, und bei der Beantwortung der Fragen des Kollegen Pietrzok hätte der Senat mehr Sorgfalt walten lassen sollen. Ich kann nicht beurteilen, ob die Antwort des Innensenators Versehen oder Absicht ist. Fakt ist aber für mich, die vorgelegte Antwort des Senats geht konsequent an der Bremer Realität vorbei und ist in sich widersprüchlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Pietrzok hat es schon angesprochen: Man kann generell sagen, dass die vermehrte Verbreitung rechter Tendenzen über das Internet stattfindet. Man kann sagen, dass rechte Organisationen sozusagen Internet-Meister sind. Sie beherrschen die ganze Klaviatur der Mail-Boxen, des Providentums, sie sind selbst Internet-Anbieter und gehen so bestimmten Problemen aus dem Weg, legen verfassungsfeindliche Inhalte auf amerikanischen Servern ab und entziehen sich somit einer rechtlichen Verfolgung. Bei Veranstaltungen werden halbstündlich Bilder ins Internet eingespeist, um die Daheimgebliebenen auf dem Laufenden zu halten. Es gibt sogar Internet-Radio der Rechten. Gängige Hits der Skins werden in MP3-Dateien im Internet zur Verfügung gestellt. In Bremerhaven, wo ich aufgewachsen bin, gab es früher einschlägig bekannte Kioske in der Stadt, an die ich mich noch gut erinnere. Das ist im Zeitalter des Internets vorbei. Rechte Literatur ist jetzt allerorts weltweit zur Verfügung gestellt.

Junge Menschen werden durch das Internet nicht rechtsradikal, das reicht nicht aus. Aber das Internet öffnet den Weg in die Lebenswelt der Jugendlichen. Ostdeutsche Professoren fordern, die Schulen zu stärken und als Orte gelebter Demokratie weiterzu-

entwickeln. Ich finde das eine gute Idee, auch wenn sie nicht der Weisheit letzter Schluss ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jugendliche müssen fit gemacht werden für das Medienzeitalter, das habe ich hier schon oft genug gesagt, aber was hier an zusätzlichen Aufgaben auch an die Jugendförderung herangetragen wird, das kann oftmals nicht in die bisherigen Angebote hineingepresst werden, gerade nicht angesichts der Kürzungen von zirka drei Millionen DM, die bei der Jugendförderung zu erwarten sind. Ich denke - noch einmal eine Grußadresse an die SPD und CDU -, wenn Sie nicht mit dem Rasenmäher kommen, dann brauchen Sie für diese Anforderung schon ein sehr gutes Konzept.

Jetzt noch einmal zum Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit selbst! Herr Pietrzok hat gesagt, dieses Konzept wurde in Bremen als Modellversuch entwickelt, und die Idee, dass es sich lohnt, mit rechten Jugendlichen zu arbeiten, solange sie in der Minderheit sind, ist in Bremen auch aufgegangen. In den neuen Bundesländern ist dies ja aus verschiedenen Gründen fehlgeschlagen. Ich denke, es ist einer der Wege, sich mit rechten Jugendlichen und deren Einstellung auseinander zu setzen, und es ist ein Angebot im Rahmen der Erziehungshilfe, das wirklich höchst professionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter braucht. Akzeptierende Jugendarbeit in Bremen leistet im Wesentlichen Deeskalationsarbeit, zum Beispiel beim 1. Mai, dass im Vorfeld mit Jugendlichen gesprochen wird, und bei bestimmten Stadtteilkrawallen, es gab ja einmal in Kattenturm Auseinandersetzungen, dass dort auch versucht wird, die Jugendlichen von diesen Orten weg zu orientieren, um Schwierigkeiten untereinander zu vermeiden.

Meines Wissens arbeiten die Bremer Projekte sehr gut. Sie sind mittlerweile zu einem festen Bestandteil der bremischen Jugendhilfe geworden, und die differenzierte Antwort der Jugendsenatorin zeigt, dass hier auch mit Sachverstand gearbeitet wird, und das sollten wir auch als Parlament honorieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Was aber in Bremen völlig fehlt, ist zum Beispiel Sozialarbeit mit türkischen Jugendlichen, die sich bei den so genannten Grauen Wölfen organisieren und ihnen zuzurechnen sind. Rechte Jugendliche treten auch dort in der Arbeit auf. Das ist nicht neu, scheint aber im Jugendressort vergessen zu sein

oder noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden zu sein.

Politik interessiert, ob das Projekt Geld gekostet hat. Herr Pietrzok hat zwei solche Fragen formuliert. Ich würde aber sagen, ein Mehr an Sozialarbeit verhindert sicherlich nicht Jugendgewalt, dass man da sozusagen eine Parallele herstellen könnte, geben wir da 30 Millionen DM hinein, heißt das, wir haben an anderer Stelle weniger Kosten. Das kann es nicht sein. Ich finde, es ist unheimlich schwierig, in der Jugendsozialarbeit einen Beweis dafür zu liefern in der Art einer Kosten-Nutzen-Rechnung, ob sich die Jugendarbeit gelohnt hat. Von daher muten für mich die beiden letzten Fragen der SPD etwas seltsam an.

Aber die Profis der akzeptierenden Jugendarbeit können bisher anhand der einzelnen Biographien sagen, was sich bewegt hat. Qualitätssicherung und Auswertungskriterien sind für die Überprüfung und Weiterentwicklung solcher Projekte notwendig. Das heißt, dass wir uns zukünftig auch Antworten geben lassen müssen, wie zum Beispiel Mädchen und wie Jungen das Angebot annehmen. Hier wünsche ich mir klarere Aussagen wie einst zu Ampelzeiten. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Striezel.

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich möchte mit einer kleinen Replik auf die beiden Vorredner beginnen. Ich fand das ausgesprochen spannend, weil die beiden zu diesem Thema zum ersten Mal in diesem Parlament geredet haben und beide einen riesigen Fundus durch ihre vorherige Arbeit in diesem Bereich haben, und es war Sach- und Fachkenntnis in beiden Reden deutlich zu spüren. Ich finde, das ist etwas, das hier ausgesprochen positiv darzustellen ist.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Mir fällt es ein bisschen schwer, denn die Kollegin von den Grünen hat schon gesagt, 1993 haben wir zu diesem Thema zum ersten Mal eine Anfrage eingebracht.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sieht man Ihnen nicht an, Frau Striezel!)

Aber da haben wir, weil es auch ganz virulent war in Bremen, dieses Thema sehr heißblütig diskutiert.

(Präsident Weber: Heiß?)

Ja, das ist nicht jedem möglich, aber ich kann das ab und zu einmal!

(Heiterkeit - Präsident Weber: Sie kennen mich doch gar nicht!)

Fühlen Sie sich angesprochen? Das ist Ihr Problem, nicht meines!

Wir hatten damals den Verein für akzeptierende Arbeit mit rechten Jugendcliquen. So fing es an, daran will ich noch einmal erinnern. Das war seine Aufgabe, und von 1993 bis 2000 hat sich offensichtlich nicht nur der Name dieser Gruppe geändert, weil sich ihr Aufgabenfeld verändert hat, sondern eben auch die Situation in Bremen.

Es stimmt mich ein wenig hoffnungsfroh, dass das Programm, das wir damals hier in Bremen aufgelegt haben, und das haben wir quer durch alle Fraktionen gemacht, Wirkung gezeigt hat und wir eine Menge erreicht haben. Ich will damit das Problem überhaupt nicht verniedlichen. Wir werden diese Intention von Jugendlichen, die zur Gewalt neigen und sich eben auch dem rechten Gedankengut immer wieder einmal nähern, im Auge behalten müssen. Ich möchte aber ungern hier zu einer Stigmatisierung beitragen, indem wir dieses Problem interessant machen und dadurch das Ganze beleben. Deswegen möchte ich gern, mein Fraktionsvorsitzender würde sagen, den Ball flach halten. Ich glaube, das ist dem Thema angemessen.

Ich teile die Kritik meiner beiden Vorredner, dass die Qualität der Antwort mit dem Zeitaufwand, den der Senat gebraucht hat, nicht übereinstimmt. Außerdem enthält die Antwort des Senats einige Widersprüche, meine Kollegin von den Grünen hat schon darauf hingewiesen. Ich habe immer gedacht, wenn wir eine Frage als Parlamentarier - diesmal hat das die SPD gemacht - an den Senat stellen, dass der Gesamtsenat sich damit befasst. Meines Erachtens sind viele Senatsressorts betroffen, nicht nur der Innensenator, den Sie sich vorgenommen haben, sondern der Bildungssenator ist genauso betroffen, denn es geht hier um Schulkinder, um Schülergruppen, und der Justizsenator ist befasst, weil es um Jugendstrafrecht geht, und natürlich auch unsere eigene Senatorin, die aber in der Tat den Teil, den sie zu beantworten hatte, am ausführlichsten beantwortet hat, das will ich überhaupt nicht verhehlen.

Wir haben, das will ich auch nicht verhehlen, durchaus miteinander gesprochen, ob wir daraus eine gemeinsame Anfrage machen können. Ich habe, glaube ich, bisher deutlich gemacht, dass ich dieses Thema, natürlich mit meinem Kollegen Pietrzok von der SPD, nicht so einseitig sehen möchte. Mir fiel während der Debatte der Werbespruch im Fernsehen ein, mit dem Zweiten sehen Sie besser, und ich glaube, das ist wichtig, dass wir hier nicht nur nach rechts schauen, sondern auch nach links schauen. Auch dort gibt es Gewalt und Ideologie.

Wir haben in Bremen die PDS. Wir haben hier in der Vergangenheit andere linke Parteien mit Jugendorganisationen gehabt. Ich will das überhaupt nicht aus dem Auge verlieren. Beide Ränder müssen wir betrachten, aber mir geht es auch ganz wesentlich im Jugendbereich darum, dass wir versuchen, die Gewalt einzudämmen, dass wir versuchen, Kindern und Jugendlichen beizubringen, dass sie sich anders auseinander setzen können und sollen als mit Gewalttätigkeit und gerade mit Gewalttätigkeit gegen Menschen, die sich weniger wehren können, bei denen die Gleichberechtigung nicht gegeben ist. Insofern, rechts und links und insgesamt alles, was radikal ist in diesem Bereich, macht mir Sorge, und das würde ich gern im Auge behalten.

Herr Pietrzok hat sich ein bisschen beklagt, dass seine Fragen nicht so beantwortet wurden, wie er sich das vorgestellt hat. Möglicherweise muss man auch da einfach erst einmal lernen, dass man die Fragen möglichst so präzise stellt, dass der Beantworter gar nicht anders kann, als die Fragen so zu beantworten, wie man es gern hätte. Wenn man da Spielraum lässt, dann wird dieser Spielraum genutzt.

Ich erinnere mich gut an einen früheren Bildungssektor, der diesen Spielraum immer weidlich genutzt hat und sich auf ja und nein beschränkt hat. Er hat dadurch immer die Frage beantwortet, aber nie so, wie wir das gern wollten, und daher sollte man vielleicht versuchen, die Fragen gleich so präzise zu stellen, dass auch derjenige, der die Antwort entwickeln soll, weiß, was damit gemeint ist. Es ist insofern vielleicht eine Kritik an beide Seiten, denn auf die Fragen kommt es an.

Die akzeptierende Jugendarbeit ist längst nicht mehr auf rechte Cliquen beschränkt, das habe ich gesagt, und dass die Antwort eher lieblos ausgefallen ist, ist auch in allen Beiträgen deutlich geworden. Ich glaube, dass wir, wie Sie gesagt haben, Herr Pietrzok, vieles von dem, was auch inhaltlich noch einmal eine Rolle spielte, vielleicht noch ein-

mal im Jugendhilfeausschuss aufgreifen sollten, weil möglicherweise tatsächlich noch einmal eine inhaltliche Diskussion stattfinden sollte, weil die Änderungen, die ich hier vorgetragen habe, stattgefunden haben und es oft so ist, dass wir etwas aus dem Auge verlieren, wenn es nicht mehr so virulent, aktuell und brennend ist. Vielleicht war das dann sozusagen doch ein Anlass der Großen Anfrage, uns noch einmal inhaltlich mit dem Thema auch mit Fachleuten zu beschäftigen, was sich denn jetzt dort getan hat und welche neuen Konzepte wir möglicherweise anstoßen müssen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben es gesagt, es gibt keinerlei Anlass, zu diesem Thema irgendetwas Verniedlichendes sagen zu wollen. Ich glaube, es gibt aber auch keinen Anlass, bezogen auf die Stadt Bremen, zu dramatisieren.

Ich nehme die Kritik an der Antwort des Senats gern auf. Ich muss Ihnen aber auch sagen, dass ich froh bin, dass sich die Kritik nicht darauf richtet, wie wir inhaltlich arbeiten. Da habe ich hier große Zustimmung gehört zu dem, was wir in diesem Feld leisten. Es hätte mich mehr getroffen, wenn Sie das kritisiert hätten, als wenn Sie kritisieren, dass wir die Antwort möglicherweise an einigen Stellen nicht sorgfältig genug gegeben haben. Wir werden versuchen, dies zu korrigieren, aber das Lob an der inhaltlichen Arbeit ist mir wesentlich wichtiger als die Antwort.

(Beifall bei der SPD)

Die Kunst der Jugendpolitik ist, glaube ich, für uns im Moment dann höher zu bewerten als die Kunst der richtigen Antwort, aber das lernen wir auch noch.

Ich will vielleicht versuchen, noch auf die Mitteilung des Senats zurückzukommen und einige Fakten zu nennen, die in der Mitteilung des Senats auf die Anfrage genannt worden sind, die hier zum Teil kritisiert worden sind, weil sie nicht zureichend und weil sie eigentlich durch praktische Erfahrung widerlegt sind. Ich kann dazu nur sagen, dass dies die Informationen sind, die in unserem Bereich vorliegen. Darauf gründet sich das, was wir mitgeteilt haben, und das ist, dass dem Senat eben keine gesicherten Erkenntnisse über die Anzahl von Ju-

gendlichen in Bremen vorliegen, die in rechtsradikalen Jugendszenen oder in Parteien organisiert sind, und dass es noch schwieriger ist, die Zahl der sich in rechten Cliques treffenden Jugendlichen zu erfassen. Das liegt auch auf der Hand, weil sich das ja häufig auch in privaten Bereichen abspielt.

Von den rechtsextremen Parteien NPD, DVU, Republikaner hat lediglich die NPD mit den Jungen Nationaldemokraten eine eigene Jugendorganisation eingerichtet. In der Antwort des Senats taucht auf, dass es die in Bremen nicht gäbe. Ich habe noch einmal gebeten, dazu zu recherchieren beim Innensenator und habe heute die Antwort bekommen, dass es sich bei den Internet-Adressen, die im Internet auftauchen und die hier vorhin auch angesprochen worden sind, lediglich um Postfächer der Jungen Nationaldemokraten in Bremen und Bremerhaven handelt, die aufrechterhalten werden, um den Eindruck zu erwecken, dass es sich um einen voll funktionierenden Landesverband handeln würde, und um Interessenten eine Anschrift mitzuteilen.

(Zuruf der Abg. Frau Striezel [CDU])

Aus Protokollen von Bundeskongressen wisse man aber, dass sich zweifelsfrei festhalten lässt, dass es in Bremen keine funktionsfähige Organisationseinheit der Jungen Nationaldemokraten gibt. So viel vielleicht als Ergänzung und woraus sich auch die Antwort des Senats an dieser Stelle dann ergibt!

Im Internet sind natürlich, das ist ausgeführt worden, NPD und Junge Nationaldemokraten präsent, und so können Jugendliche, ohne selbst Mitglied werden zu müssen, über das Internet an der rechten Szene partizipieren, was die Eingriffsmöglichkeiten weiter minimiert für Arbeit mit Jugendlichen, weil sich auch das natürlich im Wesentlichen im privaten Bereich abspielt. Es ist auch festzuhalten, dass es den Jungen Nationaldemokraten immer wieder gelingt, eine beachtliche Zahl nicht organisierter junger Menschen zu Sonderaktionen zu mobilisieren, zum Beispiel zu so genannten Aufmärschen. Insgesamt sind aber rechte Cliques und Gruppierungen an öffentlichen Plätzen mittlerweile weniger präsent als noch vor fünf Jahren.

Deshalb vielleicht zu den Zahlen nur noch so viel: Im Rahmen der Jugendarbeit mit rechten Jugendcliques bestehen in Bremen regelmäßige Kontakte zu zirka 100 Jugendlichen und jungen Erwachsenen, von denen wiederum nur ein Drittel als Rechtsradikale beziehungsweise als politisch Organisierte zu bezeichnen sind. Das zu den Größenverhältnissen, von denen wir ausgehen!

Was tut und was tat der Senat in diesem Zusammenhang? Bereits Ende der achtziger Jahre hat der heutige Verein für akzeptierende Jugendarbeit Neuland betreten, als seine pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Kontakt zu Jugendlichen aus rechten Szenen aufgenommen haben. Der Arbeitszusammenhang akzeptierende Jugendarbeit stieß damals wie heute bundesweit auf großes Interesse.

Es gab dann eine Konzeptarbeitsgruppe, in der Vertreterinnen und Vertreter des Vereins, des Bremer Fan-Projekts, des Sachgebiets Jugendarbeit des Amtes für Soziale Dienste, des Bremer Cliques-Projekts, ein Bildungsreferent des Lidice-Hauses, ein Wissenschaftler, zusammengearbeitet haben, um ein Konzept zu erarbeiten, und der Senat wurde durch Beschluss der Stadtbürgerschaft aufgefordert, bis Ende März 1995 ein Konzept für die aufsuchende Jugendarbeit mit Cliques vorzulegen. Dieses Konzept wurde in der Folge im Jugendreferat fertig gestellt, und es wurden Haushaltsmittel durch Umsteuerung aus den Erziehungshilfehaushalten zusätzlich zum vorhandenen Jugendetat zur Verfügung gestellt.

Durch die präventiven Wirkungen einer solchen aufsuchenden Jugendarbeit sollen der Stadtgemeinde mittelfristig höhere Folgekosten erspart werden, denn aufsuchende Jugendarbeit mit Cliques wendet sich vorrangig an sozial benachteiligte junge Menschen im Alter zwischen 14 und 21 Jahren in Cliques, die von anderen Formen der Jugendsozialarbeit eben nicht mehr erreicht werden.

Einzelne dieser Jugendlichen fallen durch Gewaltbereitschaft und Straffälligkeit auf. Aufsuchende Jugendarbeit mit Cliques verfolgt deshalb ganz gezielt folgende Dinge: die Bereitstellung von Alltags- und Lebenshilfen für junge Menschen, das frühzeitige Erkennen von Problemlagen, die eine Gefährdung von jungen Menschen und von Dritten darstellen können, die Stabilisierung und die Förderung der positiven Kräfte der Clique zugunsten ihrer Mitglieder, die Förderung von Interessenvertretung und Konfliktlösung ohne Gewalt, die Überwindung der Ausgrenzung von bestehenden Angeboten der Jugendarbeit, die Erhaltung und die Schaffung von Freiräumen für junge Menschen.

Zur Erreichung dieser Ziele verbindet die aufsuchende Jugendarbeit Streetwork, Jugendberatung, Freizeitpädagogik und Gemeinwesenarbeit. Dabei gilt einerseits, die Streetworkerinnen müssen Nähe und Distanz in der Beziehungsarbeit mit den Jugendlichen austarieren können, und sie sollen sich

andererseits in die Werte und die Normen von anderen eindenken können, ohne dabei die eigenen zu verleugnen. Die Stigmatisierung von auffälligen Jugendlichen kann sicherlich nur abgebaut werden, wenn man mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Stadtteils, in dem sie leben, arbeitet und bei ihnen durch direkte Begegnung mehr Akzeptanz gegenüber den Jugendlichen erwirkt. Aufsuchende Jugendarbeit mit Cliques ist daher auch immer sehr offensive Gemeinwesenarbeit.

In diesem bremischen Konzept, in diesem Modellprojekt ist der Stadtteil bereits bei der Feststellung der Bedarfe auf verschiedenen Ebenen beteiligt und wird gegenüber dem Amt für Soziale Dienste aktiv. Wenn sich im Stadtteil neben den üblichen Strukturen bereits andere kooperative Arbeitsformen der Jugendhilfeplanung, zum Beispiel runde Tische oder Jugendausschüsse, entwickelt haben, können auch diese geeignete Beratungsgremien sein, und wir wissen heute, dass die pädagogische Kontakt- und Begleitarbeit der Jugendhilfe die Entwicklung junger Menschen in zweifacher Hinsicht positiv unterstützt. Zum einen leistet sie Hilfe bei individuellen Bedarfen, und sie führt zum anderen auch im besten Fall zur Abkehr von extrem intoleranten Ansichten und Verhaltensweisen. Bei einem großen Teil ehemaliger Cliquesmitglieder konnte so über Arbeit und soziale Beziehung eine Stabilisierung und Normalisierung erreicht werden.

Ich bin deshalb davon überzeugt, dass die präventiven Angebote der Jugendhilfe maßgeblich dazu beigetragen haben, dass fremdenfeindliche Gewalttaten junger Menschen in der Stadtgemeinde Bremen bisher kaum vorgefallen sind,

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

was nicht heißt, dass es sie überhaupt nicht gibt, aber es ist dann auch wieder eine Frage, wie sie bekannt werden über das, was ganz praktisch und ganz hautnah selbst erlebt wird.

Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales stellt für die aufsuchende Cliquesarbeit mit rechten Jugendlichen des Vereins für akzeptierende Jugendarbeit jährlich 420.000 DM über den Erziehungshilfehaushalt zur Verfügung. Eine Gegenüberstellung dieser Ausgaben mit vermiedenen Folgekosten ist wegen des Fehlens anerkannter Verfahren leider nicht möglich. Oft wünschte ich mir, gerade wenn es um die Diskussion der Bedarfe in meinem von mir zu vertretenden Bereich geht, dass es solche Vergleichsmaßstäbe gibt und dass man außer von der Bezeichnung konsumtiv

dann auch für meinen Bereich manchmal von investiven Ausgaben spricht.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Aber darüber werden wir wohl weiter zu debattieren haben, um dann möglichst doch auch da zu anderen Ansätzen zu kommen, denn für mich steht fest, Steine oder Brandsätze, die glücklicherweise nie geworfen wurden, finden wir aber auch in keiner Statistik. - Danke!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/100 S, auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD Kenntnis.

Schaffung von akzeptablen Rahmenbedingungen bei der Nutzung von Schulsporthallen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Januar 2000
(Drucksache 15/87 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2000 (Drucksache 15/94 S)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Lemke, ihm beigeordnet Staatsrat Köttgen.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich frage Sie, Herr Senator Lemke: Möchten Sie die Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mündlich wiederholen?

(Senator Lemke: Nein, danke!)

Das ist nicht der Fall.

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen folgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

Ich sehe, das ist der Fall.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir von den Grünen haben eine Große Anfrage zu der Situation in den Schulsporthallen gestellt, weil ganz offensichtlich die Zustände in den Schulsporthallen für alle Beteiligten unerträglich geworden sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es kommen gleich ein paar Beispiele, an denen man sehen kann, ob man den Begriff so verwenden kann. Worum geht es eigentlich? Es geht darum, dass diese Hallen an Vormittagen, teilweise auch am Nachmittag von unseren Schülerinnen und Schülern im Rahmen des Sportunterrichts genutzt werden. Dieselben Hallen werden dann anschließend an Nachmittagen und Abenden von Freizeit- und Leistungssportlern der bremischen Vereine genutzt. Das heißt, es ist eine sehr große Gruppe von Menschen in Bremen, die diese Hallen wöchentlich nutzt, wahrscheinlich viele zehntausend Menschen, wenn man das einmal überschlägig betrachtet.

Worum geht es bei dieser Anfrage und diesem Thema auch? Es geht darum, dass wir Grünen uns mit der sehr großen Koalition,

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Sehr großen, guten Koalition!)

dies ist ein Zitat des Kollegen Zachau, das ich gern übernehme, um die Frage streiten: Sind Investitionen in die alltäglichen Lebensbedingungen der Menschen hier in Bremen nicht auch vordringliche Investitionen im Sinn der Lebens- und Standortqualität, der Attraktivitätssteigerung hier in dieser Stadt?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was ist der konkrete Hintergrund dieser Anfrage? Im November letzten Jahres hat der Kreissportbund, der für die Abwicklung der Nutzung der Schulsporthallen in Kooperation mit dem Bildungsressort zuständig ist, dem Sportsenator wiederum mit der Bitte, dies mit dem Bildungssenator zu klären, eine sehr umfangreiche Mängelliste übergeben und hat, wenn Sie so wollen, seine doch sehr große Geduld

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

in diesen Fragen verloren und hat den Landesbeirat für Sport mit dieser Frage befasst, um endlich eine Verbesserung der Situation in den Schulsporthallen zu erreichen.

Ich darf noch einmal aus dem Antrag des Kreissportbundes im Landesbeirat für Sport mit Genehmigung des Präsidenten zitieren: „Wie zahlreich die Probleme sind, können Sie der beiliegenden unvollständigen Tabelle entnehmen. Landessportbund und Kreissportbund halten es auf Dauer für nicht zumutbar, die bisher geleistete Arbeit in diesem Umfang fortzusetzen.“ Das heißt, dies ist ein echter Hilferuf der beteiligten Sportverbände gewesen, dass es so nicht weitergehen kann.

Was also sind die konkreten Zustände in unseren Schulsporthallen, die wir unseren Kindern, den Schülern und den Bremer Sportlern zumuten? Lassen Sie mich aus der umfangreichen Mängelliste einige Beispiele zitieren! Bürgermeister-Smidt-Schule: in der warmen Jahreszeit kein warmes Wasser zum Duschen, im Winter Halle kalt, dafür die Umkleieräume überhitzt!

(Zuruf der Abg. Frau Hövelmann [SPD])

Kommt alles, Frau Hövelmann, nur Geduld!

Halle sehr verschmutzt, Beleuchtung ausgefallen; Schule Farge: Deckenplatten drohen herabzustürzen; Turnhalle Burgdamm: Ratten sorgen für Ärger; Turnhalle Heisterbusch: kompletter Trennvorhang ungebremst auf Hallenboden heruntergekracht; Schulzentrum Obervieland: Hallenboden beschädigt, Schiedsrichter pfeifen Heimspiele Bremer Vereine nicht mehr an, weil die Sicherheit der Sportler gefährdet ist! Das ist nur eine kleine Auswahl aus den Mängeln, die wir hier in dieser Liste finden.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Eine Katastrophe für den Sport!)

Der Senat und damit der in diesen Fragen zuständige und sicher sehr bemühte Bildungssenator hat nun eine Antwort vorgelegt, die den Stand der Abarbeitung der Probleme aufzeigt. Dazu ist zunächst, und nun zu Ihnen, Frau Hövelmann, als Opposition zu sagen, dass kein Zweifel daran besteht, dass die Bildungsbehörde diese Probleme sehr ernst nimmt, dass man sich bemüht hat, im konkreten Fall die Probleme abzustellen, und dass in vielen Fällen zumindest kurzfristige oder so genannte Zwischenlösungen gefunden worden sind, um die drängendsten Probleme in den Hallen abzustellen.

Das muss man hier an dieser Stelle auf jeden Fall positiv bemerken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Allerdings können Sie der Antwort entnehmen und auch erkennen, wenn Sie sich um die Frage und um dieses Problem in der Sache kümmern, dass natürlich mit diesen kurzfristigen Lösungen und Zwischenlösungen das Problem bei weitem nicht in seiner ganzen Dimension gelöst ist. Die Antwort zeigt nämlich auch, wo die Grenzen dieser kurzfristigen Lösungen liegen.

Oft erinnern die Lösungen und die Angaben, die hier gemacht worden sind, an relativ kurzatmige Flickschusterei, weil teilweise in der Antwort des Senats zu Recht gesagt wird, dass bestimmte Probleme nicht mit wenig Geld und kurzfristigen Maßnahmen zu lösen sind, sondern nur durch eine grundlegende Sanierung der Hallen. Ansonsten ist es ein Fass ohne Boden. Wir stecken quasi bei jedem neuen Problem wieder Geld hinein, aber wir wissen eigentlich, die Heizungsanlagen gehören ausgetauscht, wir wissen eigentlich, Decken und Böden gehören saniert und so weiter.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Frage, die sich daran anschließt, ist, sind wir mit den Antworten, die hier gegeben worden sind, so zufrieden. Sind wir damit zufrieden, oder ist es zum Beispiel normal, dass sich inzwischen die Vereine, aber auch die Schulen mit den entsprechenden Sportverbänden darauf geeinigt haben, dass im Winter auch eine Hallentemperatur von maximal 16 Grad zum Sport Treiben in der Tat ausreichend ist, vor allen Dingen, wenn man bedenkt, dass diese 16 Grad in vielen Fällen häufig unterschritten werden? Ich habe hier gerade noch einmal wieder ein Beispiel: Schulzentrum Obervieland, Sportunterricht und Punktspielbetrieb müssen bei zirka 14 Grad, teilweise noch weniger, durchgeführt werden, weil die Lüftung und Heizung komplett ausgefallen sind. Das ist auch eine Realität in dieser Stadt, über die der Senat aber natürlich nicht so gern in seinen Veröffentlichungen redet, wir aber umso mehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für eine verlässliche und dauerhafte Lösung der Probleme ist neben der baulichen Sanierung, die unbedingt angegangen werden muss, auch notwendig, dass in der Bildungsbehörde für die Sportverbände ein zentraler Ansprechpartner besteht.

Bisher ist das Problem, dass zwar alle diese Probleme, die Sie in der Liste finden, bekannt sind und auch an die Bildungsbehörde herangetragen werden, es aber keinen zentralen Ansprechpartner für Kreissportbund, Landessportbund und auch den Kreissportbund Bremen-Nord gibt, der in der Bildungsbehörde dann die Umsetzung und Lösung dieser Probleme in Angriff nehmen würde. Es gibt viele unterschiedliche Zuständigkeiten, und hier muss in der Behörde endlich die Voraussetzung geschaffen werden, dass man auch mit den Bremer Vereinen konstruktiv zusammenarbeiten kann!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt ist als Hoffnungsschimmer am Horizont auch in der Presse, viele haben es gelesen, die Bewerbung zum Turnfest 2006 aufgetreten. Eigentlich hätten wir auch heute in dieser Sitzung beziehungsweise im Landtag in den nächsten beiden Tagen hier in diesem Hause beschließen sollen, dass Bremen diese Bewerbung auf den Weg bringt. Die Vorlage ist aber nie hier gelandet, weil der Senat zwar gesagt hat, dass er es ganz super findet, wenn Bremen das Turnfest 2006 bekäme, er war allerdings nicht in der Lage zu sagen, wo das Geld herkommen soll, also die 24 plus x Millionen DM, um dieses Turnfest in Bremen auch durchzuführen. Das geht natürlich nicht, eine Vorlage ohne die Finanzierung kann durch dieses Haus hier nicht durchgehen.

(Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist Radio Eriwan!)

Es ist vollkommen klar, und da unterstütze ich beide Senatoren und auch Sie, Frau Motschmann als Staatsrätin, sehr, dass wir aus dem laufenden Bildungs- und Sporthaushalt eine solche Veranstaltung nicht finanzieren können. Insofern sind Sie da heraus, aber Sie sind ja auch Mitglieder des Gesamtsenats, soweit ich weiß, und der Gesamtsenat hätte sich dann dazu durchringen müssen, aus dem allgemeinen Investitionsprogramm oder aus allgemeinen Finanzmitteln hier einen Vorschlag zu machen, wie wir das Turnfest und den ganzen Komplex finanzieren. Das hat bisher offensichtlich nicht geklappt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Schauen Sie sich noch einmal in diesem Zusammenhang wirklich Ihre Investitionsprioritäten an! Vielleicht haben Sie ja vor, den Schulsportunterricht zumindest im Sommer auf Pferdesrücken in der Vahr durchführen zu lassen. Schauen Sie sich die Investitionsprioritäten noch einmal genau an!

Was wollen wir mit dieser Debatte dieser sehr großen Koalition gern mit auf den Weg geben? Überstrapazieren Sie die Geduld der Bremer Bürgerinnen und Bürger nicht! Schaffen Sie bitte keine Situation, in der Bremer Sportlerinnen und Sportler, wenn sie einigermaßen dem Stand 2000 entsprechende Rahmenbedingungen zum Sport Treiben vorfinden wollen, in das Bremer Umland ziehen müssen, weil sie dort die Hallen vorfinden, um ihren Freizeit- oder Leistungssport zu betreiben! Schaffen Sie diese Situation nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Überprüfen Sie Ihr Investitionskonzept, richten Sie es nach der Lebensqualität der ganz normalen Alltagssituation der Bremer Bürgerinnen und Bürger aus, und nehmen Sie die Bremer Bürgerinnen und Bürger endlich als Ihre Auftraggeber ernst, und schaffen Sie Abhilfe! - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Gagelmann.

Abg. **Gagelmann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Mitglied der Deputation für Sport und als neues Mitglied in diesem Rahmen möchte ich gern zu der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorliegenden Großen Anfrage vom 18. Januar 2000 und der Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2000 einige Sätze erläutern. Sie, meine Damen und Herren von den Grünen, machen es sich sehr leicht, indem Sie einen in einem sportlichen Gremium abgegebenen Auftrag für sich nutzen und daraus eine Große Anfrage machen. Das ist eine ganz einfache Sache. Toll! Das hätte ich auch machen können, ich bin aber nicht auf die Idee gekommen. Das ist wunderbar, ganz toll!

Ich kann dazu nur feststellen, Herr Dr. Güldner, hätten Sie in der Zeit, in der Sie, aber da waren Sie ja auch noch nicht da, in der Regierung Verantwortung mitgetragen haben, besser Ihre Schulaufgaben gemacht, bräuchten wir heute nicht darüber zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: So eine neue Rede und so eine olle Kamelle!)

Wenn Sie sich zu der Zeit nicht nur um die Vogelwelt in den Biotopen gekümmert hätten, hätten Sie schon damals feststellen müssen, dass schon zu

der Zeit die Schulturnhallen nicht immer im allerbesten Zustand waren.

(Vizepräsident Dr. Kuhn übernimmt den Vorsitz.)

Ausdrücklich Dank sagen möchte ich bei dieser Gelegenheit dem Kreissportbund Bremen für die zur Verfügung gestellte Mängelliste der Schulturnhallen in Bremen. Fast alle aufgeführten Mängel, und das gehört auch dazu, sind mittlerweile behoben, und es kann in dem gegebenen Rahmen vernünftig Sport getrieben werden.

(Beifall bei der CDU)

Um etwas detailliert darauf einzugehen, Herr Dr. Güldner, wie sich das so zusammensetzt, möchte ich jetzt hier noch einmal klar und deutlich hervorheben, nach Abschluss des Kooperationsvertrages zwischen der damaligen Senatorin für Bildung, Wissenschaft, Kunst und Sport und dem Kreissportbund am 29. Juni 1998 sind für die Vereine die Arbeitsbedingungen wesentlich verbessert worden. Das darf hier einmal ohne Zweifel festgestellt werden. Die Vereine haben mit dem Kreissportbund einen Ansprechpartner, über den die Hallenzeiten vergeben werden. Die Nutzungsgebühren für diese verschiedenen großen Hallen liegen fest, gegenüber der Abrechnung mit Duschgeldern ist dieses Verfahren für die meisten Vereine ein großer Vorteil und insgesamt eine Verbesserung für den Sport in Bremen.

(Beifall bei der CDU)

Besonderes Lob verdient der Kreissportbund auch dafür, dass er nach so kurzer Tätigkeit und Verantwortung schon im November 1999 in der Lage war, eine so detaillierte Problemvorlage an die senatorischen Dienststellen zu geben. Wenn man schlecht denken würde

(Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: Es denkt niemand schlecht!)

- aber in diesem Haus, das habe ich in dem guten halben Jahr kennen gelernt, denkt kein Mensch schlecht, das sehen Sie richtig -, dann müsste man annehmen, dass auch in den Schulen in der Vergangenheit die Hausaufgaben nicht immer richtig gemacht wurden und die Selbstverwaltung der Schulen noch nicht so ganz richtig funktioniert. Ich denke aber einmal, Herr Zachau, wenn Sie mithelfen, aber ganz bestimmt wird Herr Senator Lemke

dazu beitragen, wird es gelingen, dies in Zukunft richtig zu managen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe da großes Vertrauen!

Die Damen und Herren der unterschiedlichsten Verwaltungen, die in vergangenen Zeiten gelegentlich zu wenig Verantwortung übernommen haben, wenn Mängel und Missstände zu beheben waren, haben sich in den letzten viereinhalb Jahren um eine schnelle, bürgerfreundliche Bearbeitung der Probleme bemüht. Aufgrund der uns vorliegenden Antwort auf die Anfrage der Grünen können wir feststellen, wenn gezielte Aufträge erteilt werden und etwas Druck vorhanden ist, werden auch akzeptable Ergebnisse erzielt. Dies ist, jetzt werden Sie natürlich klatschen, zweifellos eines der vielen hervorragenden Ergebnisse dieser großen Koalition.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: Beifall mit Ansagen!)

Trotzdem muss zusätzlich noch darauf geachtet werden, dass bestimmte Mängel, wie sie uns hier vorliegen, gar nicht erst zu diskutieren sind. Da sind zum Beispiel Heizungsanlagen defekt, die nicht sofort repariert werden, oder durch fehlendes Reinigungspersonal werden Hallen nicht gereinigt, und es kann nicht geturnt werden. Sportgeräte sind defekt und werden nicht erneuert oder repariert. Wenn dann noch Ratten den Schul- und Sportbetrieb stören, sollte das wirklich kein Thema für den Kreissportbund, sondern für die zuständige Schule sein. Aber ich denke einmal, das wird in Zukunft auch besser klappen.

Belassen wir es bei diesen Beispielen, die uns zeigen, es geht besser und auch anders! Auch ohne Druck einer eventuellen Großsportveranstaltung im Jahre 2006 haben unsere Kinder und die Sport treibende Bevölkerung vernünftige Sportstätten verdient und zu erwarten. Darüber sind wir uns, glaube ich, einig.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb, meine ich, ist die Politik nach wie vor auch mehr denn je gefordert, Bedingungen zu schaffen, aber vor allen Dingen auch zu erhalten, damit der Sport in unserer Gesellschaft bestehen kann. Leistungssport ist gut, aber Breitensport ist für uns mehr als wichtig. Wer beim Sport und in den Schulen

Fehler macht, wird garantiert eines Tages dafür bestraft. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Sport- und Bildungsdeputierte nehme ich besonders gern zur Großen Anfrage der Grünen Stellung. Der Grund ist ja schon genannt worden, die Bewerbung um das Deutsche Turnfest 2006. Wir haben 138 Sporthallen, und wir haben hier eine Mängelliste vorliegen. Ich möchte es jetzt aber, Herr Dr. Güldner, das kann ich mir jetzt nicht verkneifen, so zitieren, wie es eigentlich auch aus der Antwort zu entnehmen ist.

Ich nehme also wahllos ein Problem heraus und sage für das Schulzentrum Sek II, Neustadt: „Kreis-sportbund, Landessportbund sollen Kosten für die Reparatur von Trampolin übernehmen beziehungsweise Geld vom Verein eintreiben.“ Die Antwort des Senats ist: „Die Schule war nach Aktenlage der Ansicht, dass der Schadensverursacher im Bereich der Sportvereine zu suchen ist.“ Es habe aber keinen exakten Nachweis gegeben, so dass schließlich die Schule dieses Trampolin repariert, den Schaden also behoben habe.

Nehmen wir einmal ein anderes Beispiel, die Turnhalle Burgdamm, das haben wir heute auch in der Zeitung, Ratten und Pilze sind Vergangenheit! Das Problem war: „Ratten sorgen für Ärger“ lautet ein Presseartikel im „Weser-Kurier“. Die Antwort des Senats: „Im Rahmen von Kanalarbeiten wurde ein Kriechgang der Ratten entdeckt und geschlossen. Das Problem ist behoben.“ So geht es weiter.

Ich habe versucht herauszufinden, wo die Antwort des Senats nicht so ist, dass hier steht, die Beleuchtung ist repariert, die Reinigung ist sichergestellt et cetera. Es kann nicht eine Gesamtliste von Mängeln sein, Herr Dr. Güldner. Ich nehme an, dass der Kreissportbund exemplarisch etwas aufgeschrieben hat. Hier sind die meisten Probleme gelöst, aber zum Teil sind die Turnsporthallen in einem bedauerlichen Zustand. Das heißt also, wir

haben hier nur einen Abriss von Dingen, die nun vorgetragen worden sind.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Ja!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Das wäre auch meine Zwischenfrage, ob Sie bereit sind, zur Kenntnis zu nehmen, dass in einem relativ kurzen Zeitraum eine solch große Anzahl von vier klein gedruckten Seiten von Mängeln aufgelaufen ist, und jetzt, während diese behoben worden sind, schon wieder neue, die auch schon wieder bekannt sind, an anderen Standorten aufgetreten sind, so dass das keine endgültige Lösung sein kann?

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): So ergänzen wir uns, Herr Dr. Güldner! Ich habe gerade gesagt, das kann nicht alles sein, sondern zum Teil sind die Schulsporthallen, 138 an der Zahl, in einem wirklich verbesserungswürdigen Zustand. Allerdings möchte ich hier erklären, und da befinde ich mich, glaube ich, in Übereinstimmung mit dem, was der Bildungssenator gesagt hat, dass im Rahmen dessen, was wir im Stadtreparaturfonds zur Verfügung haben, natürlich diese Schulsportstätten nicht alle vorrangig in Ordnung gebracht werden können. Ich habe es einmal nachgelesen, mit dem ersten Stadtreparaturfondsabschluss von zwölf Millionen DM fließen zirka zwei Millionen DM in die Sanierung von acht Schulsporthallen. Der Sportsenator stellt für die Bezirkssportanlagen zirka 3,6 Millionen DM für die Sanierung zur Verfügung.

Das reicht nicht aus. Wir können hier allerdings nicht eine Priorität setzen und sagen, dass wir uns jetzt auf die Sanierung der Schulsporthallen kaprizieren, weil wir das Turnfest bekommen - 80.000 Turner kommen, die dort zum Teil übernachten -, und sagen, die zum Teil schäbigen Klassenräume müssen dann halt auf Dauer schäbig bleiben.

Ich denke, dass manche Unstimmigkeiten - das war übrigens auch ein Grund, warum ich mich darum beworben habe, in die Sportdeputation zu gehen - zwischen den Ressorts Bildung und Sport auch durch Kommunikation geregelt werden können. Das sieht man hier auch. Wenn die Vereine mehr mit den Schulleitungen oder den Hausmeistern reden, können auch vor Ort viele Probleme gelöst werden.

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

Ob nun das Licht angeht oder nicht, das ist ja eigentlich kein Problem, das wir hier in der Stadtbürgerschaft lösen können.

Wenn Bremen nun den Zuschlag bekommt und das Turnfest natürlich aus einem nett gefüllten Sonderpotf finanziert wird und es einen Finanzierungsschub für die Sportstätten gibt, dann kann ich als Bildungs- und Sportdeputierte nur sagen, wunderbar, und dann, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, lasset die Sportler kommen, unter diesen Voraussetzungen herzlich gern! Ansonsten denke ich, dass wir dafür sorgen müssen, auch sorgfältig - dieses eine Beispiel mit dem Trampolin et cetera - mit den Dingen umzugehen und dass, wie gesagt, die Kommunikation zwischen Vereinen und den für den Betrieb Zuständigen, seien es Hausmeister oder Schulleitung, verbessert werden sollte. - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe einerseits sehr viel Negatives über den Zustand der Schulturnhallen, allerdings auch sehr viel Positives über die Abarbeitung der Mängeliste gehört. Erlauben Sie mir, weil im Prinzip jetzt schon sehr viel von dem gesagt worden ist, dass ich noch zwei Bereiche hinzufüge!

Das Erste ist, von jedem Grundbesitzer erwartet man, dass er eine Instandhaltungspauschale, so nennt man das, glaube ich, für den Fall zurücklegt, wenn etwas mit dem Dach, dem Boden oder den Wänden passiert oder wenn es auch nur um Schönheitsreparaturen geht, damit dann Geld vorhanden ist, um es dann sinnvoll anzuwenden und die Immobilie zu erhalten. Offensichtlich, das muss ich selbstkritisch sagen, haben diejenigen, die in den vergangenen Jahrzehnten die Schulen und dann auch, das muss ich ganz deutlich sagen, die Schulsporthallen verantwortlich betreut haben, das vielleicht nicht so bedacht, so dass sich die Schulen, die ich jetzt besuche, mit den entsprechenden Turnhallen, so wie Herr Dr. Güldner das beschrieben hat, in diesem Zustand befinden.

Das ist außerordentlich bedauerlich, und ich kann für mich nur die Konsequenz ziehen, Sie zu bitten, bei den nächsten Haushaltsberatungen darauf zu achten, dass die Mittel erhalten bleiben, die im Augenblick freundlicherweise, das muss man nun auch erkennen und auch hier vor dem Haus entspre-

chend würdigen, mit jährlich 30 Millionen DM auch dem Schulsport, auch dem bremischen Sport, Herr Dr. Güldner, zur Verfügung gestellt werden. Das ist der positive Aspekt. Aber wir müssen das ohne Frage in der Zukunft deutlicher in das Auge fassen, dass wir die Schulen nicht allzu stiefmütterlich betrachten, was den baulichen Zustand angeht. Als ich neulich am Hermann-Böse-Gymnasium war, zeigte mir der Schulleiter einen Eintrag von dem damaligen Malermeister von 1952 oder 1959, glaube ich, an der Wand. Das war das letzte Mal, als ein offizieller Pinsel eines Malermeisters in dieser Schule zugeschlagen hat.

Das spricht Bände, meine Damen und Herren. Ich wäre dankbar, wenn alle Fraktionen uns dabei unterstützen würden, hier auch im baulichen, nicht nur im inhaltlichen Bereich unsere Schüler nicht nur im Sport, sondern auch in den anderen Bereichen zu unterstützen. Das gehört einfach zu unserer Verantwortung dazu.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein allerletzter kurzer Satz zur Kommunikation: Ich bin sehr gewillt, und das werden die einen oder anderen von Ihnen schon mitbekommen haben, im Zuge der Diskussion um die Verlässlichkeit, die wir im Augenblick führen, an anderer Stelle zu sagen, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in meiner Behörde, seien Sie ein verlässlicher Partner unserer Schulen und auch der Sportvereine. Ich kann es nicht ertragen, wenn gesagt wird, die Sportstunde für den Verein X oder Y musste ausfallen, weil der Hausmeister erkrankt ist oder die Reinigungskraft dafür keine Zeit gehabt hat, weil die gerade verhindert war und wir einen Stellenstopp an der Stelle haben und nicht flexibel reagieren. Das kann es wirklich nicht sein. Ich kann Ihnen nur versichern, lieber Herr Dr. Güldner, dass ich dafür sorgen werde, vielleicht auch aufgrund meiner Herkunft aus dem Sport, dass aus solchen fadenscheinigen Gründen dem Sport die Tür nicht verschlossen, sondern geöffnet bleibt. Das ist eine Frage der Kommunikation. - Danke sehr!

(Beifall bei der SPD - Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kenntnis.

Keine Aufkündigung des Vertrauensschutzes für Kultureinrichtungen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Februar 2000
(Drucksache 15/92 S)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Dr. Schulte, ihm beigeordnet Frau Staatsrätin Motschmann.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mittlerweile haben wir neun Monate große Koalition in der zweiten Legislaturperiode, den ersten CDU-Kultursenator, den die Freie Hansestadt Bremen je hatte, und das Ergebnis ist eine katastrophale Situation in der Kulturpolitik.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eine dramatische Situation ist für die Kultureinrichtungen dieser Stadt entstanden. Schauen wir uns doch einmal die Zahlen an! Die Eckwerte für das Jahr 2000 und 2001 sind so festgesetzt worden, dass in diesem Jahr gut zehn Millionen DM fehlen und im nächsten Jahr über zwölf Millionen DM. In dieser Größenordnung liegt das unter dem, was 1999 noch finanziert worden ist. Das sind fast zehn Prozent des konsumtiven Etats. Solche Kürzungen hat kein anderes Ressort zu erbringen.

Das ist also überproportional und trifft die Kulturlandschaft ins Mark. Hinzu kommt noch, dass der Senat eine mittelfristige Finanzplanung beschlossen hat, die den Kulturetat bis 2005 noch einmal um 17,3 Millionen DM abschmelzen will, gemessen am jetzigen Bedarf. Das, meine Damen und Herren, hat mit einer verantwortlichen Kulturpolitik nichts mehr zu tun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Resultat solcher politischen Beschlüsse ist eine reine Abwicklungspolitik. Die große Koalition destabilisiert die Kulturlandschaft auf unverantwortliche Weise. Aber das nicht allein, nein, dann am 1. Februar beschließt der Senat auch noch die Auf-

hebung des Vertrauensschutzes für alle institutionell geförderten Kultureinrichtungen. So etwas haben wir in Bremen noch nicht erlebt! Das ist eine neue Qualität, das ist ein gezielter Angriff auf die Kulturszene, und so ist er auch verstanden worden und mit Boykott beantwortet worden.

Es kommt aber noch etwas hinzu. Auch Ton und Stil der Auseinandersetzung, wie sie jetzt hier gepflegt wurde, waren bisher in Bremen eher unüblich. Die Kulturmanagement GmbH, die sowieso ein Zwitter zwischen Beratungs- und Rationalisierungsinstitution ist, wollte Workshops anbieten für die Kulturszene und, so konnte man Herrn Eckhoff dann vernehmen, droht, wer nicht zu den Workshops von der KMB gehe, bekomme auch kein Geld mehr. Wo sind wir denn hier, dass mit solchen Drohungen und Einschüchterungen in der liberalen Stadt Bremen Politik gemacht wird?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie die Axt im Walde führt sich Herr Eckhoff hier auf! Solche Vorgehensweisen sind neu, und sie zeigen das Kulturbanausentum des neuen CDU-Fraktionsvorsitzenden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Widerspruch bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Bremer Kultureinrichtungen haben in den letzten Jahren ungeheuer viel geleistet. Wir wissen es, der Kulturetat ist in Bremen chronisch unterfinanziert, und, das möchte ich mit aller Anerkennung sagen, nur durch den großen Arbeitseinsatz der Kultureinrichtungen in den letzten Jahren ist es gelungen, eine besonders lebendige, vielfältige und interessante Kulturlandschaft aufrechtzuerhalten. Außerdem ist es so, dass die Kultureinrichtungen untereinander seit Jahren einen besonderen Dialog pflegen, gut zusammenarbeiten, und diese Kommunikation, die da stattfindet, ist kulturelles Kapital. Das ist mit der Reichtum dieser Stadt. Den muss man wertschätzen und hochhalten und nicht zerstören, wie Sie das mit Ihrer Politik tun. Die Kulturlandschaft in Bremen kleinzuhauen, was das Resultat Ihrer jetzigen Beschlüsse sein wird, ist extrem kurzsichtig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Rahmen der Sanierungspolitik wird immer so gern mit den Standards in anderen Bundesländern argumentiert. Daran sollte sich Bremen ein Beispiel nehmen! Sehen wir uns doch noch einmal Kulturausgaben anderer vergleichbar großer Städte an:

Dresden hat einen Kulturetat von 6,63 Prozent, Mannheim von 5,85 Prozent, Weimar von 8,63 Prozent, Köln von 3,96 Prozent, Nürnberg von sechs Prozent, und Bremen liegt knapp unter zwei Prozent. Das heißt, wir sind richtig abgehängt im Verhältnis zu den vergleichbaren Städten. Das ist das Problem, vor dem Sie jetzt stehen und das dringend behoben werden muss.

Wir leisten uns hier also nichts Überdurchschnittliches, ganz im Gegenteil! Das Niveau, das wir hatten, muss gehalten werden, weil es sonst auf eine dramatische Verarmung unserer Kulturlandschaft hinausläuft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da hilft wirklich nur eine deutliche Eckwertanhebung und Klarheit im Umgang mit den Kultureinrichtungen.

Was passiert jetzt in Bremen wieder? Das ist die alte Bremer Krankheit. Es werden wieder Umbautöpfe ins Spiel gebracht. Eine ungeheure Bastlermentalität tritt hier zu Tage, überall wird ein bisschen weggenommen, hin- und hergeschoben, Geheimverhandlungen und Hin und Her, aber nichts wirklich konzeptionell Klares. Es wird zerfleddert, auf verschiedene Ressorts und Töpfe verteilt. Das ist konzeptionslos. Gerade andersherum wird ein Schuh daraus.

Ich halte es für völlig falsch, was Senator Schulte jetzt angekündigt hat, zum Beispiel die Filmförderung noch an das Wirtschaftsressort zu geben und die Bürgerhäuser an das Sozialressort möglichst loszuwerden.

(Abg. Frau Striezel [CDU]: Da waren sie ja auch schon einmal!)

Nein, genau umgekehrt wird ein Schuh daraus! Man muss die Kulturpolitik stärken und alle Zuständigkeiten und finanziellen Mittel bei Kultur bündeln. Dann stärkt man die Kulturpolitik in dieser Stadt und auch das Kulturressort.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Ausverkaufspolitik, die Sie jetzt machen, lehnen wir zutiefst ab!

Es ist auch schon öffentlich gesagt worden, SPD und CDU haben offensichtlich bei den Koalitionsverhandlungen einen riesengroßen Fehler gemacht, was diese Gelder für Kultur angeht. Anstatt aber

jetzt den Mut zu haben und diesen Fehler zu korrigieren, darf keiner sein Gesicht verlieren. Der Eckwert ist nicht mehr verhandelbar, lieber wird die Kulturszene auf dem Altar der Gruppendynamik des Senats geopfert. Das hat mit einer verantwortlichen Kulturpolitik nichts zu tun.

Meine Damen und Herren, auch aus einem immanenten Grund der Anlage der Sanierungspolitik ist die Art und Weise, wie jetzt mit der Kulturpolitik umgegangen wird, extrem kurzsichtig. Von Herrn Hockemeyer, dem Präses der Handelskammer, der feststellt, dass Ausgaben für Kultur werbende Investitionen in den Standort Bremen sind, bis zu Herrn Hickel, der nun als sozusagen linkssozialdemokratischer Professor in Bremen und der Republik weit bekannt ist, sagen alle, Ausgaben für Kultur seien Zukunftsinvestitionen.

Neben Qualifikation und Bildung müssen diese Aspekte in das Sonderinvestitionsprogramm einbezogen werden. Das ist die entscheidende Frage. Die Kulturpolitik ist nur ein Teil einer notwendigen Veränderung der Sanierungsstrategie. Der Strukturwandel muss geleistet werden, aber wenn man die Kulturpolitik, Qualifikation und Bildung nicht einbezieht, dann greift man zu kurz und wird nicht in der Lage sein, den Strukturwandel wirklich zu bewältigen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ohne Investitionen in Humankapital wird man nur mit den Investitionen in Verkehrsprojekte, die keine große Arbeitsplatzrelevanz haben und vor allem keine privaten Investitionen binden, hier nicht erfolgreich sein.

Gerade wenn man auf dem Weg in die Dienstleistungsgesellschaft und Wissensgesellschaft ist - das tragen Sie vor sich her -, muss man die Kultur einbeziehen, und wenn man diese neuen Milieus auch an die Stadt binden will aus den Dienstleistungsberufen, muss man denen das entsprechende Ambiente einer interessanten kulturellen Szene bieten. Nur dann ist man in der Lage, auch so etwas wie ein Innovationsklima in Bremen herzustellen.

Wir verkürzen Kunst und Kultur nie nur auf diesen ökonomischen Aspekt, sondern es gibt eine eigene Qualität, das Besondere, das die Kultur auszeichnet mit ihrem Eigensinn, ihrer Komplexität, ihrem Beharren auf andere Zeiten, auf dem Originalen, auf eine besondere Vielfalt, all das gehört zu Kunst und Kultur dazu, und es gehört zu einer lebendigen Stadtrepublik dazu. Wenn man allerdings die Vor-

stellung von Bremen hat als einem Konzern oder einer Bremen AG, dann kann man ohne Kunst und Kultur leben. Wenn man aber einen anderen Anspruch an ein Gemeinwesen hat, dann gehört das unbedingt dazu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt haben Sie am 1. Februar die Aufhebung des Vertrauensschutzes für alle institutionell geförderten Einrichtungen beschlossen. Damit haben Sie alle Kultureinrichtungen in große Unruhe, Unsicherheit und Panik versetzt. Die Einrichtungen dürfen keine längerfristigen Verträge mehr machen, damit haben sie keine Planungssicherheit mehr.

Der ganze McKinsey-Prozess, wie er angefangen worden ist, hatte aber ein ganz anderes Ziel! Es sollte nämlich mittelfristige Planungssicherheit hergestellt werden. Genau das Gegenteil ist jetzt eingetreten. Es sollten die Ausgaben für die Kulturverwaltung abgeschmolzen werden. Genau das Gegenteil ist eingetreten. Im Moment sind sie angewachsen, die Kosten für die Kulturmanagement GmbH sind dazugekommen. Keines der Ziele, die mit diesem McKinsey-Prozess im Kulturbereich angestrebt waren, ist bisher eingelöst worden. Stattdessen hat man nur eine Verunsicherung und dramatische Destabilisierung für die Kultureinrichtungen erreicht. Darum fordern wir Sie dringend auf, nehmen Sie diese Aufkündigung des Vertrauensschutzes zurück!

Jetzt gibt es seit Ende letzter Woche einen neuen Brief aus dem Kulturressort. Anstatt die Aufhebung des Vertrauensschutzes zurückzunehmen, wird jetzt wieder die Politik der Nebelwerferei betrieben. Gerade in der jetzigen Situation hätte sich Herr Schulte meiner Meinung nach persönlich mit seiner Unterschrift auf diesem Brief an die Kultureinrichtungen wenden müssen! Aber nein, was tut er? Einmal wieder duckt er sich weg, er geriert sich ja sowieso gern als Opfer, was er nun in dieser politischen Auseinandersetzung bei weitem nicht ist, und lässt den Brief von dem Leiter der Kulturabteilung unterzeichnen.

Jetzt geht alles nur noch nach dem Prinzip „Teile und herrsche“. Man will sich die einzelnen Einrichtungen herauspicken, die dann diese Vertrauensschutzaufkündigung erhalten werden. Damit versetzt man die Kultureinrichtungen noch weiter in Panik, und sie sind nicht mehr in der Lage, eigenhändig Verträge zu machen und ihre Arbeit wirklich selbstverantwortlich zu gestalten. Was ist das eigentlich für eine Kulturpolitik, wenn man Kulturstadt

sein will, wie Sie das auch immer vor sich her tragen!

Alles, was wir in den letzten neun Monaten erlebt haben, ist eine desaströse Kulturpolitik. Wir fordern Sie auf, ändern Sie den Eckwert, nehmen Sie die Aufkündigung des Vertrauensschutzes zurück! Es geht hier und heute um nichts anderes als um einen Neuanfang in der Kulturpolitik. Noch haben Sie die Chance dazu. Seien Sie mutig, meine Damen und Herren, verlangen Sie das Mögliche, und beginnen Sie einen Neuanfang in der Kulturpolitik, bevor Sie noch mehr zerstören und vor allem das Vertrauen, das die Kultureinrichtungen in die Kulturpolitik haben, noch weiter unterhöhlen! Das haben die Kultureinrichtungen in Bremen nicht verdient.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Koestermann.

Abg. Frau **Koestermann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Trüpel, ich kann es verstehen, dass Sie den Beginn der parlamentarischen Haushaltsberatungen nicht abwarten können. Nur so ist es ja zu verstehen, dass Sie uns per Antrag jetzt schon veranlassen, diese Diskussion hier im Parlament zu führen.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie konnten die doch nicht abwarten und kündigten den Vertrauensschutz!)

Dabei ist es, vorsichtig formuliert, schon ungewöhnlich, dass die Bürgerschaft in der Phase des Haushaltsaufstellungsverfahrens den Senat auffordern soll, einen Eckwertbeschluss zu verändern. Ihr Vorstoß lässt vermuten, dass Sie das Verfahren über die Aufstellung öffentlicher Haushalte nicht richtig verstanden haben und darum versuchen, das von Ihnen so häufig angeforderte parlamentarische Selbstbewusstsein zu missbrauchen, indem Sie schon jetzt eine Beschlussfassung über den Haushalt herbeiführen wollen. Vielleicht wollen Sie aber auch nur die zurzeit stattfindenden öffentlichen Diskussionen über den Kulturhaushalt dazu nutzen, sich als Retterin in einer Notlage aufzuführen.

(Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber jetzt zur Sache!)

Genau das steht hier: „Aber nun zur Sache!“

(Heiterkeit)

Richtig ist, dass Kulturpolitik in Zeiten knapper Kasse nicht einfach ist. Senator Lemke könnte vermutlich auch ein Lied davon singen, dass dies ebenso für die Bildungspolitik gilt. Auch hier sind durch die verfügbaren Mittel dem Grenzen gesetzt, was man aus fachpolitischer Sicht für wünschenswert oder auch für notwendig hält.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sind doch politische Entscheidungssetzungen!)

Die große Koalition im Lande Bremen schöpft einen großen Anteil ihrer Existenzberechtigung daraus, dass diese Sanierungsziele nur mit einer breiten parlamentarischen Mehrheit und einer breiten Zustimmung in der Bevölkerung zu gewährleisten sind. Die Sicherung der Eigenständigkeit Bremens ist nur zu gewährleisten, wenn nach Abschluss des Sanierungshaushalts ein verfassungskonformer Haushalt vorgelegt werden kann. Trotz bereits einschneidender Maßnahmen hat diese Koalition im vergangenen Jahr den Auftrag vom Wähler erhalten, diesen Kurs fortzusetzen. Dabei hat niemand versprochen, dass das einfach würde, im Gegenteil, wir haben bereits damals gesagt, dass auch schmerzliche Einschnitte notwendig sind.

Oberstes Ziel dieser Koalition ist die Haushaltskonsolidierung. Diesem Ziel müssen sich, und dies gilt nicht nur für die Kultur, auch fachpolitische Ansprüche, und mag dies noch so schmerzlich sein, unterordnen. Im kulturellen Bereich sind Menschen tätig, die es besonders gut und sehr viel besser als andere verstehen, sich öffentliches Gehör zu verschaffen und eine zum Teil wirklich beeindruckende Medienresonanz herzustellen. Dies aber kann nicht den Blick dafür trüben, dass auch alle anderen Bereiche von Sparmaßnahmen betroffen sein werden: Kindergärten, der öffentliche Dienst oder etwa der soziale Bereich. In dieser Situation können aber letztlich weder Lautstärke noch Drohkulissen dazu führen, dass der, der am lautesten schreit, auch das meiste Geld bekommt.

(Beifall bei der CDU)

Der Senat und die Koalition müssen darauf achten, dass die berechtigten Interessen aller Menschen in Bremen auch in der Haushaltsbeschlussfassung angemessene Berücksichtigung finden. Frau Dr. Trüpel, es hilft uns wenig weiter, wenn Sie in Ihrem Antrag den öffentlich so häufig benutzten Begriff vom Kahlschlag benutzen.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Man muss die Dinge beim Namen nennen!)

Aber es ist ja nicht unser kulturpolitisches Ziel, und das hätte man an sich aus - -.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber leider das Ergebnis!)

Wenn richtig ist, was ich eingangs sagte, werden wir um Veränderungen nicht herumkommen. Sie können sicher sein, dass wir dabei der wichtigen Funktion der Kultur für unser Land Rechnung tragen werden. Die Pflege der Kultur und die Kulturförderung gehören zu den Kernaufgaben unseres Landes. Kultur ist kein Luxus, sondern unabdingbar für die Gestaltung unseres gesellschaftlichen Lebens.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben die Pflicht, die politischen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Auch in Zeiten knapper Finanzmittel müssen die kulturelle Grundversorgung sowie die Erbringung kultureller Spitzenleistungen sichergestellt sein.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Was ist denn die kulturelle Grundversorgung? Das ist doch die Frage! - Abg. Eckhoff [CDU]: Die werden wir definieren! - Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht um Umbau und Entwicklung und nicht um Kahlschlag. Dafür hat der Kultursenator mit Recht die Notwendigkeit eines Umbautopfes angemahnt und durchgesetzt. Die CDU-Fraktion wird ihn bei dieser schwierigen Aufgabe weiterhin unterstützen und auch dazu beitragen, dass der Umbautopf möglichst komfortabel ausgestattet wird.

Lassen Sie mich jedoch auch noch dies anmerken: Es muss auch unser Ziel sein, für die Kultur und die Kulturschaffenden Planbarkeit und Verlässlichkeit zu erreichen! Wir können und wollen uns nicht alle Jahre wieder Diskussionen leisten, die Kulturpolitik zu einem Teilaspekt von Haushaltsdiskussionen werden lassen.

(Beifall bei der SPD)

Unser Ziel muss es sein, im Bereich der Kulturpolitik auch wieder gestalterische Initiative für lebendige Rahmenbedingungen der Kulturschaffenden zurückzuerlangen.

(Beifall bei der SPD)

Der Umbau muss Synergien, Umstrukturierungen und Verlässlichkeit zum Ziel haben. Spardiskussio-

nen dürfen nicht zur Schraube abwärts ohne erkennbares Ende werden.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber genau das machen Sie!)

Die parlamentarische Beratung der Haushalte muss auch dazu nochmals genutzt werden zu prüfen, ob eine angemessene Relation der Einzelhaushalte gegeben ist und ob eine Eckwertverbesserung für die Kultur möglich gemacht werden kann. Dies aber, Frau Trüpel, prüfen wir seriös in Beratungsverfahren und nicht aufgrund Ihres Antrags. Wir lehnen diesen Antrag ab. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Emigholz.

Abg. Frau **Emigholz** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt Debatten, von denen man sich wünscht, dass man sie nicht führen muss, wenn man fachpolitisch involviert ist. Diese Debatte gehört ganz sicher dazu.

Die Existenznöte der Kulturschaffenden gerade nach dem Senatsbeschluss vom 1. Februar 2000 beschäftigen ja nicht nur die Medien, sondern alle Betroffenen und auch die politisch Verantwortlichen auf ganz verschiedene Art und Weise. Es nützt nichts, darum herumzureden, das hat uns auch das Szenario der KMB gezeigt, der Eckwert ist schlichtweg falsch verhandelt worden. Es ist nachvollziehbar und konsequent, wenn die Opposition an dieser Stelle der Koalition gehörig auf den Zahn fühlt. Das ist zu erwarten, und das ist bei einer öffentlichen Debatte, die wir hier in der Stadt haben, auch ihre Pflicht.

Bei der Frage, wie sich Kulturpolitik unter welchen Rahmenbedingungen weiterentwickelt, geht es nicht um abstrakte Diskurse, sondern um unseren Entwurf, wie das Gesicht der Stadt künftig aussehen soll. Das ist die entscheidende Frage! Spiegelt sich eine Zukunftsinvestition nur in gegossenem Beton wider? Nein!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich denke, wir brauchen eine moderne Auslegung des Begriffes, die zur Stärkung des so genannten Humankapitals, Frau Trüpel hat das angesprochen, führen kann und muss. Dazu gehört ganz sicher wesentlich der Wissenschaftssektor, der Bildungssektor, aber auch der Kulturbereich.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kultur ist nicht nur wichtig für die Menschen in dieser Stadt, sondern ein wichtiger Standortfaktor, dem bei der Entwicklung des Dienstleistungssektors eine wichtige Rolle zukommt. Die Handelskammer hat das längst erkannt, das beweisen nicht nur die jüngsten Veröffentlichungen, wenn man sich dieses Heft einmal ansieht, sondern auch die neuerlichen Initiativen zur Sponsorenbörse, die das eindrucksvoll bestätigen.

Wenn Bremen die Aufholjagd in der Entwicklung des Dienstleistungssektors erfolgreich bestreiten will, wir sind nach den neuesten Daten des BAW da nicht an führender Stelle, sondern eher am Ende im Städtevergleich, dann müssen wir die Kultur antizyklisch fördern,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

das heißt, sie eigentümlich stärken. In die Zukunft investieren darf nicht nur heißen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, sondern auch vorhandene Arbeitsplätze zu erhalten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, hier geht es um 220 Arbeitsplätze, über den Daumen. Das ist ungefähr so viel, wie man sich durch enormen Millionenaufwand zur Aktivierung neuer Arbeitsplätze verspricht. Die Logik muss man mir erst einmal erklären!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zur gleichen Zeit gibt es Millioneninvestitionsprojekte, deren arbeitsmarktpolitische Dimension und Wirkung noch zu beweisen sind. Ich möchte gar nicht unbedingt auf die Großinvestitionsprojekte der Stadt mit großen Arbeitsplatzeffekten abzielen, sondern einmal auf konkrete Einzelmaßnahmen hinweisen, wo immer ganz lässig eine bis zehn Millionen DM ausgegeben werden, als wenn wir das in der Portokasse hätten. Das braucht eine Entscheidung

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

von anderthalb Minuten in den zuständigen Ausschüssen! Die BIG bekommt einen Palast, die Entscheidung, die Zentralbibliothek zu realisieren, bleibt offen. Das sind Wertentscheidungen, das sind Setzungen, über die wir uns im Zuge der Haushaltsberatungen unterhalten müssen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Dem haben Sie doch schon zugestimmt in sieben verschiedenen Varianten! Das verstehe ich nicht!)

Moment, Frau Linnert, ich antworte Ihnen gern an der Stelle! Wir haben eine Haushaltsklausur gemacht, an die ich erinnern darf. Wir teilen das ja in zwei Blöcke, eine allgemeine Klausur und eine mit Detailentscheidungen, wo wir gesagt haben, dass wir alle Großprojekte, alle Investitionsprojekte auf ihre arbeitsmarktpolitische Relevanz überprüfen wollen. Das ist zumindest, auch wenn Sie Ihre Kritik als berechtigt ansehen, ein Schritt in die richtige Richtung und zeigt auch, dass wir in dem Prozess „Investitionspolitik betreiben“ dazulernen.

Die Tatsache, dass wir einige Projekte problematisiert, geprüft haben und schauen, ob die öffentliche Beteiligung geringer sein kann als vorgesehen, hat nichts damit zu tun, dass wir exorbitant Geld aus dem Fenster werfen wollen. Unser Fraktionsvorsitzender Jens Böhrnsen hat einmal zu Recht gesagt, die Bremer und Bremerinnen sollen ihre Stadt noch mögen. An diesem Grundsatz halten wir fest, und das ist für uns unabdingbar richtig. Daran können Sie uns auch während der Haushaltsberatungen messen. Das sage ich hier auch ganz deutlich, denn das ist von Fraktionsbeschlüssen, die wir bisher gefasst haben, gedeckt.

(Beifall bei der SPD)

Zurück zur Kultur! Hier mögen die Bürger und Bürgerinnen zwar ihre Kultur noch, aber die Kulturschaffenden fühlen sich nicht mehr von der Politik getragen. Das muss man in der Breite sagen und kritisch anmerken. Die Eckwertplanung, die Aufkündigung des Vertrauensschutzes und Kommunikationsprobleme haben zu einem bisher einmaligen Riss im Vertrauensverhältnis zwischen Politik und Kulturschaffenden geführt. Diese fatale Entwicklung darf sich nicht fortsetzen. Wir müssen alles tun, um die Grundlage eines geordneten, finanziell abgesicherten Verfahrens zu erhalten und vernünftige Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir müssen Kulturentwicklungsgespräche führen, politische Entscheidungen ihrer Willkür entziehen und endlich Perspektiven für eine Planungssicherheit schaffen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Politische Entscheidungen ihrer Willkür! Hat das Parlament das willkürlich gemacht, den Haushalt so beschlossen?)

Wir haben bisher auf eine Kulturentwicklungsplanung verzichtet, und wir müssen doch auch einmal ganz klar sagen, dass auch Modelle der Grünen, das sage ich jetzt hier einmal mit Einrede, nicht zu einer langfristigen Absicherung gerade der Bereiche geführt haben, die wir schützen wollen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir haben nicht die Investitionen durchgezogen, um das hier auch deutlich zu sagen, die wir hätten durchziehen können. Ich erinnere ganz exemplarisch nur an die Bibliotheken-Debatte. Als Frau Trüpel im Amt war, und ärgern Sie mich an der Stelle nicht, hat sie eins plus vier vertreten.

(Abg. Nölle [CDU]: Richtig!)

Jetzt in der Opposition vertreten die Grünen mit uns die Position, die wir auch haben, eins plus sieben. Ich sage das hier deutlich, es kommt immer darauf an, welchen Mantel man trägt, welche Position man vertritt. Das darf man, finde ich, bei allem Einsatz für Kultur bestimmt nicht vergessen, und das wäre auch unehrlich.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zuruf der Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen])

Wir sind noch nicht am Ende der Haushaltsberatungen, Frau Koestermann hat das gesagt. Wenn ich Ihnen zu Anfang einräumte, dass ich der Meinung bin, dass der Eckwert falsch verhandelt worden ist, was wir verschiedentlich auch öffentlich geäußert haben, dann, denke ich, ist das nun nicht gerade ein Einräumen.

(Zuruf von der CDU: Aber sozialdemokratische Abgeordnete haben mitgestimmt!)

Ich habe nicht gesagt, dass wir Sozialdemokraten der Meinung sind. Ich denke, das hat Ihr Landesvorsitzender der Kulturinitiative Anstoß auch erklärt. Ich glaube, er hat sogar gesagt, Sie hätten geschlafen, wenn ich da die Worte richtig im Ohr habe.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Das sagt er immer nur, wenn keiner von uns dabei ist!)

Horst von Hassel sitzt oben und nickt. Ich glaube, er war dabei, und er ist bei diesen Diskussionen auch

immer ganz wach. Deshalb sage ich den Grünen hier ganz deutlich: Sie werden uns an unserer Entscheidung und dem, was wir am Ende ausverhandeln, messen können, und da habe ich keine Angst.

(Beifall bei der SPD - Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Kulturentwicklungsgespräche dürfen keine Kulturzerstückelungsgespräche werden. Das ist übrigens eine Angewohnheit der Grünen, dass sie mir immer ins Wort fallen. Gerade, wenn wir Positionen vertreten, die nachvollziehbar und vernünftig sind! Das ist immer das Ärgerliche daran.

(Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Senator Schulte, gestatten Sie mir bei aller fachlichen Unterstützung eine Bemerkung! Sie sind ganz bestimmt wohlwollend, und das sage ich jetzt in aller Offenheit, um die Prozesse, die kommen, aber strategisch kein Genie. Das sage ich hier klar, und das lässt sich auch nicht leugnen: Das häufige Wechseln der Verhandlungspositionen, wie man um mehr Geld für die Kultur wirbt, nachdem das, was Ihr Landesvorsitzender Bernd Neumann ja anerkannt hat, passiert ist, nämlich dass wir uns schlicht verhauen haben in der Kalkulation der Mittel, die wir da brauchen, verunsichert die Leute.

Was wollen wir denn nun? Wollen wir über ein Schließungsszenario Geld einwerben, wollen wir eine Eckwertverhandlung ohne Bemerkung machen, wollen wir irgendeine Form von Topf, wollen wir eine Form von irgendetwas? Keiner blickt da mehr durch! Das ist, glaube ich, nicht klug.

Einigen wir uns doch einmal auf eine klare Verhandlungsposition, gewähren wir für die Zeit eines Reformprozesses für die Kulturentwicklung vollständigen Vertrauensschutz und überlegen dann, wie man den Bereich neu ordnen kann und so ordnen kann, wie es die Koalition nach Abschluss der Prozesse gefordert hat, auch in den Koalitionsvereinbarungen! Wenn überhaupt, ist es sinnvoller, Einzelfallentscheidungen zu treffen, als einen Flächenbrand in der ganzen Szene zu organisieren.

Im Klartext: Ohne zusätzliche finanzielle Mittel können wir unmöglich eine ernsthafte Diskussion über eine Kulturentwicklungsplanung führen. Wir brauchen nicht nur Gelder für den Umbau, sondern auch für den Ausgleich dieser Finanzlücke, die aufgetreten ist. Sie haben dafür, das wissen Sie auch, meine volle Unterstützung für ein geordnetes

Arbeitsverfahren unter seriösen Rahmenbedingungen.

Für meine Fraktion kann ich Ihnen versichern, dass uns der Erhalt der kulturellen Vielfalt und nicht eines Segments oder eines Schwerpunktes am Herzen liegt. Aus diesem Grund laden wir auch die Vertreterinnen und Vertreter der Szene zu persönlichen und direkten Gesprächen ein und machen das hier nicht nur vom Debattentisch oder schauen einmal kurz in eine Demo hinein.

Zum Antrag der Grünen: Konkret möchte ich drei Punkte äußern. Wir bekennen uns ausdrücklich zur Kultur als Standortfaktor. Die Diskussionen um Finanzmittel werden wir definitiv führen, wenn die Haushaltsberatungen kommen. Daran können Sie uns messen, damit können Sie uns auch jagen. Das ist unter Umständen - sage ich einmal ganz lax - sogar hilfreich. Für die Frage des Vertrauensschutzes weise ich darauf hin, dass der Senator eine juristische Klarstellung am 18. Februar herausgeschickt hat.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Nebelkerzen!)

Diese juristische Klarstellung ist unzweideutig. Was nicht zu bestreiten ist, ist das politische Klima. Das politische Klima ist nach wie vor gestört, empfindlich, kaputt, und die Kommunikation in dieser Frage ist schlecht. Deswegen sagen wir Ihnen explizit zu der Frage Aufkündigung des Vertrauensschutzes, dass wir SPD-Kulturdeputierten am kommenden Freitag, nicht später und nicht nach Überweisung der Anträge, sondern sofort und unverzüglich dafür sorgen werden, dass wir dieses Problem in der Fachdeputation beraten und deshalb eine Beauftragung von anderer Seite überhaupt nicht erforderlich ist.

(Beifall bei der SPD)

Damit ist, denke ich, das zentrale Anliegen des Antrags der Grünen erledigt. Unsere Position haben Sie zur Kenntnis genommen. Wir können nur eines tun, nämlich gemeinsam für den Erhalt der kulturellen Vielfalt kämpfen, dass es ein seriöses Verfahren an dieser Stelle gibt, was eigentlich dazu führen sollte bei dem Rückhalt, den die Kulturszene hat, öffentlich diesen Bereich zu stärken und das auch deutlich zu machen, um den Dialog wiederherzustellen. Davon können Sie ausgehen. Wir werden

dieses Thema in der Deputation aufrufen, und zwar nicht über Überweisung, sondern direkt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal bedanke ich mich für die engagierte Diskussion, die ja deutlich macht, dass alle, die sich in der Kulturpolitik auskennen, zu Recht darauf hinweisen, dass der Eckwert zu niedrig ist. Er war aber noch dramatisch niedriger. Er war noch zu Zeiten meiner Vorgängerin Frau Kahrs 49 Millionen DM. Ich möchte mich zunächst einmal bedanken bei der Regierungskoalition, die bei Beginn dieser neuen Legislaturperiode mit 25 Millionen DM dafür gesorgt hat, dass der Eckwert ganz gewaltig heraufgesetzt worden ist. Kein einziges Ressort - bei allen meinen Schwierigkeiten will ich das am Anfang sagen - hat eine solche überproportionale Anhebung des formalen Eckwerts erhalten, auch wenn ich weiß, dass es noch zu wenig ist.

Aber ich muss das der Opposition einmal sagen: Liebe Frau Trüpel, auch Sie waren einmal Kultursenatorin und haben einen Eckwert gehabt, der weit unter dem lag, was Ihre tatsächlichen Ausgaben betraf. Darum muss ich einfach fairerweise am Anfang sagen, dass diese Koalition es geschafft hat, trotz der dramatischen Haushaltssituation - -. Wir müssen bis zum Jahr 2005 900 Millionen DM konsumtive Ausgaben einsparen! Da befinde ich mich auch in der Solidarität des Senats und in der Solidarität der großen Koalition, dass wir alle Anstrengungen unternehmen, und darum muss ich am Beginn meiner Ausführungen sagen, dass ich erst einmal dankbar bin, dass überhaupt 25 Millionen DM darauf gekommen sind.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Nachdem Sie ihn vorher so abgesenkt haben!)

Nun sage ich natürlich all denen, die jetzt Beifall geklatscht haben: Das ist zu wenig! Jetzt muss ich weiterkämpfen!

(Abg. Focke [CDU]: Aber da klatscht keiner!)

Das muss ich jetzt durch Überzeugungsarbeit sehen, Herr Focke, dass Sie dann auch einmal irgendwann weiterklatschen. Insofern ist es ja so, und das liegt nicht am Kultursenator, liebe Frau Trüpel, dass er einen Eckwert hat, der ihm gegeben worden ist. Ich habe ihn nun einmal so, und damit komme ich zu einem weiteren Punkt.

Wir haben Haushaltsberatungen im Mai für den Doppelhaushalt 2000/2001, und wir haben heute keine Haushaltsdebatte. Da ich nicht weiß, wie ich mit diesen zehn Millionen DM minus zurechtkomme, muss ich doch mich selbst und meine Kulturabteilung schützen. Alle Einrichtungen, die nun wissen wollen, was denn los ist, haben natürlich auch Anspruch darauf, dass ich ihnen etwas sage, und darum muss ich ein solches Instrumentarium nehmen, nennen Sie es Vertrauensschutz, Aufkündigung oder andere Dinge.

In der Vergangenheit ist immer stereotyp bei Ihnen, Frau Trüpel, auch bei Frau Kahrs,

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Bei Ihnen sind immer die Vorgänger schuld!)

den Einrichtungen mitgeteilt worden, diese Zuwendung erfolgt unter der Voraussetzung, dass der Haushaltsgesetzgeber zustimmt. Das haben Sie immer gemacht! Das allein ist deshalb überhaupt keine Sicherheit mehr, weil diese Haushaltsberatungen erst im Mai zu Ende sind und viele Einrichtungen wissen müssen, was denn ab dem Jahr 2001 ist, denn wir machen einen Doppelhaushalt, das wissen Sie doch genau!

Nicht, um jetzt die Einrichtungen zu disziplinieren, wie das einige offensichtlich meinen, sondern um einfach der eigenen Abteilung und mir selbst die Chance einzuräumen, nachher flexibel und gerichtlich nicht anfechtbar vorgehen zu können, musste ich einen solchen Brief schreiben, und dass ich den letzten Brief nicht selbst geschrieben habe, Frau Trüpel - ich wollte es tun -, lag an meiner Abwesenheit wegen der KMK in Berlin, und ich wollte, dass letzte Woche der Brief hinausgeht. Ich finde es nicht fair von Ihnen, dass Sie hier das Nebelkerzen-Szenario aufbauen, das ist nicht in Ordnung.

Außerdem möchte ich sagen: Natürlich bedauere ich es zutiefst, dass ich diese zehn Millionen DM nicht habe, aber jetzt müssen wir uns auch einmal hinsetzen in der Kulturdeputation, und wir sitzen daran, feststellen, vielleicht sind die Mittel, die wir jetzt weniger haben, auch eine Chance, darüber nachzudenken, ob denn die Instrumentarien der

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Kulturförderungen nicht noch einmal überdacht werden müssen. Ist das nicht auch einmal eine Chance, über die Instrumentarien der Kulturförderung neu nachzudenken?

Zum Beispiel, das wissen Sie, Frau Trüpel, doch genau: Wir haben viel zu viele Mittel, die wir in die institutionelle Förderung hineingeben, weit über 80 Prozent, fast 90 Prozent, und kaum Mittel für die reale Projektförderung. Da ist ein Missverhältnis in unserer Kulturförderung. Wir müssen mehr zur Projektförderung, zur inhaltlichen Arbeit und weniger in die institutionelle Förderung hineingeben. Das ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt, von dem ich meine, dass wir daran müssen, und wir müssen an die Strukturen von Kultureinrichtungen, wo wir auch wieder mehr Geld schöpfen müssen für eigentliche Arbeit.

Ich weiß ja, dass Sie das genauso sehen, dass die Tarifstrukturen im Theater nicht mehr zeitgemäß sind. Wenn Sie sehen, wie andere Einrichtungen sich ausbeuten,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum haben Sie dann den Vertrag unterschrieben, wenn Sie das so sehen?)

nehmen wir einmal die Shakespeare Company oder die Kammerphilharmonie, und im Theater gibt es Richtstrukturen, dagegen müssen wir doch einmal angehen!

(Beifall bei der CDU)

Ich kann vor dem Hintergrund der schmalen Kassen mit einem viel größeren Verständnis mit dem Personalrat des Theaters, mit den Mitarbeitern des Theaters sprechen, ich kann sagen, hört einmal zu, wir müssen sparen. Genauso habe ich doch auch mit den Bediensteten der Bremer Straßenbahn gesprochen, die auch eine ziemlich opulente Ausstattung gehabt haben. Wir müssen zu solchen schmalen Kassensituationen, zu einem Alle-Mann-Manöver kommen, und da erwarte ich von allen, und gerade von denjenigen Einrichtungen, die gut situiert sind, Verständnis gegenüber den vielen kleinen Einrichtungen, die wirklich am Rande des Existenzminimums herumkriechen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen sagen, wofür ich Verständnis habe und wofür ich kein Verständnis habe. Ich habe erst einmal Verständnis für alle Kultureinrichtungen, ob sie groß oder klein sind, die angesichts der jetzigen Situation sagen: Wie geht es weiter? Ich empfinde es als außerordentlich

schmerzlich und schlimm, dass wir diesen Einrichtungen jetzt noch nicht klar sagen können, wohin es geht. Ich hoffe, dass wir das spätestens im Mai, wenn dieses Haus den Haushalt beschließt, sagen können.

Ich habe für alle diese Einrichtungen Verständnis. Ich habe mein Amt angetreten, indem ich gesagt habe, ich verstehe Kulturpolitik als Kommunikation, und ich möchte den Dialog auch fortsetzen. Aber kein Verständnis habe ich, wenn ich jetzt Einrichtungen wie Kulturrat und Anstoß sehe, und darunter sind ja sehr honorige Mitglieder wie mein verehrter Vorgänger Herr von Hassel, die jetzt zu Boykotts aufrufen, wenn wir gerade versuchen wollen, mit den Workshops der KMB den Einrichtungen zu helfen, mit dem komplizierten neuen Haushaltsrecht zurechtzukommen.

Meine Damen und Herren, das haben Sie entschieden, dass sie in Zukunft keine kamerale Haushaltsführung, sondern Produktgruppen-Haushaltsführung haben. Sie haben entschieden, dass wir in Zukunft Kosten-Leistungs-Faktoren einsetzen, woran alle Ämter, alle Bediensteten der öffentlichen Hände sich gewöhnen müssen. Damit müssen sich auch die Einrichtungen zurechtfinden. Die Workshops der KMB sollen dazu beitragen, die Einrichtungen fit zu machen, dies vorzunehmen. Das ist der Auftrag der KMB. Wenn die KMB das nicht schafft, hat sie ihren Auftrag nicht erfüllt. Aber das ist doch ihr Sinn! Wenn jetzt diese Einrichtungen sagen, ich gehe nicht dahin, dann begeben sie sich der Chance, sich beraten und vernünftig fit machen zu lassen.

Darum kann ich das nicht verstehen, dass dann durch öffentliche Aufrufe eine solche Verunsicherung noch zusätzlich geschürt wird. Das kann ich nicht akzeptieren, und ich meine, die Einrichtungen müssen wissen, was sie machen. Wenn die Haushaltspläne der Einrichtungen über 200.000 DM pro Jahr nicht zertifiziert werden, dann bekommen sie kein Geld, und wir wollen ihnen helfen, dass sie Geld bekommen, dass sie fit gemacht werden und dass ihre Haushaltslagen auch transparent sind, damit Sie als Haushaltsgesetzgeber nachher sagen können, jawohl, der Schulte braucht mehr Geld, denn diese Einrichtungen machen gute Arbeit, und sie machen ja gute Arbeit, Frau Trüpel, das wissen wir beide.

Dann haben wir doch die Chance, das noch transparenter zu machen, dass auch unsere hochstrengen Finanzpolitikerinnen und Finanzpolitiker in diesem Hause das nachvollziehen können. Die KMB soll denen helfen, das transparent zu machen.

Darum kann ich überhaupt nicht verstehen, dass Anstoß und Kulturrat jetzt dabeigehen und sagen, ihr dürft da nicht hingehen. Das ist total kontraproduktiv! Da kann ich mich richtig ärgern!

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte zum Abschluss, Frau Trüpel, weil Sie ja auch inhaltlich gesagt haben, was wollen wir eigentlich, sagen: Wir haben hier heute keine Haushaltsrede, und wir haben hier heute keine kulturpolitische Rede, aber ich möchte doch auch aus meiner Sicht sagen, was eigentlich der Sinn von Kulturpolitik in Bremen ist. Ich habe zwei Ziele, und dazu stehe ich. Ich mache nun schon von allen hier im Raum Befindlichen am längsten Kulturpolitik. Das ist kein großes Verdienst, aber ich kann es, glaube ich, ein bisschen beurteilen.

Ich habe zwei Ziele. Das eine ist: Kultur muss dreidimensional sein, in der Höhe, wir brauchen Spitzenkultur, in der Breite und in der Tiefe. Breite heißt, wir brauchen in den Stadtteilen Kulturangebote, und Tiefe heißt, wir müssen Mitmach- und Laienkultur genauso fördern wie professionelle Kultur. Das bedingt sich gegenseitig. Wir können Spitzenleistungen nur dann fördern und haben, wenn wir eine vernünftige Breitenstruktur haben.

Das ist genau wie beim Sport. Als Boris Becker damals mit Tennis angefangen hat, gab es plötzlich lauter kleine Tennisspielerinnen und Tennisspieler in Deutschland. Genauso ist es mit der Kultur: Wir brauchen attraktive Spitzenkultur, die sich dann in der Breite fortsetzt. Aber ohne Breitenkultur gibt es auch keine Spitzenkultur, und darum brauchen wir alles. Ich bin sehr dagegen, sich nur auf Theater zu fokussieren, auf Museen oder auf das Musical. Wir brauchen die verdienstvolle Kulturszene auch in den Stadtteilen,

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

und wir brauchen die Kulturtiefe, das heißt von der Musikschule angefangen, in der die jungen Kinder schon herangeholt werden, bis hin zum professionellen Engagement beim Tanzen oder beim Theater. Das ist die Aussage Nummer eins.

Die Aussage Nummer zwei ist: Kultur ist eine Querschnittsaufgabe. Kultur ist Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt, Frau Emigholz hat darauf hingewiesen, Kultur ist Sozialpolitik, Kultur ist Bildungsauftrag, und, meine Damen und Herren, Kultur ist auch Innenpolitik. Die Bürgerhäuser in ihrer wichtigen

Funktion in den Stadtteilen haben eine Sozialisationsfunktion.

(Beifall bei der SPD)

Sie sorgen dafür, dass sich dort Menschen einbinden und nicht ausgrenzen lassen. Gerade der Innensenator ist außerordentlich daran interessiert, dass sich dort junge Leute zusammenfinden, genau wie in den Sportvereinen. Da sehen Sie die Verzahnung zwischen Inneres, Kultur und Sport. Das hat auch etwas mit Kriminalitätsprävention zu tun.

Frau Trüpel, ich wäre doch bescheuert, wenn ich die Bürgerhäuser herausgeben würde. Ich habe das nie gesagt, das waren Falschmeldungen. Ich werde doch nicht den Teufel tun, diese wichtigen Bürgerhäuser aus der Kultur herauszunehmen, ich habe nur gesagt, wir müssen einmal über Kooperationen nachdenken, dass vielleicht die Bürgerhäuser etwas enger mit den benachbarten Kulturzentren kooperieren. Ich habe Frau Adolf gebeten, das werden wir auch tun, ob nicht das Sozialressort ein bisschen noch mehr mithelfen kann, das zu finanzieren.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das finde ich doch in Ordnung! Gerade weil das Kulturthema eine Querschnittsthematik aller Ressorts ist, brauche ich auch die Unterstützung des Senats. Ich bin ganz sicher, dass ich die Unterstützung des Senats bei dieser wichtigen Frage haben werde.

Nun lassen Sie mich auf diesen entscheidenden Punkt kommen! Alles das, was ich eben gesagt habe, unterstreicht die Inhalte einer Standortqualität, die wir einmal als Software bezeichnen können. Ich war ja bisher als Bausenator für die Hardware zuständig und habe da gebaut wie der Wahnsinnige.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ja, das gehört auch dazu! Die Infrastruktur ist wichtig! Lachen Sie ruhig!

(Zuruf des Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen])

Aber die Software, Herr Mützelburg, ist genauso wichtig für die Standortqualität, und darin ist für mich kein Bruch. Die Standortqualität Bremens wird nicht am Musical und nicht am Theater gemessen, auch wenn Herr Pierwoß das manchmal gern möch-

te, sondern an der gesamten Bandbreite unserer Kultureinrichtungen.

(Beifall bei der CDU)

Diese Standortqualität Bremens, was Kultur betrifft, können Sie höchstens in zwei, drei anderen Städten wieder finden. Berlin zieht natürlich weg, aber ich glaube, wir sind fast vergleichbar mit Hamburg und München. Diese Standortqualität der Kultur wird und darf nicht verloren gehen. Dafür werde ich eintreten und werben.

Meine Damen und Herren, ich werbe erstens dafür, dass wir den Dialog fortsetzen. Ich hoffe auch, dass die Einrichtungen zu diesem Dialog zurückfinden. Ohne Dialog werden wir unsere Probleme nicht meistern können. Ich werbe zweitens dafür, dass unsere hochverehrten Finanzpolitiker in diesem Hause uns dabei unterstützen, die Finanzierungsprobleme zu lösen, und ich werbe drittens dafür, dass wir alle zuversichtlich sind, dass die Standortqualität Kultur in Bremen auch in Zukunft gesichert wird und uns weiterhin hilft, Bremen überregional und für unsere eigenen Menschen eine vernünftige Situation darzustellen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schulte, anders als Sie das hier eben angedeutet haben, führen wir heute schon eine Generaldebatte zur Kulturpolitik

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und darüber, welchen Stellenwert die Kulturpolitik in der Politik der großen Koalition eigentlich hat oder haben sollte. Ich muss mich schon sehr wundern, Sie stellen sich hier hin und sagen wirklich in aller Offenheit und Schlichtheit mit dem Charakter eines Offenbarungseides, der Eckwert ist schlecht und falsch verhandelt worden. Dann muss man doch Konsequenzen daraus ziehen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diejenigen von Ihnen, die für CDU und SPD diese Koalitionsverhandlungen geführt haben, sind Akteure der letzten Koalition und der letzten Regierung gewesen. Sie müssen gewusst haben, was sie da verhandeln, zumal es Papiere aus dem Hause des

Kultursenators gegeben hat, die sehr genau darauf hingewiesen haben, zu welchen Problemen es führen wird, wenn man den Eckwert so festsetzt, wie Sie das getan haben. Das haben Sie nicht früh genug zur Kenntnis genommen. Das heißt, Sie wussten schlicht nicht, was Sie taten, oder noch schlimmer, Sie haben es nicht wissen wollen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt stellen Sie sich hier hin und loben sich dafür, dass Sie 25 Millionen DM darauf getan haben. Da gehört der andere Teil der Geschichte aber auch dazu, was Sie vorher nämlich alles abgesenkt haben, auch mit den Basteleien Kulturstiftung und Absenkung des Eckwertes und neue Formen und so weiter. Es ist dann nichts davon eingetreten, diese Kulturstiftung gibt es nicht, aber der Eckwert war reduziert. Sie haben dann eben nicht die entsprechende Summe wieder darauf getan, die Sie verantwortlicherweise hätten darauf tun müssen, wenn man denn keine dramatische Sparpolitik in diesem Bereich machen will.

Jetzt noch einmal zu dem, was das bedeutet, was Sie da beschlossen haben! Zehn Millionen DM in diesem engen Kulturretat, das bedeutet ungeheuer viel. Das sind wirklich Größenordnungen wie die gesamte Soziokultur mit allen Kulturläden und den Kulturzentren, wie Lagerhaus und Schlachthof, das ist das Medienzentrum, die Shakespeare Company, das sind noch Einrichtungen in den anderen Stadtteilen. Das heißt, Sie werden vieles bis hin zum KITO schließen müssen, um überhaupt auf diese Summe von zehn Millionen DM zu kommen. Jetzt sagen Sie immer, Sie können gar nicht anders, eben tauchte sogar schon die Summe von 900 Millionen DM auf, die Sie konsumtiv sparen müssen.

Meine Damen und Herren, das ist eine politische Setzung! Darum streiten wir auch anhand der Kulturdebatte wie bei dem Bereich, wenn es um Schulsporthallen und um die Bildungseinrichtungen geht, wir streiten darum, wie die Politik in den nächsten Jahren in dieser Stadt gemacht werden soll, was man eigentlich wertschätzt als Lebensqualität und wie man glaubt, dieses Bundesland sanieren zu können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht auch darum, welche Akzeptanz die Politik in dieser Stadt hat. Ich sage Ihnen, es gibt immer mehr Menschen in dieser Stadt, die nicht in einer marmorisierten Stadt leben wollen, die lieber auf die Neupflasterung der Sögestraße und gern auf die In-

vestitionen in die Rennbahn verzichten, die auch sagen, wenn das Rhodarium 60 Millionen DM kosten soll, wir aber auch eine kleine Lösung für zehn Millionen DM dafür hinbekommen können, dafür aber in den Schulen etwas passiert und die Kultur nicht den Bach hinuntergeht, dann ist uns eine solche Schwerpunktsetzung lieber.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Genau darum geht es im Moment. Damit geht es auch um die Frage der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik, und es geht in der Tat darum, wie man Zukunftsinvestitionen definiert. Das, was Sie bisher gemacht haben, auch mit der Gesamtarchitektur des ISP, dass so viele Mittel für Verkehrs- und Gewerbeflächeninvestitionen gebunden worden sind und dass Sie zu spät mit gezielteren Investitionen in den Strukturwandel angefangen haben, zu dem ohne Zweifel das Humankapital, Qualifikation, Bildung und Kultur dazugehören, das ist eine falsche Schwerpunktsetzung, und das rächt sich in der Stadt.

Sie werden diese Stadt, wenn Sie wirklich 800 oder 900 Millionen DM konsumtiv einsparen, nicht wieder erkennen! Die Stadt wird unattraktiv für ihre Bewohner und Bewohnerinnen, und damit wird sie auch wirtschaftlich uninteressant. Wenn man die entsprechenden Milieus nicht mehr hat und die Menschen, die diese Stadt tragen, dann wird man den Gesundungsprozess nicht hinbekommen. Darum sagen wir Ihnen, es ist dringend Zeit, dieses ganze ISP und Ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik noch einmal zur Disposition zu stellen und hier zu anderen Gewichtungen zu kommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Größenverhältnisse stimmen einfach nicht, die Mischung, die Sie bisher angefangen haben, stimmt nicht, bis hin jetzt zu den letzten Wachstumswahlen. Sie haben uns in den letzten Jahren immer erzählt, das ISP hätte längst gefruchtet, wie man ja sehen könnte, und haben legitimatorisch diese Zahlen benutzt.

(Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war mehr ein Fruchtzweig!)

Es ist offensichtlich, dass das Einmaleffekte waren und dass Sie diese Politik, die Sie bisher gemacht haben, nicht, wie Sie das bisher behauptet haben, mit überdurchschnittlichen Wachstumswahlen rechtfertigen können.

Umso dringender ist es jetzt, diese Gesamtpolitik für die Stadt noch einmal genau anzuschauen und neu zu bewerten. In dem Zusammenhang wird auch ein Schuh daraus, dann über die Kulturpolitik und den Stellenwert der Kultureinrichtungen in dieser Stadt noch einmal nachzudenken. Hier geht es mir nicht um eine Veranstaltung für die oberen Zehntausend. Das ist Kultur nicht. Darauf hat eben Herr Senator Dr. Schulte schon richtig hingewiesen, wie vielfältig die Aufgaben von Kulturpolitik sind und wie sehr sie dazu beiträgt, dass Menschen eingebunden sind, nicht herausfallen, nicht noch weiter in die Ecke der Modernisierungsverlierer abgeschoben werden, weil es einfach Angebote in der Stadt gibt, die für ein wirklich gutes Zusammenleben und eine humane Situation in unserem Stadtstaat wichtig sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich muss dann noch einmal sagen, in den letzten Jahren hat es schon so viele Diskussionen um die einzelnen Einrichtungen, ihre Struktur und ihre Ziele gegeben. Wir sind da nicht am Nullpunkt. Es ist in der Tat nicht so, dass jetzt die Kulturmanagement Bremen GmbH herkommen und sozusagen von vorn anfangen muss. Es hat diese Diskussionen in der Stadt gegeben. Der Vertrag, den wir damals mit Pierwoß gemacht haben, war schon von diesem neuen Geist gekennzeichnet. Er hat mittelfristige Planungssicherheit garantiert, aber er musste mit einer geringeren Summe auskommen, und es wurde ein Ziel definiert, nämlich eine bunte Palette von Einrichtungen und mehr Besucher zu erzielen. Das ist das, was die KMG jetzt immer vor sich herträgt, klare Zieldefinition, mehr Besucher, mehr Einnahmen, genau das hat das Bremer Theater in den letzten Jahren erreicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Dr. Schulte, ich hoffe auch, dass der Vertrag, den Sie jetzt mit Herrn Pierwoß unterzeichnet haben, und Ihre Motivationslage aus dieser erfolgreichen Arbeit des Theaters gespeist waren. Darum kann man jetzt immer noch sagen, diese ganze Tarifvertragsgestaltung, die man nur auf Bundesebene regeln kann, ist eine Diskussion, die weiter geführt werden muss. Daraus kann man aber jetzt nicht ableiten, dass man zu irgendeiner Umverteilung kommen muss, dem Theater etwas wegnehmen, um es anderen zu geben. Nein, umgekehrt wird nur ein Schuh daraus, Herr Eckhoff! Man muss die Kulturszene in ihrer Vielfalt erhalten, und man kann

bei einzelnen Einrichtungen genau hinschauen, ob sie wirklich so effektiv arbeiten, wie sie das können.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Darum geht es genau!)

Ich sage Ihnen aber, bei den Rationalisierungsgutachten, die es in weiten Bereichen der Bremer Kultureinrichtungen schon gegeben hat, ist das Potential so genannter Synergieeffekte nicht besonders groß.

Jetzt nehmen wir noch einmal Ihren Lieblingszeugen McKinsey. Sie haben ja extra dieses Gutachten auch für den Kulturbereich damals angestrengt. McKinsey, anders als das, was die Auftraggeber ursprünglich gewollt haben, hat klipp und klar festgestellt, kurzfristig gibt es kein Einsparpotential, wenn man die Vielfalt der Kultureinrichtungen nicht rasieren will. Das gibt es erst mittelfristig, in ein paar Jahren, und maximal in einer Größenordnung von drei Millionen DM. Über drei Millionen DM haben wir hier aber nicht geredet, sondern wir reden über mindestens zehn Millionen DM pro Jahr.

Über drei Millionen DM, wenn es eine klare Grundlage und Zielbestimmung gibt, welchen Stellenwert die Kultureinrichtung hat, wird man in den nächsten Jahren mit Kultureinrichtungen reden können. Dazu sind sie bereit, weil sie wissen, wie dramatisch die Situation Bremens ist. Wenn man aber genau diese Grundlage vorher wegnimmt, indem ein Eckwert falsch verhandelt wird, wie ja heute ein paar Mal von Ihnen selbst behauptet worden ist, und daraus notwendigerweise die Aufhebung des Vertrauensschutzes resultiert, dann macht man eine Politik, in der man die Kulturlandschaft massiv angreift. Darauf haben Künstlerinnen, Künstler und Kulturschaffende reagiert, und das finde ich auch verdammt richtig!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie lassen sich hier nicht auf die Schlachtbank führen. Darum ist es auch richtig, jetzt nicht immer weiter zu vertrösten mit formalen Argumenten, Haushaltsberatung. Was jetzt gebraucht wird, ist ein politisches Signal, dass man einen Fehler gemacht hat und dass man bereit ist, den zu verändern. Das erwarten die Menschen, die sich in dieser Kulturszene in den letzten Jahren so engagiert haben und hart gearbeitet haben, um hier wirklich etwas voranzubringen. Darum finde ich auch diese ganze Filibusterei, wie sie heute hier wieder von Ihnen gekommen ist, schlicht falsch.

Frau Koestermann sagt, das kommt alles noch, aber wir müssen sowieso kleine Brötchen backen, wir bekommen das nicht hin, auch wenn das alles ganz bedauerlich ist. Noch viel schöner ist die Argumentation von Frau Emigholz, wir werden das gleich in unsere Sammlung über die Begründungen zur Ablehnung der Anträge der Grünen aufnehmen, wir müssen hier überhaupt nicht mehr solche Anträge beschließen, denn wir machen jetzt etwas ganz Besonderes, wir gehen einfach übermorgen oder am Freitag in die Kulturdeputation, und auf unseren Antrag hin werden wir das Thema dort noch einmal neu verhandeln.

Meine Damen und Herren, das hat mit parlamentarischer Demokratie, in der solche Sachen in diesem auch öffentlichen Hause verhandelt werden, nichts mehr zu tun! Das ist ein geschlossenes Gremium, wir haben einen existierenden Senatsbeschluss, der die Kultureinrichtungen in eine dramatische Lage versetzt hat.

(Glocke)

Wir erwarten, dass Sie sich hier und heute dazu verhalten, sich nicht wegducken, sondern deutlich machen, dass es hier um einen Neuanfang in der Kulturpolitik gehen muss, sowohl was die Finanzen als auch was den Dialog und den Umgangsstil mit den Einrichtungen angeht! Wenn Sie das hier signalisieren, dann werden Sie auch wieder eine andere Kooperationsbereitschaft in der Stadt finden, aber nur auf dieser Grundlage.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Emigholz.

Abg. Frau **Emigholz** (SPD)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Trüpel, das ist ja klar, wie wir es machen, machen wir es auf jeden Fall falsch.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, wir machen es falsch!)

Ich will nur nicht, dass es missverstanden wird. Moment! Wenigstens ausreden lassen ist schon ganz gut! Wir können zusammen singen, zusammen reden ist ein bisschen schwierig.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das gehört zum Parlament dazu!)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

Wunderbar, ganz klasse! Nur dass da kein Missverständnis entsteht! Ich glaube, dass Sie auch die Verantwortung der Deputationssprecherin eingefordert hätten, wenn wir die Frage des Vertrauensschutzes nicht zum Thema der Deputationssitzung gemacht hätten und wenn uns das egal gewesen wäre. Ich sage hier, es ist eine vernünftige Form, einerseits den juristischen Gehalt dessen, was Herr Schulte am 18. versandt hat, zu prüfen und zu diskutieren und auf der anderen Seite die zerstörte Befindlichkeit, das Misstrauen ernst zu nehmen und gemeinsam in der Fachdeputation Lösungswege zu beraten, wie wir genau dieses Vertrauen wiederherstellen können.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Das Wort hat Herr Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Trüpel, nur weil Sie so engagiert hier vorgetragen haben, möchte ich es noch einmal kurz und präzise zusammenfassen. Die Situation ist doch so: Am 5. Oktober hat der Senat den Eckwertbeschluss gefasst. Ich habe darauf hingewiesen, das reicht nicht. Dann haben wir jetzt den Beschluss gefasst, und wenn Sie - - .

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie haben aber zugestimmt!)

Das Entscheidende ist die Feststellung, und das wissen Sie alle, dass ich darauf hingewiesen habe, dass hier zehn Millionen DM zu wenig sind.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt einen Beschluss, dass zum 1. April der Senat mit der Vorlage an den Haushaltsausschuss eine Entscheidung treffen will, wie ein solcher Umbautopf aussieht. Ich kann davon ausgehen, dass es hier eine Unterstützung geben wird, und insofern ärgere ich mich über dieses Szenario mit diesen zehn Millionen DM, das überhaupt nicht eintritt. Ich bin fest davon überzeugt, dass der Senat und diese Koalition mir auch helfen werden, nur müssen wir bis zum 1. April eine Klarheit hinlegen, wie die nächsten zwei Jahre überwunden werden können.

Das ist der Punkt, und deshalb bin ich auch nicht bereit, jetzt hier das Problem nur in totaler Lethar-

gie, Ablehnung oder Verneinung zu sehen. Ich sehe eine große Chance, dass wir Ihnen gemeinsam als große Koalition im Senat einen Haushaltsentwurf vorschlagen werden, den Sie auch tragen können, der es auch ermöglicht, dass diese Kulturlandschaft erhalten bleibt, und da bin ich sicher und gehe davon aus, dass wir das auch schaffen werden. Darum möchte ich an dieser Stelle noch einmal positiv erwähnen, dass es uns gelingen wird, aus dieser schwierigen Situation herauszukommen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/92 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 8 vom 15. Februar 2000

(Drucksache 15/97 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, damit wären wir am Ende der Tagesordnung angelangt. Ich bedanke mich und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend,

und wir sehen uns morgen pünktlich um zehn Uhr wieder.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 18.04 Uhr)